

Die Fundstelle Bayern

Fachzeitschrift für die kommunale Praxis

Herausgeber

Dr. Gerhard Ecker, Oberbürgermeister a. D. der Stadt Lindau (Bodensee)

Günter Heimrath, Geschäftsf. Direktor des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes

Dr. Johann Keller, Geschäftsf. Präsidialmitglied a. D. des Bayer. Landkreistages

Markus Lindner, Direktor beim Bayer. Kommunalen Prüfungsverband

Andreas Schmitz, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

Michael Ziegler, Ministerialdirigent im Bayer. Staatsministerium des Innern,
für Sport und Integration

Inhaltsverzeichnis

zum Jahrgang 2021

DIE FUNDSTELLE Bayern (FStBay)

ISSN 0016-2779

Redaktion: Markus Lindner (verantwortlich), Wittelsbacher Allee 102, 82140 Olching; Franz Königsperger, Assessor (Verlagsanschrift). Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch Auswertung für Datenträger, Vervielfältigung jeder Art oder Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, bleiben vorbehalten; es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Verlages. Mit der Annahme des Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung.

Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Levelingstr. 6a, 81673 München; Telefon (089) 436 000-20, Telefax (089) 436 15 64; Internet: www.boorberg.de; E-Mail: mail@boorberg.de. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Dieter Müller, Richard Boorberg Verlag, Scharstraße 2, 70563 Stuttgart; Telefon (0711) 73 85-0, Telefax (0711) 73 85 100; Internet: www.boorberg.de; E-Mail: anzeigen@boorberg.de. Anzeigenpreisliste Nr. 10 vom 1.1.2016 ist gültig.

Belichtung und Druck: Humbach & Nemazal Offsetdruck GmbH, Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen. *Erscheinungsweise:* am 10. und 25. jeden Monats. Bezugspreis: € 416,40, ab 10 Exemplare je € 307,20, Ausbildungspreis € 271,20 jährlich einschließlich Versandkosten. Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im Voraus. Bestellungen nur über den Verlag. Eine Abbestellung kann frühestens zum Vierteljahresende gültig werden, wenn sie spätestens 6 Wochen vorher dem Verlag vorliegt.

Jahresinhaltsverzeichnis

FSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 53

A

Abfallentsorgung

- Prüfung der Irrelevanzschwelle und der Zuverlässigkeit bei der Untersagung einer gewerblichen Altkleidersammlung FSt **54**, 185
- Voraussetzungen für die Untersagung einer gewerblichen Sammlung nach § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 2 KrWG; Irrelevanzschwelle von 10 bis 15 % FSt **54**, 186
- Auswirkungen des Marktzutritts eines neuen Sammlers FSt **54**, 187
- Keine Berücksichtigung einer jahrelang nicht durchgeführten Sammlung bei der Prüfung der Beeinträchtigung der Grundstrukturen der öffentlich-rechtlichen Entsorgung FSt **54**, 188
- Maßstab für die Beeinträchtigung der sachgerechten Aufgabenerfüllung des öffentlichen-rechtlichen Entsorgungsträgers durch andere Sammlungen FSt **54**, 189
- Maßstab für die Prüfung der Zuverlässigkeit des Sammlers FSt **54**, 190
- Gesetz zur Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie – Neue Vorschriften im Kreislaufwirtschaftsgesetz FSt **66**, 235
- Aufgabenverteilung zwischen Kommunen und Wirtschaft FSt **66**, 235
- Getrenntsammlungspflichten FSt **66**, 236
- Klagerecht öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gegen gewerbliche Sammlungen FSt **66**, 236
- Produktverantwortung FSt **66**, 237
- Klärschlamm auf Deponie als Abfall FSt **81**, 280
- Änderung des Art. 11 Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG): Vereinfachung der Regelfortschreibungen des bayerischen Abfallwirtschaftsplans FSt **156**, 552

- Änderung des Art. 25 BayAbfG: Zuständigkeit der unteren Verwaltungsbehörden für Anordnungen und Maßnahmen zur Beseitigung oder Verwertung erwiesener illegal verbrachter Abfälle FSt **156**, 552
- Entsorgung von PAK-haltigem Straßenaufbruch GK **100**, 232
- Beim Vertragsabschluss zur Entsorgung von Straßenaufbruch sind u.a. die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes einzuhalten GK **100**, 233
- Die Verwertung von PAK-haltigem Straßenaufbruch richtet sich nach dessen PAK-Gehalt GK **100**, 234

Abgabenbescheide

- Abrechnungsbescheid über Säumniszuschläge; einstweiliger Rechtsschutz; Verwirkung GK **148**, 364
- Postaufgabe und Zugang eines schriftlichen Verwaltungsakts in Abgabesachen GK **200**, 491
- Beweislastverteilung bei Bestreiten des Zugangszeitpunkts eines Abgabenbescheides GK **200**, 491
- Die Drei-Tages-Bekanntgabefiktion des § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO findet nur dann Anwendung, wenn feststeht, wann der Verwaltungsakt durch die Finanzbehörde zur Post aufgegeben wurde GK **200**, 492
- Versäumnisse des Abgabepflichtigen bei der Substantiierung seines Vorbringens zu einem von der Fiktion des § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO abweichenden späteren Zugang des Verwaltungsakts beeinflussen den Grad der Überzeugungsbildung über den Zeitpunkt der Postaufgabe des Verwaltungsakts nicht GK **200**, 492

Abgabenordnung

- Ablaufhemmung bei einer steuerlichen Außenprüfung GK **24**, 38

- Die Frage der Ablaufhemmung bei Unterbrechung der Prüfung durch das FA ist bereits geklärt GK 24, 39
- Urteil des BFH in BFHE 229, 20 (BSTBl II 2011, 7) führt nicht zum Entfallen der Ablaufhemmung GK 24, 40
- Zuständigkeiten der Finanzverwaltung; Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 1.10.2020 GK 34, 62
- Änderungen im Bereich der Abgabenordnung GK 51, 113
- Kontenabruf nach § 93 Abs. 8 Satz 2 der Abgabenordnung (AO) GK 56, 122
- Verwendung von dem Steuergeheimnis unterliegenden Daten bei der Vollstreckung wegen anderer Geldleistungen; Änderung des § 1 Abs. 2 der Abgabenordnung (AO) GK 146, 361
- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEO) vom 20.1.2021 GK 149, 365

Ablösungsvertrag

- Auswirkungen einer Gesetzesänderung auf die Geschäftsgrundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages; hier: Ablösevereinbarungen über Straßenausbaubeiträge GK 209, 510
- Rechtliche Rahmenbedingungen des KAG GK 209, 510
- Fazit im Hinblick auf die Gültigkeit von Ablösevereinbarungen GK 209, 514

Abnahme von Bauleistungen

- Abnahme einer Heizungsanlage durch konkludentes Verhalten kommt regelmäßig erst nach einer Heizperiode in Betracht FSt 117, 400

Abschlussprüfung

- Fachlicher Hinweis des IDW zur Abschlussprüfung bei Energieversorgungsunternehmen: Bestätigungsvermerk GK 69, 161

Abwasserabgabe

- Anforderungen an eine abgaberechtlich verwertbare Abwasserprobe FSt 42, 141
- Rechtsgrundlage für die Erhebung einer Abwasserabgabe FSt 42, 142
- Nichteinhaltung des Überwachungswerts; Beweisregeln FSt 42, 142
- Begriff der Mischprobe (§ 2 Nr. 2 Abwasserverordnung – AbwV –) FSt 42, 143
- Vermischung zweier Mischproben nicht regelkonform FSt 42, 143
- Rechtsfolge einer nicht sachgerechten Probenahme ist die Unverwertbarkeit des Messergebnisses FSt 42, 145

- Regelwidrige Homogenisierung der Probe FSt 42, 146
- Ergebnisrelevanz des Verstoßes FSt 42, 147

Akteneinsicht

- Akteneinsichtsrecht kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger FSt 208, 721

Altersruhegeld

- Betriebliche Altersversorgung: Beratungspflichten des Arbeitgebers bei der Entgeltumwandlung FSt 2, 3
- Gesetz zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen und zur Änderung anderer Gesetze (Gesetz Digitale Rentenübersicht) vom 11.2.2021 GK 73, 168

Altlasten

- Haftung einer Gemeinde als Eigentümerin eines Straßengrundstücks für Untersuchungsmaßnahmen FSt 216, 746
 - § 9 BBodSchG ist die einschlägige Rechtsgrundlage, wenn es um einen Gefährdungsseingriff geht, also darum, festzustellen, ob und wenn ja in welchem Umfang eine schädliche Bodenverunreinigung besteht FSt 216, 748
 - Der Eigentümer kann auch dann zu Maßnahmen nach dem BBodSchG herangezogen werden, wenn die Bodenverunreinigung ursprünglich von einem anderen Grundstück ausgeht, dessen Eigentümer nicht leistungsfähig und ein Handlungsstörer nicht erkennbar ist FSt 216, 749
 - Dass eine Untersuchungsanordnung möglicherweise zur Ermittlung weiterer heranziehbarer Verursacher bzw. Grundstückseigentümer führt, hat auf ihre Rechtmäßigkeit keinen Einfluss FSt 216, 750
 - Eine Untersuchungsmaßnahme, die Kosten von 25.000 € verursacht, ist für eine Gemeinde mit 7.000 Einwohnern kaum unverhältnismäßig FSt 216, 750
- ### Amtshaftung
- Zivil-Rechtsweg für Gesamtschuldnerausgleich unter Beamten FSt 141, 485
 - Amtspflichtverletzung einer Bürgermeisterin im Bereich der kommunalen Haushaltswirtschaft FSt 152, 534
 - Kollegialgerichts-Richtlinie findet auch Anwendung bei erstinstanzlicher Kammerentscheidung FSt 207, 720

Arbeitnehmer

- Telearbeit – Aktualisierte Informationen des KAV FSt **91**, 317
- Anforderungen an die Übertragung einer Führungsposition auf Zeit i.S.v. § 32 TVöD-V – Abgrenzung zu § 14 TVöD-V FSt **110**, 374
- KAV-Veröffentlichungen zu Coronavirus-Pandemie und Arbeitsrecht FSt **129**, 440
- (Keine) Prämienzahlungen zur Honorierung besonderer Belastungen durch die COVID-19-Pandemie GK **12**, 20
- Annahmeverzugslohn – Auskunftsanspruch des Arbeitgebers hinsichtlich anderweitigen Erwerbs GK **25**, 41
- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2021 GK **35**, 66
- Verlängerung der Fachkräfte-Richtlinie bis zum 31.12.2022 GK **36**, 67
- Bek des StMFH vom 26.11.2020 – Neunzehnte Änderung der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung GK **40**, 72
- Zur Beweislast des Arbeitgebers bei einem Forderungsübergang gem. § 6 Abs. 1 EFZG GK **44**, 90
- Volumen für leistungsorientierte Bezahlung gemäß § 18 Abs. 3 Satz 1 TVöD – Verlängerung der Möglichkeit einer freiwilligen Erhöhung auf 4 % GK **60**, 132
- Tarifverdienste 2020 – Entwicklung der Indizes GK **91**, 214
- Arbeitslohn bei Zahlung von Verwarnungsgeldern durch Arbeitgeber? GK **98**, 226
- Grundsätze für das Vorliegen von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit GK **98**, 227
- Bei Erfüllung von eigenen Verbindlichkeiten des Arbeitgebers liegt kein Arbeitslohn vor GK **98**, 228
- Hinweise des BFH zur Prüfung von Regressansprüchen GK **98**, 231
- Tarifabschluss 2020 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.4.2021 GK **108**, 245
- Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung – Leasing von Fahrrädern GK **150**, 376
- Geltungsbereich (§ 1) GK **150**, 376
- Vertragliche Vereinbarungen zur Entgeltumwandlung (§ 2) GK **150**, 376
- Nutzungsdauer (§ 3) GK **150**, 377
- Ausgestaltung (§ 4) GK **150**, 377
- Dritte Verordnung zur Änderung der Kurzarbeitergeldverordnung vom 17.6.2021 GK **154**, 383
- Prozessbeschäftigung – Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall GK **160**, 399

- Wegfall des Arbeitnehmerstatus bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses GK **160**, 399
- Eine „Prozessbeschäftigung“ allein begründet kein neues Arbeitsverhältnis GK **160**, 400
- Rückabwicklung einer zu Unrecht erfolgten Weiterbeschäftigung GK **160**, 402
- Beschäftigungszeit i.S. von § 34 Abs. 3 Satz 3 und 4 TVöD GK **161**, 402
- Annahmeverzugsvergütung bei unterlassener behinderungsgerechter Beschäftigung eines schwerbehinderten Menschen? GK **169**, 421
- Annahmeverzug des Arbeitgebers nur, wenn Arbeitnehmer die vertraglich zu bewirkende Arbeitsleistung anbietet GK **169**, 421
- Bedeutung des Direktionsrechts bei der Bestimmung der geschuldeten Arbeitsleistung GK **169**, 422
- Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers als Voraussetzung für Vergütungsanspruch: Darlegungs- und Beweislast des Arbeitnehmers GK **169**, 423
- Orientierungssätze des BAG zum Urteil vom 14.10.2020 GK **169**, 424
- Jubiläumsgeld nach dem TVöD-AT: Beschäftigungszeiten nach dem BAT-O werden bei der Bemessung der sog. Jubiläumszeit nicht berücksichtigt GK **203**, 498
- Dynamisierung der Erschwerniszuschläge ab 1.4.2021 GK **227**, 547

Arbeitsunfähigkeit

- Pflicht zur unverzüglichen Anzeige der Fortdauer einer Arbeitsunfähigkeit ist der Pflicht zur unverzüglichen Anzeige einer erstmaligen Arbeitsunfähigkeit gleichzustellen FSt **14**, 43
- Pflicht zur unverzüglichen Anzeige von Arbeitsunfähigkeit FSt **14**, 44
- Dispositionsinteresse des Arbeitgebers ist bei nicht unverzüglicher Anzeige von Ersterkrankung und Erkrankungsfortdauer betroffen; konkrete Umstände sind im Einzelfall festzustellen FSt **14**, 45
- Kein allgemeiner Erfahrungssatz hinsichtlich der Dauer einer Arbeitsunfähigkeit FSt **14**, 46

Arbeitsvertrag

- Die Feststellung der Unwirksamkeit einer Kündigung versperrt die Anfechtung eines Arbeitsvertrages FSt **172**, 600
- Nochmals: Vorbeschäftigungsverbot bei sachgrundloser Befristung FSt **176**, 611

Arbeitszeugnis

- Leistungs- und Verhaltensbeurteilung in Tabellenform FSt **270**, 919

Architekten

- Änderung des Gesetzes zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen und anderer Gesetze vom 12.11.2020 FSt **28**, 91
- Änderung des ArchLG: Kein zwingendes Preisrecht mehr in der HOAI, sondern nur Orientierungsrahmen; Honorar ist immer frei vereinbar FSt **28**, 91
- Angemessenheitsregelung in § 1 Abs.1 Satz 2 ArchLG FSt **28**, 93
- Ermächtigung im ArchLG zur Regelung einer Auffangregelung bei fehlender wirksamer Honorarvereinbarung FSt **28**, 94
- Änderung des § 650q Abs. 2 BGB (Vergütungsanpassung im Falle von Anordnungen des Auftraggebers) FSt **28**, 95
- Haftung des Architekten bei Wassereintritt in zu sanierendes Gebäude wegen fehlender Verschließung eines Schachtes FSt **52**, 177
- Die Anordnung des Architekten zum Verschließen einer Öffnung reicht nicht aus, er muss auch deren zeitnahe Ausführung kontrollieren und ggf. sofort auszuführende vorläufige Schutzmaßnahmen anordnen FSt **52**, 178
- Kein Mitverschulden des öffentlichen Auftraggebers, da sich dessen Verkehrssicherungspflicht bei Einschaltung fachkundiger Dritter auf Auswahl-, Instruktions- und Überwachungspflichten beschränkt FSt **52**, 179
- Haftung des Architekten aufgrund von ihm übersehener Fehler im vom Sonderfachmann erstellten Brandschutzkonzept FSt **191**, 659
- Die deutliche Überschreitung zulässiger Rettungswegelängen und Unterschreitung von Mindestbreiten bei den als Rettungsweg dienenden Treppen muss der Architekt erkennen FSt **191**, 659
- Ein Architekt muss Fehler im Brandschutzkonzept eines vom Auftraggeber gesondert beauftragten Sonderfachmanns erkennen und rügen, soweit hierzu kein Spezialwissen erforderlich ist FSt **191**, 660
- Ein Planer kann sich gegenüber dem Bauherrn nicht auf ein Mitverschulden wegen eines Fehlers bei der Objektüberwachung berufen FSt **191**, 662
- Ein Architekt kann sich gegenüber dem Landkreis als Bauherr nicht auf ein Mitverschulden der beim Landkreis ansässigen unteren Bauaufsichtsbehörde berufen FSt **191**, 662
- Ein Architekt kann dem Bauherrn ein Mitverschulden des von diesem beauftragten Sonderfachmanns nicht entgegenhalten, wenn der Fehler des Sonderfachmanns im Bereich der Rettungswegeplanung liegt und für einen Architekten ohne Spezialwissen erkennbar war FSt **191**, 663
- Rückbaukosten und Planungsmehrkosten als vom Architekten zu ersetzender Schaden FSt **191**, 664
- Haftung des Architekten wegen des fehlenden Hinweises auf das Risiko von Mehrkosten aufgrund möglicher Schadstoffbelastungen des zu sanierenden Gebäudes FSt **239**, 818
- Eine Kostenberechnung über eine Sanierung weist einen Mangel auf, wenn darin der Hinweis auf die konkrete Gefahr fehlt, dass weitere erhebliche Kosten für die Entfernung von chemischen oder mikrobiologischen Schadstoffbelastungen entstehen könnten FSt **239**, 819
- Beweislast für das Nichtvorliegen einer ausreichenden Aufklärung FSt **239**, 820
- Kausalität zwischen fehlender Aufklärung und nutzlosen Aufwendungen FSt **239**, 821
- Keine Verletzung der Schadensminderungspflicht FSt **239**, 822
- Das Risiko der Genehmigungsfähigkeit eines vom Bauherrn gewünschten Flachdaches trägt regelmäßig für den Architekt FSt **266**, 903
- Die Kenntnis vom Bestehen eines Genehmigungsrisikos begründet noch keine Übernahme dieses Risikos durch den Bauherrn FSt **266**, 903
- Kein Anspruch des Architekten auf Abrücken des Bauherrn von einem nicht genehmigungsfähigen Wunsch (hier eines Flachdaches) FSt **266**, 904
- Von den in einem Bebauungsplan vorgesehenen Dachformen Satteldach, Pultdach und Zelt-dach weicht ein Flachdach gestalterisch im maximalen Umfang ab und beeinträchtigt damit einen im Bebauungsplan zum Ausdruck gebrachten Gestaltungswillen in beachtlicher Weise FSt **266**, 905
- Die Befreiungsvorschrift des § 31 Abs. 2 Nr. 2 BauGB setzt – jedenfalls in Bezug auf örtliche Bauvorschriften, die Teil eines Bebauungsplans sind – auch nach der Streichung der Wörter „im Einzelfall“ durch den Gesetzgeber voraus, dass ein „atypischer“ Sachverhalt vorliegt FSt **266**, 905
- Auch für den Architekten gilt der funktionale Mangelbegriff GK **13**, 20
- Leistungspflichten des Architekten und Bedeutung des selbständigen Beweisverfahrens für die Anspruchsverjährung GK **204**, 499

Architektenwettbewerb

- Zur ausreichenden Gewichtung des Ergebnisses eines Architektenwettbewerbs im Verhandlungsverfahren FSt 116, 397
- Gewinn ein Architekt im Wettbewerb den ersten Preis, ist dies bei der Gewichtung der Zuschlagskriterien in geeigneter Weise zu berücksichtigen FSt 116, 398
- Die Gewichtung des Wettbewerbsergebnisses mit 60 % berücksichtigt die sich aus § 8 Abs. 2 RPW ergebende Verpflichtung zur regelmäßigen Beauftragung des ersten Preisträgers hinreichend FSt 116, 398

Archiv-CD-ROM

- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2020 FSt 36, 120
- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2020 GK 39, 71

Ärzte

- Arzthaftung: Darlegungslast für Hygieneverstoß FSt 41, 139

Aufschiebende Wirkung

- Zeitliche Rückwirkung der Anordnung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs; hier: Säumniszuschläge GK 58, 124

Aufwandsentschädigungen

- Erhöhung des steuerfreien Mindestbetrags für Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen ab 1.1.2021 GK 183, 451

Ausländer, Asylbewerber

- Flüchtigkeit bei Kirchenasyl FSt 22, 80
- Rechtmäßigkeit einer asylrechtlichen Unzulässigkeitsentscheidung FSt 90, 317
- Zweite Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung und der Aufenthaltsverordnung vom 18.12.2020 GK 47, 95

Ausschüsse

- Besetzung kommunaler Ausschüsse; Berücksichtigung von nach der Wahl neu gebildeten Fraktionen; Auflösung einer Pattsituation bei Überauforderung FSt 71, 247
- Gestaltungsfreiheit der Kommunen bei der Wahl des Verfahrens FSt 71, 248
- Eine nach Ausschussgröße differenzierende Festlegung des Berechnungsverfahrens für die Sitzverteilung ist nur dann unzulässig, wenn hierfür kein sachlicher Grund vorliegt FSt 71, 248

- Kriterien für das Vorliegen eines Missbrauchs rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten FSt 71, 249
- Kein Missbrauch bei nachvollziehbaren Gründen FSt 71, 249
- Grundsatz der Spiegelbildlichkeit FSt 71, 250
- Berücksichtigung eines Fraktionswechsels bei der Ausschussbesetzung FSt 71, 251
- Anwendung der Rechtsprechung zum Fraktionswechsel auf Fraktionszusammenschlüsse zu Beginn einer Wahlperiode FSt 71, 251
- Auflösung einer Pattsituation insbesondere bei Überauforderung FSt 71, 251
- Nochmals: Verteilung von Ausschusssitzen im Gemeinderat; Ausschussgemeinschaft; Spiegelbildlichkeitsgebot FSt 82, 281
- Das im Verfassungsprinzip bei der Verteilung der Ausschusssitze gilt auch für Ausschussgemeinschaften FSt 82, 282
- Führt die Bildung von Ausschussgemeinschaften zur völligen Verdrängung einer ansonsten ausschussfähigen Partei oder Wählergruppe, so müssen die Ausschussgemeinschaften insoweit bei der Sitzverteilung in den Ausschüssen außer Betracht bleiben FSt 82, 282
- Die nachträgliche Verringerung einer in der konstituierenden Sitzung beschlossenen Ausschussgröße, durch die eine Partei oder Wählergruppe die ihr zustehenden Sitze verliert, kann eine unzulässige Diskriminierung darstellen FSt 82, 283

Außenbereich

- Außenbereichssatzung: Fehlende städtebauliche Erforderlichkeit FSt 77, 268
- Eine Außenbereichssatzung bedarf der städtebaulichen Erforderlichkeit FSt 77, 268
- Bei der Beurteilung der Frage des bebauten Bereichs i.S. des § 35 Abs. 6 Satz 1 BauGB hat eine noch vorhandene Bebauung, für die eine bestandskräftige Beseitigungsanordnung besteht, außer Betracht zu bleiben FSt 77, 269

Außerordentliche Kündigung

- Außerordentliche Kündigung eines einem schwerbehinderten Menschen Gleichgestellten FSt 96, 330
- Das Nachschieben eines Kündigungsgrundes ist auch dann möglich, wenn der ursprünglich in der Kündigung benannte Grund verfristet war FSt 263, 894

Auszubildende

- Entgeltfortzahlung im Zusammenhang mit Corona GK 52, 117

- Ausbildungsvergütung – Kürzung bei Teilzeit
GK 68, 160
- Anteilige Kürzung der Ausbildungsvergütung bei Teilzeitausbildung
GK 192, 471

B

Baudenkmal

- Anordnung des Wiederaufbaus eines ohne Erlaubnis abgebrochenen Einzelbaudenkmals in einem Ensemble
FSt 267, 907
- Art. 15 Abs. 4 BayDSchG als Rechtsgrundlage für die Wiederherstellung eines beeinträchtigten Ensembles
FSt 267, 907
- Gewichtige Gründe des Denkmalschutzes sprechen beim beabsichtigten Abbruch eines denkmalgeschützten Gebäudes in der Regel für die unveränderte Beibehaltung des bisherigen Zustands
FSt 267, 908
- Art. 15 Abs. 4 BayDSchG enthält keine eigenständige Regelung zur Störerauswahl
FSt 267, 909
- Kein grundsätzlicher Vorrang des Handlungsstörers gegenüber dem Zustandsstörer oder umgekehrt
FSt 267, 909
- Bestehen Zweifel über die Zurechnungsfähigkeit des eigenmächtig handelnden Handlungsstörers und ist er nicht solvent, kann der Eigentümer als Zustandsstörer in Anspruch genommen werden
FSt 267, 910
- Die Erhaltung noch verbliebener Giebel- und Kellerwände und die Verwendung geretteter historischer Ziegel sind nicht erforderlich für einen ensamblegerechten Wiederaufbau
FSt 267, 911

Baugenehmigung

- Nachbarklage gegen Baugenehmigung für einen Biolegehennenstall im Außenbereich neben einem konventionellen Legehennenbetrieb
FSt 51, 174
- Die Gefahr einer Übertragung von Krankheitserregern als schädliche Umwelteinwirkung im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB
FSt 51, 174
- Die Gefahr der Übertragung von Krankheitserregern muss hinreichend wahrscheinlich sein
FSt 51, 175
- Mangelnde Erfahrung in der Biolegehennenhaltung lässt nicht den Rückschluss auf ein erhöhtes Risiko des Auftretens von Erkrankungen im Tierbestand zu
FSt 51, 176

- Keine zwingend einzuhaltenden Mindestabstände zwischen Legehennenbetrieben in konventioneller Haltungsfarm und Biolegehennenbetrieben
FSt 51, 176
- Keine Verpflichtung des Bestandsbetriebes zu zusätzlichen Schutzvorkehrungen und keine Verletzung des Rücksichtnahmegebots
FSt 51, 177
- Eine vor dem 1.3.2011 erteilte Baugenehmigung steht einer späteren naturschutzrechtlichen Beseitigungsanordnung nicht entgegen
FSt 254, 872
- Die formale Baugenehmigungserteilung steht für sich einer naturschutzrechtlichen Beseitigungsanordnung noch nicht entgegen
FSt 254, 873
- Keine Feststellungswirkung einer vor dem 1.3.2011 erteilten Baugenehmigung hinsichtlich der Zulässigkeit von Sperrern, da Art. 30 BayNatSchG a.F. das Prüfprogramm der Baugenehmigung naturschutzrechtlich nicht erweitert
FSt 254, 873
- Ob nach der seit 1.3.2011 geltenden Fassung des Art. 34 BayNatSchG das Prüfprogramm der Baugenehmigungsbehörde naturschutzrechtlich erweitert ist und auch die in Art. 34 Abs. 2 Satz 1 (i.V. mit Abs. 1 Satz 1) BayNatSchG genannten Anforderungen umfasst, bleibt offen
FSt 254, 876

Bauhöfe

- Hinweise für die Lagerung und Beladung von Streustoffen für den Winterdienst – H LaStreu 2020
GK 89, 208
- Bauhofschulungen im Rahmen der Aktion „Blühpakt Bayern“
GK 110, 262

Baulandbeschaffung

- Gesetz zur Mobilisierung von Bauland
FSt 177, 613
- Bauleitpläne für die Ausweisung von Wohnbauflächen, § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB
FSt 177, 613
- Ergänzung des Belangekatalogs, § 1 Abs. 6 BauGB
FSt 177, 614
- Ergänzung der Festsetzungsmöglichkeiten, § 9 Abs. 1 BauGB
FSt 177, 614
- Bebauungsplan zur Festsetzung von Flächen für den sozialen Wohnungsbau, § 9 Abs. 2d BauGB (neu)
FSt 177, 615
- Bebauungspläne der Innenentwicklung, § 13a BauGB
FSt 177, 616
- Erweiterung des allgemeinen Vorkaufrechts der Gemeinde, § 24 BauGB
FSt 177, 616

- Neues Vorkaufsrecht für unbebaute, geringfügig bebaute und brachliegende Grundstücke in Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten, § 25 BauGB FSt 177, 617
- Ausübungsfrist des Vorkaufsrechts, § 28 Abs. 2 BauGB FSt 177, 617
- Erleichterung des Erwerbs eines Grundstücks per Vorkaufsrecht zum Verkehrswert, § 28 Abs. 3 Satz 1 BauGB FSt 177, 617
- Befreiung von Festsetzungen des Bebauungsplans, § 31 BauGB FSt 177, 618
- Bauen im Außenbereich, § 35 Abs. 4 BauGB FSt 177, 618
- Städtebauliche Gebote, § 175 Abs. 2 BauGB FSt 177, 618
- Baugebot, § 176 BauGB FSt 177, 619
- Städtebauliches Entwicklungskonzept zur Stärkung der Innenentwicklung, § 176a BauGB (neu) FSt 177, 620
- Bodenrichtwerte, § 196 BauGB FSt 177, 620
- Verordnungsermächtigung zur Bestimmung von Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt, § 201a BauGB (neu) FSt 177, 620
- Sonderregelungen für Flüchtlingsunterkünfte, § 246 BauGB FSt 177, 621
- Sonderregelungen für Anlagen für gesundheitliche Zwecke im Zuge der COVID-19-Pandemie, § 246b BauGB FSt 177, 621
- Genehmigungsvorbehalt für die Bildung von Wohnungseigentum in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten, § 250 BauGB (neu) FSt 177, 621
- Neue Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“, § 5a BauNVO FSt 177, 623
- Zulässigkeit von Nebenanlagen, die der öffentlichen Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen dienen, § 14 Abs. 1a BauNVO FSt 177, 623
- Orientierungswerte für die Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung, § 17 BauNVO FSt 177, 624
- Überleitungsvorschrift, § 25e BauNVO (neu) FSt 177, 624

Baunutzungsverordnung

- Allgemeine Zulässigkeit eines Bordells in einem Industriegebiet FSt 40, 136

Bauordnung

- BayBO-Novelle 2021 – Gesetz zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus FSt 64, 222
- Spielplätze, Art. 7 Abs. 3 und Art. 81 Abs. 1 Nr. 3 BayBO FSt 64, 223

- Dachgeschossausbauten im unbeplanten Innenbereich, Art. 58 BayBO FSt 64, 223
- Verfahrensfreiheit bei Mobilfunksendeanlagen, Fahrradabstellanlagen und Elektroladestationen, Art. 57 BayBO FSt 64, 224
- Nachbarbeteiligung, Art. 66 BayBO FSt 64, 225
- Begrünung von Gebäuden, Art. 81 Abs. 1 Nr. 1 BayBO FSt 64, 225
- Stellplatzpflicht, Art. 81 Abs. 1 Nr. 4 BayBO FSt 64, 225
- Bepflanzung unbebauter Flächen, Art. 81 Abs. 1 Nr. 5 BayBO FSt 64, 226
- Abstandsflächenrecht, Art. 6 BayBO FSt 64, 226
- Genehmigungsfiktion, Art. 68 BayBO FSt 64, 229
- Baustoff Holz, Art. 24 und 26 BayBO FSt 64, 231
- Rettungswege, Art. 31 BayBO FSt 64, 231
- Aufzugspflicht, Art. 37 BayBO FSt 64, 231
- Bestandsschutz für Aufenthaltsräume, Art. 46 BayBO FSt 64, 231
- Textform statt Schriftform, Art. 50, 61, 65 BayBO FSt 64, 231
- Typengenehmigung, Art. 73a BayBO FSt 64, 232
- Digitalisierung, Art. 80a BayBO FSt 64, 232
- Änderung des Art. 6 Abs. 7 Bayerische Bauordnung (BayBO): Privilegierung giebelseitiger Grenzgaragen FSt 156, 553
- Bek des StMB vom 22.12.2020 – Vollzug der Bauvorlagenverordnung GK 65, 144

Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2020 GK 28, 47

Baustellen

- Rechtliche Voraussetzungen für das Überschwenken eines Nachbargrundstücks mit einem Baukran FSt 99, 339
- Das Schwenken eines Baukrans über den Luftraum eines Nachbargrundstücks fällt unter das Hammerschlags- und Leiterrecht gem. Art. 46b Abs. 1 BayAGBGB FSt 99, 339
- Lehnt der Nachbar die Überschwenkung ab, muss der Bauherr erst erfolgreich Duldungsklage erheben und darf – wenn kein Notstand vorliegt – das Grundstück vor Ergehen der gerichtlichen Entscheidung nicht überschwenken FSt 99, 340
- Duldungspflicht des Nachbarn aus § 905 Satz 2 BGB? FSt 99, 341

Bauvertrag

- Berechnung des Entschädigungsanspruchs aus § 642 BGB wegen unnützer Vorhaltung von Personal und Geräten FSt 5, 13

- Anspruchsvoraussetzungen des § 642 Abs. 1 BGB FSt 5, 14
- Berechnung der Entschädigung, § 642 Abs. 2 BGB FSt 5, 15
- Unproduktives Verhalten von Mitarbeitern sowie von Arbeitsgeräten während der Dauer des Annahmeverzugs FSt 5, 15
- Keine nutzlose Vorhaltung des Bau- und Projektleiters bei Erledigung anderer Arbeiten FSt 5, 16
- Produktionsmittel müssen nicht auf der Baustelle bereitgehalten werden FSt 5, 16
- Keine bauablaufbezogene Darstellung erforderlich FSt 5, 17
- Schätzung der unnütz vorgehaltenen Arbeitsstunden FSt 5, 17
- Reduzierung wegen falscher durchschnittlicher Wochenarbeitszeit FSt 5, 18
- Reduzierung wegen produktivem internen Einsatz der Mitarbeiter FSt 5, 18
- Berechnung des auf die vergebliche Bereithaltung von Arbeitnehmern entfallenden Anteils an der Gesamtvergütung ohne Zuschläge FSt 5, 19
- Berechnung des auf die vergebliche Bereithaltung der Geräte entfallenden Anteils an der Gesamtvergütung ohne Zuschläge FSt 5, 19
- Berücksichtigung der Zuschläge für Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn FSt 5, 19
- Berücksichtigung ersparter Aufwendungen bei den Lohnkosten FSt 5, 21
- Berücksichtigung des vertraglich vereinbarten Nachlasses und der Umsatzsteuer FSt 5, 21
- Akzeptiert der Bieter die im Zuschlagsschreiben neu festgelegten Ausführungsfristen nicht, kommt kein Bauvertrag zustande FSt 16, 49
- Inhalt eines Bauvertrags bei verzögertem Vergabeverfahren FSt 16, 50
- Zuschlagsschreiben ist dahin auszulegen, dass die Vergabestelle ein bindendes Angebot zu einer neuen Bauzeit abgegeben hat FSt 16, 51
- Verstoß gegen das vergaberechtliche Nachverhandlungsverbot des § 15 Abs. 3 VOB/A hat keine Auswirkung auf das rein zivilrechtlich zu beurteilende Zustandekommen des Vertrags FSt 16, 52
- Keine Annahme des Angebots, wenn der Bieter neue Termine bestätigt, die Ausführung aber von einer zusätzlichen Vergütung abhängig macht FSt 16, 53
- Voraussetzungen eines auf das positive Interesse gerichteten Schadensersatzanspruchs bei Aufhebung ohne Aufhebungsgrund FSt 16, 53

- Kein Ersatz des positiven Interesses, wenn der Auftrag nach Aufhebung mit grundlegend veränderten Inhalt an einen Dritten vergeben wurde FSt 16, 54
- Keine Kostenerstattung für Privatgutachten zu verzögerungsbedingten Mehrkosten über § 2 Abs. 5 VOB/B FSt 65, 232
- Die Kosten eines Privatgutachtens zur Ermittlung der Mehrvergütung nach § 2 Abs. 5 VOB/B sind nicht als Teil der Mehrkosten vom Auftraggeber zu erstatten FSt 65, 232
- Keine Erstattung der Gutachtenkosten über § 2 Abs. 9 VOB/B, wenn der Auftraggeber das Gutachten nicht ausdrücklich verlangt hat FSt 65, 233
- Erstattungsgrundsätze gelten auch für Gutachten, die über Mehrkosten wegen verzögerter Zuschlagserteilung erstellt werden FSt 65, 234
- Die Kosten eines Privatgutachtens können im Rahmen eines Prozesses ggf. im Rahmen eines materiell-rechtlichen oder prozessualen Kostenerstattungsanspruchs berücksichtigungsfähig sein FSt 65, 234
- Ist die ausgeschriebene Bauzeit aus Sicht des Bieters zu kurz, muss er dies rügen; keine Ansprüche des Auftragnehmers wegen Mehrkosten aufgrund (angeblich) zu kurzer Bauzeit FSt 87, 304
- Kein Schadensersatzanspruch wegen Behinderung (§ 6 Abs. 6 VOB/B) FSt 87, 304
- Welche Leistungen von der Vergütungsabrede in einem Bauvertrag erfasst sind, ist durch Auslegung zu ermitteln FSt 87, 305
- Bei erkennbaren Vergabefehlern hat der Bieter die Möglichkeit der Vergabenachprüfung FSt 87, 306
- Kein Entschädigungsanspruch nach § 642 BGB FSt 87, 306
- Kein Anspruch wegen einer im Vertrag nicht vorgesehenen Leistung (§ 2 Abs. 6 Nr. 1 VOB/B) FSt 87, 306
- Kein Anspruch wegen nachträglicher Anerkennung der Leistung (§ 2 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B) FSt 87, 307
- Die Voraussetzungen für einen Zahlungsanspruch nach § 2 Abs. 3 VOB/B liegen nicht vor FSt 87, 307
- Kein Vergütungsanspruch wegen Änderungsanordnung des Auftraggebers (§ 2 Abs. 5 VOB/B) FSt 87, 307
- Kein Schadensersatzanspruch wegen Unmöglichkeit der Leistung FSt 87, 307
- Kein Schadensersatz wegen Störung der Geschäftsgrundlage FSt 87, 308
- Kein Vorteilsausgleich zugunsten der Baufirma bei verzögerter Mängelbeseitigung FSt 114, 380

- Streit um die Höhe eines Kostenvorschussanspruchs wegen Mängeln an einem Bauwerk
FSt **114**, 380
- Keine Anrechnung von Vorteilen, die ausschließlich auf einer Verzögerung der Mängelbeseitigung beruhen, wenn sich der Auftraggeber jahrelang mit einem fehlerhaften Werk begnügen musste
FSt **114**, 382
- Keine fiktiven Mängelbeseitigungskosten beim Bauvertrag, aber Vorschussanspruch des Auftraggebers bei Planungs- oder Überwachungsfehlern des Architekten oder Ingenieurs
FSt **145**, 502
- Im Werkvertragsrecht darf der Schadensersatz statt der Leistung (kleiner Schadensersatz) gemäß § 634 Nr. 4, §§ 280, 281 Abs. 1 BGB nicht anhand der voraussichtlich erforderlichen, aber (noch) nicht aufgewendeten – fiktiven – Mängelbeseitigungskosten bemessen werden
FSt **145**, 503
- Der Schadensersatzanspruch des Bestellers gegen den Architekten bei Planungs- und Überwachungsfehlern, die sich im Bauwerk realisiert haben, kann sich auf Vorfinanzierung „in Form der vorherigen Zahlung eines zweckgebundenen und abzurechnenden Betrags“ richten
FSt **145**, 506
- Der V. Zivilsenat des BGH hält für das Kaufrecht daran fest, dass fiktive Mängelbeseitigungskosten abgerechnet werden können
FSt **145**, 507
- Zum Umfang deliktischer Haftung wegen fehlerhafter Werkleistung bei der Errichtung eines Gebäudes
FSt **155**, 547
- Zur Abgrenzung deliktischer Verkehrspflichten von Gewährleistungspflichten
FSt **155**, 548
- Ein deliktischer Schadensersatzanspruch ist ausgeschlossen, wenn der Schaden mit dem anfänglich bestehenden Mangelunwert „stoffgleich“ ist
FSt **155**, 548
- Zur Verjährung deliktischer Ansprüche
FSt **155**, 550
- Kommunale Baumaßnahmen: Eine einstweilige Verfügungsverfügung nach § 650d BGB ist auch für Nachträge nach § 2 VOB/B möglich
FSt **214**, 740
- Verfügungsgrund gemäß §§ 631, 650b ff. BGB
FSt **214**, 741
- Verfügungsverfügung nach § 650d BGB auch nach Schlussrechnungsreife
FSt **214**, 741
- Für die Glaubhaftmachung des Verfügungsanspruchs ist es erforderlich, dass der Baufirma unter Einbeziehung der Mehrvergütung nach § 2 VOB/B ein positiver Gesamtsaldo zusteht
FSt **214**, 742

- Die 80-Prozent-Regelung des § 650c Abs. 3 Satz 1 BGB enthält keine das Gericht bindende gesetzliche Vermutung
FSt **214**, 743
- Schätzung der Mehrvergütung durch das Gericht
FSt **214**, 744
- Gestörter Bauablauf aufgrund mangelhafter Planung: Regress gegen den Planer, wenn der Bauherr auf eine der Höhe nach unsubstantiierte Forderung des Bauunternehmers leistet?
FSt **226**, 776
- Auch die (teilweise) Zahlung auf einen der Höhe nach nicht schlüssigen Baueintrachttrag der Baufirma ist unter bestimmten Voraussetzungen ein vom mangelhaft leistenden Planer zu ersetzender Schaden
FSt **226**, 776
- Der Planer muss den Schaden Zug um Zug gegen Abtretung etwaiger Rückforderungsansprüche des Bauherrn gegen die Baufirma ersetzen
FSt **226**, 778
- Annahme bei unbekanntem Mängeln
GK **14**, 22
- Kein Mitverschulden des Auftraggebers am Schadenseintritt bei einem unzureichenden Bedenkenhinweis des Auftragnehmers
GK **151**, 378
- Um seiner Prüfungs- und Hinweispflicht zu genügen, muss sich der Unternehmer die erforderliche Sachkunde verschaffen
GK **151**, 378
- Zur Frage eines Mitverschuldens des Auftraggebers
GK **151**, 379

Beamtenbesoldung

- Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte – gültig ab 1.1.2021
GK **6**, 14
- Tabelle der Strukturzulagen, Stellenzulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen – gültig ab 1.1.2021
GK **7**, 15
- Tabelle der Familienzuschläge – gültig ab 1.1.2021
GK **8**, 16
- Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5
GK **8**, 17
- Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG
GK **8**, 17
- Tabelle der Mehrarbeitsvergütungen – gültig ab 1.1.2021
GK **9**, 17
- Tabelle der Anwärtergrundbeträge – gültig ab 1.1.2021
GK **10**, 18

Bebauungsplan

- Sondergebietsfläche „Gartenbau“, freizuhaltende Flächen, Festsetzung der Wandhöhe
FSt **4**, 10
- Es ist nicht zu beanstanden, wenn die Gemeinde für die privilegierte Nutzung als Gartenbaubetrieb von Bebauung freizuhaltende Flächen sowie Bauräume festsetzt
FSt **4**, 10

- Nimmt die Gemeinde bei der Festsetzung der Wandhöhe auf den Erdgeschossfertigfußboden Bezug, muss erkennbar sein, auf welcher Höhe sich dieser befinden soll **FSt 4, 12**
- Die fehlerhafte Festsetzung der Wandhöhe führt zur Unwirksamkeit des Bebauungsplans im Ganzen **FSt 4, 13**
- Änderung eines Bebauungsplans: Unzulässige Wahl des beschleunigten Verfahrens; Verweis auf nicht öffentlich zugängliche technische Vorschriften **FSt 27, 88**
- Für die Anwendbarkeit des beschleunigten Verfahrens nach § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB kommt es maßgeblich auf die tatsächlichen Verhältnisse und nicht auf den planungsrechtlichen Status der zu überplanenden Flächen an **FSt 27, 88**
- Wird in den textlichen Festsetzungen eines Bebauungsplans auf nicht öffentlich zugängliche technische Vorschriften verwiesen, genügt auch ein Hinweis in der ortsüblichen Bekanntmachung des Bebauungsplans, dass die Vorschrift zur Einsicht bereitgehalten wird **FSt 27, 90**
- Heilung eines kompetenzwidrig vom Bauausschuss aufgestellten Bebauungsplans durch Vollzug der an sich zuständigen ersten Bürgermeisterin **FSt 92, 319**
- Teilweise Aufhebung eines Bebauungsplans **FSt 97, 331**
- Es ist i.S. von § 1 Abs. 3 BauGB nicht zu beanstanden, wenn die Gemeinde ein festgesetztes Sondergebiet „Wochenendhausgebiet“ aufhebt, das nicht mehr ihren städtebaulichen Zielvorstellungen entspricht **FSt 97, 331**
- Es genügt, wenn dem Bebauungsplan im Hinblick auf die städtebaulichen Ziele Förderpotential zukommt, auf eine vollständige Verwirklichung des Planungsziels kommt es nicht an **FSt 97, 333**
- Wiedernutzbarmachung von Flächen als Maßnahme der Innenentwicklung **FSt 113, 378**
- Die Wiedernutzbarmachung einer Fläche als Maßnahme der Innenentwicklung ist ausgeschlossen, wenn eine ehemals dem Siedlungsbereich angehörende, baulich in Anspruch genommene Fläche diese Zugehörigkeit wieder verloren hat **FSt 113, 378**
- Ob eine tatsächlich vorbelastete Brachfläche weiterhin dem Siedlungsbereich angehört, bestimmt die Verkehrsauffassung **FSt 113, 379**
- Angaben zu den Arten umweltbezogener Informationen; Ausschluss sämtlicher Nutzungen nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO in einem allgemeinen Wohngebiet **FSt 190, 656**
- Die umweltbezogenen Informationen sind in Themenblöcken zusammenzufassen und schlagwortartig zu charakterisieren **FSt 190, 656**
- In der Bekanntmachung der Auslegung sind die Arten der verfügbaren Umweltinformationen, nicht die Informationen selbst zu nennen **FSt 190, 656**
- Wenn die Gemeinde auf konkrete Titel von Gutachten oder Stellungnahmen zurückgreift, kommt es auf inhaltliche, nicht auf formale Vollständigkeit an **FSt 190, 657**
- Der Ausschluss der nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO in einem allgemeinen Wohngebiet zulässigen Nutzungsarten verstößt nicht stets gegen § 1 Abs. 5 BauNVO **FSt 190, 657**
- Verfassungswidrigkeit eines Bebauungsplans, weil die Festsetzungen zur Ausgestaltung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen widersprüchlich sind **FSt 198, 684**
- Kein Rechtsmissbrauch und keine Verwirkung der Popularklage **FSt 198, 685**
- Aus den Festsetzungen eines Bebauungsplans zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen muss eindeutig hervorgehen, in welchem Umfang das betroffene Grundstück in Anspruch genommen wird **FSt 198, 686**
- Eine Gemeinde kann die zeichnerische Festsetzung und textliche Beschreibung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kombinieren, diese müssen aber widerspruchsfrei sein **FSt 198, 686**
- Verfassungsrechtliche Überprüfung eines Bebauungsplans ist auch nach Ablauf der Jahresfrist des § 215 BauGB noch möglich **FSt 198, 687**
- Mangel führt hier zur Verfassungswidrigkeit des gesamten Bebauungsplans **FSt 198, 688**
- Der Bebauungsplan bleibt trotz Verfassungswidrigkeit während einer Übergangszeit ausnahmsweise wirksam **FSt 198, 688**
- Verkaufsflächenbegrenzung im festgesetzten Sondergebiet **FSt 238, 815**
- Zulässigkeit von vorhabenbezogen getroffenen Regelungen nach Quadratmetergrenzen für die höchstzulässige Verkaufsfläche **FSt 238, 815**
- Zulässigkeit einer vorhabenunabhängigen gebietsbezogenen Verkaufsflächenbeschränkung **FSt 238, 816**
- Es gibt keine Ermächtigungsgrundlage im BauGB oder in der BauNVO, in einem Bebauungsplan die Zahl der zulässigen Einkaufszentren oder Einzelhandelsvorhaben zu beschränken **FSt 238, 816**
- Besonderheit, wenn das Plangebiet nur aus einem vorhaben geeigneten Baugrundstück im grundbuchrechtlichen Sinn besteht **FSt 238, 817**

Behinderte

- Das Teilhabestärkungsgesetz – Überblick
FS 224, 772

Beihilfevorschriften

- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung vom 28.9.2020 GK 16, 24
- Bek des StMFH vom 22.12.2020 – Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung; Abführung von Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen GK 55, 120
- Bek des StMFH vom 15.1.2021 – Vierzehnte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 65, 144
- Bek des StMFH vom 25.8.2021 – Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 207, 504
- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung vom 18.8.2021 GK 217, 528

Bereitschaftsdienst

- Rufbereitschaft als Arbeitszeit FS 188, 650
- Arbeitszeit und Ruhezeit schließen einander begrifflich aus FS 188, 651
- Kriterien für das Vorliegen von Arbeitszeit FS 188, 651
- Vergütungsbestimmungen unterfallen nicht der Arbeitszeitrichtlinie FS 188, 651

Beseitigungsanordnung

- Zulässigkeit der hilfsweisen Ergänzung des Ermessens durch die Bauaufsichtsbehörde für den Fall, dass der zugrundeliegende Bebauungsplan unwirksam ist FS 252, 863
- Unwirksamkeit des Bebauungsplans als Prozessrisiko für die Bauaufsichtsbehörde FS 252, 865
- Hilfsweiser Vortrag für den Fall der Unwirksamkeit des Bebauungsplans ist möglich FS 252, 866
- Voraussetzungen für das Nachschieben von Gründen und Ermessenerwägungen im Prozess FS 252, 866
- Formulierungsvorschläge der Landesanwaltschaft für die erforderlichen Schreiben im Berufungsverfahren FS 252, 867

Betriebe gewerblicher Art

- Nutzungsänderung von Betrieben gewerblicher Art durch die Corona-Krise GK 33, 61
- Verpachtungsbetrieb gewerblicher Art: wirtschaftliche Betrachtungsweise GK 86, 199
- Zur Körperschaftsteuerpflicht einer Körperschaft des öffentlichen Rechts GK 86, 200

- Zum Begriff des Betriebs gewerblicher Art GK 86, 201
- Ein Verpachtungs-BgA setzt voraus, dass die verpachteten Einrichtungen entgeltlich überlassen werden GK 86, 202
- Für die steuerrechtliche Beurteilung gilt die wirtschaftliche Betrachtungsweise GK 86, 203

Beurteilung

- Kein Anspruch eines Rechtsanwalts auf Teilnahme an der Erörterung und Eröffnung einer dienstlichen Beurteilung FS 23, 80
- Bei dienstlichen Beurteilungen darf ein Leistungsvergleich nur zwischen Beamten derselben Besoldungsgruppe stattfinden FS 111, 375

Bewerbungen

- Doppelfunktion der Entschädigung nach § 15 Abs. 2 AGG FS 50, 168
- Grundlage des Entschädigungsanspruchs nach § 15 Abs. 2 AGG FS 50, 169
- Würdigung des konkreten Falls; revisionsrechtliche Kontrolle und Korrektur FS 50, 171
- Stellenbesetzung – Schadensersatzanspruch des zurückgewiesenen Bewerbers FS 73, 255
- Abbruch eines Stellenbesetzungsverfahrens; Verletzung des Bewerbungsverfahrensanspruchs FS 197, 681
- Abbruch eines Besetzungsverfahrens; Wirksamkeitsvoraussetzung; Fortführungspflicht FS 197, 681
- Ausnahmeweise kann die Fortführung des Besetzungsverfahrens nicht verlangt werden, wenn die Auswahl des unterlegenen Bewerbers nicht möglich ist FS 197, 682
- Auf eine mögliche Ausnahmegenehmigung zu einer Sprungbeförderung durch den Landespersonalausschuss kann sich ein Beförderungsbewerber nicht berufen FS 197, 683
- Bewerbungsverfahrensanspruch eines Beamten; fehlerhafte Auswahlentscheidung bei Beförderungen FS 206, 719
- Schadensersatz wegen Verletzung des Bewerbungsverfahrensanspruchs FS 210, 729

Bewertungsgesetz

- Verordnung zur Neufassung der Anlagen 27 bis 33 des Bewertungsgesetzes vom 29.6.2021 GK 165, 407
- Verordnung zur Einstufung der Gemeinden in eine Mietniveaustufe im Sinne des § 254 des Bewertungsgesetzes (Mietniveau-Einstufungsverordnung – MietNeiV) vom 18.8.2021 GK 197, 480

Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2020
GK 21, 30
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise
GK 21, 31
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke
GK 21, 32
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze
GK 21, 33

Bodenschutz

- Unterstützungsfonds nach Art. 13a Bay-BodSchG um weitere fünf Jahre verlängert
FSt 46, 160
- Die Erbeserben des Verursachers sind nicht nach § 4 BBodSchG als Gesamtrechtsnachfolger des Verursachers zur Beseitigung einer schädlichen Bodenverunreinigung verpflichtet
FSt 268, 912
- Der Begriff der Gesamtrechtsnachfolge in § 4 BBodSchG ist zivilrechtlich geprägt
FSt 268, 912
- Erbeserben sind nicht Verursacher der Bodenverunreinigung
FSt 268, 913
- Anders als im Gesellschaftsrecht ist eine Ausdehnung des Begriffs der Gesamtrechtsnachfolge bei natürlichen Personen nicht gerechtfertigt
FSt 268, 913
- Die Ausdehnung des Begriffs des Gesamtrechtsnachfolgers auf die zweite und weitere Erbengenerationen ließe sich schwerlich mit erbrechtlichen Bestimmungen des BGB in Einklang bringen
FSt 268, 915

Brandverhütung

- Praxisrelevante Entscheidungen zu Anordnungen nach der Verordnung über die Verhütung von Bränden
FSt 32, 110
- Rechtsgrundlagen für die Anordnung der Entfernung von Gegenständen aus einem Treppenhaus
FSt 32, 110
- Rechtsgrundlagen für die Anordnung zum Freihalten von Rettungswegen durch Rückschnitt der in eine Feuerwehrzufahrt hineinragenden Äste
FSt 32, 111
- Zur Ermessensbetätigung, Verhältnismäßigkeit und Adressatenauswahl
FSt 32, 112
- Zur Bedeutung von Abhilfemaßnahmen nach Bescheiderlass
FSt 32, 114

Brückenbau

- Regelungen und Richtlinien für die Berechnung und Bemessung von Ingenieurbauten (BEM-ING) – Teil 3 „Berechnung von Straßenbrücken im Bestand für Schwervertransporte“
FSt 231, 791

D

Datenschutz

- Schutz von Informantinnen und Informanten bei Meldung einer Kindeswohlgefährdung
FSt 1, 1
- Emotet, Ransomware und andere Schadssoftware
FSt 13, 41
- Führerscheinkontrollen für die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen
FSt 25, 83
- Erforderlichkeit und Grundsatz der Datenminimierung
FSt 25, 83
- Information der betroffenen Beschäftigten
FSt 25, 84
- Zuständigkeit und Speicherdauer
FSt 25, 84
- Grundsätzlich keine Live-Übertragung einer Bürgerversammlung ins Internet
FSt 37, 121
- Live-Übertragungen öffentlicher Gemeinderats-sitzungen
FSt 37, 121
- Live-Übertragung von Bürgerversammlungen ins Internet
FSt 37, 122
- Datenschutz bei Mobilitätsuntersuchungen auf Landkreisebene
FSt 47, 161
- Verarbeitung von Mitteilungen der Polizei durch das Gesundheitsamt
FSt 58, 201
- Der Personalrat – Verantwortlicher im Sinne des Datenschutzrechts?
FSt 70, 245
- Die Rolle des „Verantwortlichen“
FSt 70, 245
- Der Personalrat ist nicht „Verantwortlicher“ i.S. von Art. 4 Nr. 7 DSGVO
FSt 70, 246
- Umsetzung einer Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA)
FSt 186, 647
- Post für den behördlichen Datenschutzbeauftragten – Zuleitung nur ungeöffnet?
FSt 209, 726
- Leitfaden zum Outsourcing kommunaler IT
FSt 236, 804
- Erläuterung zentraler technisch-organisatorischer Kriterien
FSt 236, 806
- Auskunft an Beschäftigte bayerischer öffentlicher Stellen aus Unterlagen des Personalrats
FSt 250, 856
- Personalaktenrecht – Neuerungen für vertraglich Beschäftigte im bayerischen öffentlichen Dienst
FSt 262, 889
- Recht auf Einsicht in die Personalakte, insbesondere auf Kopien
FSt 262, 892
- Entfernung nachteiliger Unterlagen, insbesondere von Abmahnungen, aus der Personalakte
FSt 262, 893

Deponien

- Infoblatt des Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU) zur Standortsuche für neue Deponien der Klassen I und II
FSt 183, 640

E

Ehrenamtlich Tätige

- Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger; Gegenmaßnahmen FSt 175, 606
- Steuerliche Behandlung der Entschädigungen der ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger GK 211, 519

Einbürgerung

- Eine Einbürgerung setzt die Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse voraus FSt 126, 438

Eingruppierung

- Bestimmung von Arbeitsvorgängen bei der Eingruppierung; Darlegungs- und Beweislast; hier: Medizintechnische Laborassistentin (MTLA) FSt 151, 532
- BAG zur Darlegungs- und Beweislast bei Eingruppierungsfeststellungsklagen FSt 151, 533
- Stellungnahme des KAV zur BAG-Entscheidung vom 16.12.2020 FSt 151, 534
- Tarifautomatik bei Eingruppierung FSt 271, 920

Einkommensteuer

- Änderungen im Bereich des Einkommensteuergesetzes GK 51, 109

Einrichtungen, gemeindliche

- Holzlagerplatz als gemeindliche Einrichtung; Konkludente Widmung; Auswirkung einer zivilrechtlichen Kündigung auf öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis FSt 38, 124
- Mit der zivilgerichtlichen Feststellung der Wirksamkeit einer Kündigung steht nicht zugleich fest, dass kein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis besteht FSt 38, 125
- Aus dem Streit darüber, ob eine öffentliche Einrichtung vorliegt, kann sich bei beabsichtigter künftiger Nutzung ein Feststellungsinteresse ergeben FSt 38, 126
- Die regelmäßige Überlassung von Lagerflächen im Gemeindegebiet kann eine öffentliche Einrichtung darstellen FSt 38, 126
- Die Überlassung eines Gemeindegrundstücks für ein nicht marktübliches pauschales Entgelt spricht dafür, dass es sich um die Zulassung zu einer gemeindlichen Einrichtung handelt FSt 38, 127
- Werden Benutzungsmodalitäten durch zivilrechtlichen Vertrag geregelt, besteht ein auf der Zulassungsentscheidung beruhendes öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis, das allein durch eine spätere Vertragskündigung nicht beendet wird FSt 38, 128

- In der außerordentlichen Kündigung des Vertrags wegen Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen kann ein gleichzeitiger Widerruf der Zulassungsentscheidung gesehen werden FSt 38, 129
- Die nur konkludente Zulassung zu einer öffentlichen Einrichtung durch zivilrechtlichen Vertrag steht i.d.R. unausgesprochen unter der auflösenden Bedingung, dass das vertragliche Nutzungsrecht nicht vorzeitig aufgrund einer gravierenden Pflichtverletzung entfällt FSt 38, 130
- Öffentliche Einrichtung; Nutzungsausschluss für bestimmte Veranstaltungsthemen; Eingriff in die Meinungsfreiheit; Gleichheits- und Neutralitätsverstoß FSt 95, 322
- Überlässt die Gemeinde den Betrieb der öffentlichen Einrichtung einem privaten Trägerverein, so verwandelt sich der gegen sie gerichtete Zulassungsanspruch in einen Verschaffungsanspruch FSt 95, 323
- Bei der Festlegung des Zwecks und des Benutzerkreises ihrer freiwillig geschaffenen öffentlichen Einrichtungen verfügen die Gemeinden über ein weites Gestaltungsermessen FSt 95, 324
- In die Meinungsfreiheit wird auch dann eingegriffen, wenn an das grundrechtlich geschützte Verhalten negative Konsequenzen geknüpft werden FSt 95, 325
- Ein widmungsbeschränkender Stadtratsbeschluss kann schon mangels Rechtsnormqualität kein die Meinungsfreiheit beschränkendes allgemeines Gesetz sein FSt 95, 326
- Von der Meinungsfreiheit geschützt sind auch ihrem Inhalt nach als verfassungswidrig anzusehende extremistische, rassistische oder antisemitische Äußerungen FSt 95, 327
- Eingriffe in die Meinungsfreiheit sind erst dann gerechtfertigt, wenn durch die betreffenden Äußerungen die Friedlichkeit der öffentlichen Auseinandersetzung gefährdet wird FSt 95, 328
- Wird eine öffentliche Einrichtung für Veranstaltungen zu allgemeinpolitischen Fragen zur Verfügung gestellt, so dürfen nicht nur die vom Einrichtungsträger begünstigten Themen und Meinungen zugelassen werden FSt 95, 329

Einvernehmen

- Zur Einvernehmensfiktion nach § 36 BauGB FSt 122, 421
- Für die Rechtzeitigkeit der Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 Abs. 2 Satz 2 BauGB kommt es auf den Zeitpunkt des Zugangs der gemeindlichen Entscheidung bei der Genehmigungsbehörde an FSt 122, 421

- Die Einvernehmensfiktion nach § 36 Abs. 2 Satz 2 BauGB hindert die Gemeinde nicht, sich auf Umstände zu berufen, die erst nach Eintritt der Fiktion und vor Erteilung der Genehmigung entstanden sind und die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens betreffen **FSt 122, 422**
- Die Einvernehmensfiktion erstreckt sich nicht auf die Rüge, das Vorhaben sei ohne die nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung erforderliche standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles genehmigt worden **FSt 122, 424**

Eisenbahnkreuzungsgesetz

- Verordnung zur Änderung kreuzungsrechtlicher Vorschriften vom 18.5.2021 **GK 137, 336**

Elterngeld, Elternzeit

- Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes **FSt 134, 462**

Energiewirtschaft

- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften und weiterer Rechtsvorschriften vom 13.4.2021 **GK 120, 288**

Entgeltfortzahlung

- Zur Beweislast des Arbeitgebers bei einem Forderungsübergang gem. § 6 Abs. 1 EFZG **GK 44, 90**
- Auszubildende: Entgeltfortzahlung im Zusammenhang mit Corona **GK 52, 117**

Entwässerung

- Amtshaftung: Verpflichtet die Entwässerungssatzung Anlieger zum Einbau einer Rückstausicherung, haftet der Träger des Kanalnetzes nicht für Rückstauschäden, die auf fehlender Rückstausicherung beruhen **FSt 59, 203**
- Umsetzung der 4. Reinigungsstufe an bayerischen Kläranlagen **FSt 227, 779**
- Beitragszahlungen für öffentliche Entwässerungseinrichtungen nach dem KAG; hier: Neu- und Altanschließer **GK 106, 242**
- Nichtigkeit der Beitrags- und Gebührensatzung bei fehlender räumlicher Deckungsgleichheit zur gewidmeten Einrichtung **GK 122, 291**
- Die Nichtheranziehung von Grundstückseigentümern, die einen Vorteil durch die Entwässerungseinrichtung haben, verstößt gegen Art. 3 Abs. 1 GG **GK 122, 291**

- Eine tatsächliche Heranziehung aller Grundstückseigentümer, welche die Anschlussmöglichkeit besitzen, zur Entrichtung von Beiträgen lässt die Nichtigkeit der Satzung unberührt **GK 122, 292**

Erschließungsbeitrag

- Erschließungsbeitrag, obwohl eine sechs Meter hohe hinterfüllte Mauer das Anliegergrundstück zur Erschließungsanlage hin zur Gänze verschließt **FSt 121, 417**
- Eine bereits vorhandene anderweitige Verkehrsanbindung des Grundstücks hindert die Erschließungsbeitragspflicht für eine neue erstmalig fertiggestellte und ebenfalls an das Grundstück angrenzende andere Straße nicht **FSt 121, 419**
- In einem faktischen Mischgebiet genügt das Heranfahren- und Betretenkönnen für das Erschlossensein eines Grundstücks, ein Heranfahrenkönnen ist nicht erforderlich **FSt 121, 419**
- Ein selbst geschaffenes (künstliches) tatsächliches Zugangshindernis auf dem Anliegergrundstück (hier eine 6 m hohe Mauer) bleibt ohne Auswirkung auf das Entstehen der Erschließungsbeitragspflicht **FSt 121, 420**
- Anlagenbestimmung bei Haupt- und Stichstraße **GK 114, 276**
- Nach natürlicher Betrachtungsweise zwei Erschließungsanlagen **GK 114, 276**
- Keine wirksame Zusammenfassung zu einer Erschließungseinheit **GK 114, 277**
- Beitragsrelevanter Sondervorteil trotz seit Langem vorhandener Erschließung über einen Feldweg **GK 114, 278**
- Öffentlich-rechtliche Baubeschränkungen vermindern den Umfang der erschlossenen Grundstücksfläche grundsätzlich nicht **GK 114, 279**
- Übernahme einer Privatstraße; keine beschränkte Erschließungswirkung bei über großem Grundstück **GK 131, 325**
- Bei Übernahme einer Privatstraße als gemeindliche Erschließungsanlage wird eine Beitragshebung nicht dadurch ausgeschlossen, dass die Privatstraße einem Anliegergrundstück schon seit langer Zeit die verkehrsmäßige Erschließung vermittelt hat **GK 131, 325**
- Beitragspflicht auch bei Mehrfacherschließung **GK 131, 326**
- Grundsätzlich keine Begrenzung der Erschließungswirkung auch bei besonders großem Grundstück **GK 131, 326**

Erstattungsansprüche

- Bek des StMPG vom 14.1.2021 – Richtlinie zur Erstattung der Kosten für den Betrieb der Impfbüros und Mobilen Teams (Impfbüro-Kostenersatzrichtlinie – Impfbüro) GK 55, 120
- Bek des StMPG vom 25.2.2021 – Richtlinie zur Erstattung der Kosten gegenüber Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation mit Verträgen mit der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie (SARS-CoV-2-Kostenersatzrichtlinie: Reha-Vorhaltepauschalen) GK 82, 191
- Bek des StMPG vom 17.6.2021 – Änderung der Impfbüro-Kostenersatzrichtlinie GK 145, 360

F

Fahrerlaubnis

- Kein Radfahrverbot nach tilgungsreifer Trunkenheitsfahrt, auch wenn der Betroffene ein vor Ablauf der Tilgungsfrist gefordertes Fahr-eignungsgutachten nicht beigebracht hat FSt 138, 471
- Das Tattagprinzip des Fahreignungs-Bewertungssystems wird durch das Verwertungsverbot des § 29 Abs. 7 Satz 1 StVG überlagert und begrenzt FSt 158, 556
- Keine Eintragung eines Fahrverbots in Deutschland auf einem in einem anderen Mitgliedsstaat ausgestellten Führerschein durch eine deutsche Behörde FSt 167, 592
- Eintragungen in Führerscheinen dürfen nur durch das ausstellende Land vorgenommen werden FSt 167, 593
- Die Eintragung eines Fahrverbots kann beim Staat, der den Führerschein ausgestellt hat, beantragt werden FSt 167, 594
- Das Bestehen eines Fahrverbots kann elektronisch im Rahmen einer Verkehrskontrolle überprüft werden FSt 167, 595
- Anordnung einer Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU) wegen Vorliegens einer erheblichen Straftat, die im Zusammenhang mit der Kraftfahreignung steht FSt 179, 628
- Begriff der erheblichen Straftat in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 6 FeV FSt 179, 628
- Bei der Frage, ob aus einer vorsätzlichen Körperverletzung eine aggressive Veranlagung des Täters abzuleiten ist, sind die Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen FSt 179, 630

- Entziehung der Fahrerlaubnis in einem anderen als dem Ausstellermitgliedstaat; Wirkung der Erneuerung des Führerscheins durch den Ausstellermitgliedstaat nach der Entscheidung über die Entziehung FSt 229, 783

Ferienausschuss

- Die coronabedingten Neuregelungen in Art. 120 b Abs. 3 GO zum Ferienausschuss sind verfassungswidrig FSt 249, 853
- Der Grundsatz der Wahlgleichheit wird durch die Regelungen in Art. 120b Abs. 3 GO durchbrochen FSt 249, 854
- Die Möglichkeit der Verlängerung des Einsetzungszeitraums eines Ferienausschusses von sechs Wochen auf drei Monate ist verfassungswidrig FSt 249, 855
- Die Möglichkeit, für bis zu drei Monate einen beschließenden Ausschuss mit den Befugnissen eines Ferienausschusses einzusetzen und diese Einsetzung längstens bis zum Ablauf des 31.12.2021 zu verlängern, ist verfassungswidrig FSt 249, 855
- Keine Nichtigkeit bereits gefasster Beschlüsse FSt 249, 856

Feuerwehr

- Neufassung der Bekanntmachung zum Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (VollzBek-BayFwG) FSt 78, 270
- Zu Art. 1 Aufgaben der Gemeinden FSt 78, 271
- Zu Art. 2 Aufgaben der Landkreise FSt 78, 272
- Zu Art. 4 Arten und Aufgaben der Feuerwehren FSt 78, 272
- Zu Art. 6 Feuerwehrdienst FSt 78, 273
- Zu Art. 7 Kinder- und Jugendfeuerwehr FSt 78, 274
- Zu Art. 8 Feuerwehrkommandant FSt 78, 274
- Zu Art. 9 Freistellungs-, Entgeltfortzahlungs- und Erstattungsansprüche von Feuerwehrdienstleistenden FSt 78, 274
- Zu Art. 10 Erstattungsansprüche von Arbeitgebern FSt 78, 275
- Zu Art. 18 Einsatzleitung FSt 78, 275
- Zu Art. 19 Kreisbrandrat, Kreisbrandinspektor und Kreisbrandmeister FSt 78, 275
- Zu Art. 28 Ersatz von Kosten FSt 78, 275
- Kostenersatz für einen Feuerwehreinsatz; abgestürztes Leichtflugzeug; Notwendigkeit der Aufwendungen; Personal- und Fahrzeugeinsatz; Kommunalabgabe; Festsetzungsfrist FSt 192, 665
- Bei einem breit gestreuten Einsatzgeschehen können bei nicht auszuschließenden weiteren Gefahren für die öffentliche Sicherheit zusätzliche Feuerwehrfahrzeuge am Einsatzort bereitgehalten werden FSt 192, 666

- Für Kosten für die Inanspruchnahme der gemeindlichen Feuerwehr gilt die vierjährige Festsetzungsfrist gemäß Art. 13 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. b Doppelbuchst. bb Spiegelstrich 3 KAG i.V. mit § 169 Abs. 2 Satz 1 AO
FSt **192**, 667
- Ausgleichsanspruch von Feuerwehrbeamten für über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete Bereitschaftsdienste
GK **184**, 451

Finanzausgleichsgesetz

- Finanzausgleich 2021
FSt **165**, 567
- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen
FSt **165**, 568
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 BayFAG
FSt **165**, 570
- Einkommensteuerersatz nach Art. 1b BayFAG
FSt **165**, 570
- Finanzausgleich nach Art. 7 und 9 BayFAG
FSt **165**, 570
- Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund
FSt **165**, 570
- Kommunaler Hochbau (Art. 10 BayFAG)
FSt **165**, 577
- Bedarfszuweisungen (Art. 11 BayFAG)
FSt **165**, 580
- Krankenhausfinanzierung
FSt **165**, 586
- Investitionszuschüsse nach Art. 12 BayFAG
FSt **165**, 588
- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung
FSt **165**, 588
- Zuweisungen an die Bezirke
FSt **165**, 588
- Belastungsausgleich nach Art. 5 AGSG
FSt **165**, 588
- Pauschaler Ausgleich für Gewerbesteuer-mindereinnahmen
FSt **165**, 588
- Finanzausgleich 2021: Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen
FSt **166**, 589

Finanzen, öffentliche

- Vollverzinsung: Erstattungsinsen zuletzt höher als Nachzahlungszinsen
GK **2**, 5
- Steuerschätzung November 2020
GK **31**, 51
- Erwartetes Steueraufkommen 2019 bis 2025 in Mrd. €
GK **31**, 52
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden
GK **31**, 53
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen
GK **31**, 57
- Durch Grundgesetzänderungen wird dem Bund eine finanzielle Entlastung der Kommunen möglich
GK **32**, 60
- Dauerhafte höhere Bundesbeteiligung an den Ausgaben für Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II angestrebt
GK **32**, 60

- Corona-Pandemie – einmalige Bundesbeteiligung an den Finanzhilfen der Länder zugunsten der Kommunen infolge der Gewerbesteuer-mindereinnahmen
GK **32**, 60
- Die endgültigen Steuerkraftzahlen 2021
GK **41**, 73
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen seit 2016
GK **41**, 73
- Moderater Anstieg der Steuerkraft
GK **41**, 74
- Regionale Entwicklung
GK **41**, 75
- Übernahme der Flüchtlings- und Integrationskosten durch den Bund
GK **57**, 123
- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2019
GK **74**, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2019 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes
GK **74**, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2019
GK **74**, 170
- Sockelbeträge für die Ermittlung der Schlüsselzahlen für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
GK **84**, 196
- Förderprogramme des Bundes für Kommunen; Zahlungen im Haushaltsjahr 2020
GK **94**, 218
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2019
GK **130**, 318
- Geldanlage bei der Greensill Bank: BaFin ordnet Moratorium über die Greensill Bank AG an
GK **147**, 362
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2020; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik
GK **218**, 529
- COVID-19-Pandemie lässt bayerische Wirtschaft schrumpfen
GK **218**, 529
- 2020 erstmals seit 2010 wieder negativer Finanzierungssaldo
GK **218**, 529
- Rückgang bei den kommunalen Steuereinnahmen
GK **218**, 530
- Deutlicher Rückgang bei der Gewerbesteuer
GK **218**, 530
- Steuereinnahmen – Übersicht
GK **218**, 530
- Rückgang bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb
GK **218**, 531
- Höhere Zuweisungen, gestiegene Bezirks- und Kreisumlage
GK **218**, 531
- Personalausgaben weiter gestiegen
GK **218**, 532
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke
GK **218**, 532
- Vervielfältiger der Gewerbesteuerumlage sinkt deutlich
GK **218**, 532
- Eingliederungshilfe ab 2020 nicht mehr Teil der Sozialhilfe
GK **218**, 533

- Weiterhin deutlicher Anstieg bei den Bauausgaben GK 218, 533
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2019 und 2020 GK 219, 534
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2019 und 2020 GK 220, 535
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2020 nach Gemeindegrößenklassen GK 221, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2020 nach Gemeindegrößenklassen GK 222, 537

Forstwirtschaft

- Bauaufsichtliches Einschreiten gegen Hütte zur Holzlagerung und Geräteaufbewahrung im Außenbereich; Voraussetzungen für die Privilegierung als forstwirtschaftlicher Betrieb FSt 265, 898
- Zum Begriff der Forstwirtschaft im bauplanungsrechtlichen Sinn FSt 265, 899
- Zu den Anforderungen an einen „forstwirtschaftlichen Betrieb“ FSt 265, 900
- Kein „Dienen“ bei fehlender Prägung durch die Zweckbestimmung für den forstwirtschaftlichen Betrieb und großer Entfernung zu den bewirtschafteten Flächen FSt 265, 900
- Anspruch der Gemeinde auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über den Antrag auf bauaufsichtliches Einschreiten bei Beeinträchtigung ihrer Planungshoheit FSt 265, 902
- Verordnung über die Beschränkung des ordentlichen Holzeinschlags in dem Forstwirtschaftsjahr 2021 (HolzEinschlBeschrV2021) vom 14.4.2021 GK 111, 264

Fraktionen

- Rechte einer Gruppe kommunaler Mandatsträger ohne Fraktionsstatus FSt 72, 252
- Regelungen zu und Bedeutung von Fraktionen auf kommunaler Ebene FSt 72, 252
- Keine Mindeststärkeregelung für Gemeinderatsfraktionen FSt 72, 253
- Ausschussgemeinschaften und Ausschussbesetzung FSt 72, 253
- Der Gemeinderat kann bestimmte Rechte nur den im Gemeinderat vorhandenen Fraktionen einräumen FSt 72, 254
- Der Gemeinderat kann in der Geschäftsordnung regeln, wann Zusammenschlüsse einen Status als „Fraktion“ erhalten FSt 72, 254
- Finanzierung der Fraktionen kommunaler Gremien GK 83, 193

Friedhöfe

- Für das Entdecken versteckter Wertsachen auf dem Friedhof gibt es keinen Finderlohn FSt 173, 600

Fundrecht

- Für das Entdecken versteckter Wertsachen auf dem Friedhof gibt es keinen Finderlohn FSt 173, 600

G

Gaststätten

- Widerruf der Gaststättenerlaubnis, Prognose der zukünftigen Unzuverlässigkeit FSt 31, 106
- Die Bedeutung steuerlicher Pflichten für die gaststättenrechtliche (und allgemein die gewerberechtliche) Zuverlässigkeit FSt 31, 107
- Für die Zuverlässigkeitsprognose sind regelmäßig die aktuelle Situation und das Verhalten über einen längeren Zeitraum zu würdigen FSt 31, 108
- Auch auf Schätzungen beruhende Steuerschulden sind zu bezahlen FSt 31, 108
- Für die gewerberechtliche Unzuverlässigkeit kommt es nicht allein auf den aktuell vorgefundenen Befund an, sondern entscheidend auf die Prognose über die künftige Zuverlässigkeit oder Unzuverlässigkeit FSt 31, 109

Gasversorgung

- Privatrechtliche Beteiligung einer Gebietskörperschaft an einer juristischen Person des Privatrechts, Preisänderungen, Transparenzanforderungen GK 45, 90
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2021 GK 126, 309

Gebühren

- Eine Mautpflicht besteht auch für Müllfahrzeuge FSt 211, 730
- Der Begriff „Güterkraftverkehr“ erfasst grundsätzlich auch den Mülltransport FSt 211, 731
- Es widerspricht nicht dem Willen des „Mautgesetzgebers“, dass Mautgebühren bei den Gebühren für die Abfallentsorgung berücksichtigt werden FSt 211, 732
- Kostendeckende Gebührenkalkulation: Kein Verzicht auf angemessene Verzinsung zur Vermeidung von Körperschaft- oder Gewerbesteuer GK 167, 410
- Bei der Gebührenkalkulation gilt der Grundsatz der Kostendeckung GK 167, 410

- Historische Auslegung von Art. 8 KAG und Art. 62 GO lässt Ausnahme vom Kostendeckungsgrundsatz nicht zu GK 167, 411
- Pflicht zur angemessenen Verzinsung des Anlagekapitals von Rechtsprechung bestätigt GK 167, 412
- Körperschaft- und gewerbesteuerliche Folgen vermögen keine Ausnahme vom Kostendeckungsgrundsatz zu rechtfertigen GK 167, 413
- Preisrechtliche Zulässigkeit einer Konzessionsabgabe; Berücksichtigung bei der Gebührenkalkulation GK 199, 485
- Die Vorschriften des öffentlichen Preisrechts gehören als bundesrechtliche Normen zum revisiblen Recht GK 199, 486
- Bei der preisrechtlichen Prüfung eines Fremdleistungsentgelts am Maßstab des Selbstkostenpreises ist auf die angemessenen Kosten und die wirtschaftliche Betriebsführung des Auftragnehmers abzustellen GK 199, 487
- Anwendungsbereich des öffentlichen Preisrechts GK 199, 487
- Prüfung des öffentlichen Preisrechts im Rahmen des Erforderlichkeitsgrundsatzes GK 199, 488
- Vergleich mit der Erhebung einer Konzessionsabgabe direkt beim Eigenbetrieb GK 199, 488
- Die Berücksichtigung einer Wasserkonzessionsabgabe im Rahmen eines Fremdleistungsentgelts verstößt nicht gegen das öffentliche Preisrecht GK 199, 489
- Berücksichtigungsfähigkeit der Konzessionsabgabe dem Grunde nach GK 199, 490
- Zur Höhe der Konzessionsabgabe GK 199, 490
- Einsatz von Verwaltungshelfern bei der Gebührenerhebung GK 208, 505
- Wird eine juristische Person des Privatrechts für den Betrieb einer Einrichtung gegründet, ohne ihr Hoheitsrechte zu übertragen, wird sie nur als Verwaltungshelfer tätig GK 208, 506
- Verwaltungshelfer unterstützen die Behörde bei Durchführung bestimmter Aufgaben, werden aber im Unterschied zum Beliehenen nicht selbständig tätig GK 208, 507
- Wer über die Gebührenhöhe entscheidet, die Bescheide selbst erstellt und versendet, ist alleiniger Entscheidungsträger GK 208, 507
- Auch Formulierungen in einem Betriebsführungsvertrag können zur Klärung, ob nur unterstützende Handlungen eines Verwaltungshelfers vorliegen, berücksichtigt werden GK 208, 508
- Der Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG begründet keine individuellen Rechte GK 208, 509

Gemeindebeamte

- Bestechlichkeit eines Beamten liegt vor, wenn er einer Bediensteten die Karriereförderung gegen sexuelle Gunstgewährung in Aussicht stellt FSt 26, 85
- Die Einflussnahme auf das berufliche Fortkommen stellt eine pflichtwidrige Diensthandlung und nicht lediglich Dienstausbübung dar FSt 26, 86
- Gewährung von Geschlechtsverkehr als Vorteil im Sinne der Bestechungsdelikte FSt 26, 87
- Entlassung aus dem Beamtenverhältnis; Wartezeit für die Versorgung aus dem Beamtenverhältnis bei Teilzeitbeschäftigten FSt 120, 414
- Rechtlicher Rahmen des nationalen Beamtenrechts für die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis bei Nichterfüllung der versorgungsrechtlichen Wartezeit FSt 120, 415
- Unionsrecht gebietet hinsichtlich der versorgungsrechtlichen Wartezeit eine Gleichstellung von Teilzeitbeschäftigten mit Vollzeitbeschäftigten FSt 120, 416
- Änderung des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) FSt 221, 765
- Voraussetzungen des Beamtenverhältnisses (§ 7 BeamStG) FSt 221, 765
- Rücknahme der Ernennung (§ 12 BeamStG) FSt 221, 766
- Begrenzte Dienstfähigkeit (§ 27 BeamStG) FSt 221, 767
- Wahrnehmung der Aufgaben, Verhalten und Erscheinungsbild (§ 34 BeamStG) FSt 221, 767
- Verbot der Führung der Dienstgeschäfte wegen sexistischer Äußerungen FSt 234, 800
- Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten zum 1.1.2021 GK 5, 12
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.1.2021 GK 59, 125
- Ausgleichsanspruch von Feuerwehrbeamten für über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete Bereitschaftsdienst GK 184, 451

Gemeindeordnung

- Antwort des StMI zu diversen kommunalrechtlichen Fragen FSt 142, 487
- Aufgaben von Beauftragten und Referenten FSt 142, 488
- Regelungen zum Sitzungstag des Gemeinderats FSt 142, 489
- Zulässigkeit von Wortmeldungen aus dem Zuhörerkreis einer Gemeinderatssitzung; Bürgerprechstunden und Bürgeranfragen vor der Gemeinderatssitzung FSt 142, 490

- Gestaltung und Inhalt von Amts- und Mitteilungsblättern FSt 142, 491
- Rechtliche Vorgaben zu Beschlussvorlagen und Tischvorlagen FSt 142, 493

Gemeinderatssitzung

- Öffentliche Gemeinderatssitzung; Zugangsrecht von Besuchern; hausrechtliche Anordnung einer Maskenpflicht; Befreiung aus gesundheitlichen Gründen FSt 185, 641
- Aus dem für den Gemeinderat geltenden Grundsatz der Öffentlichkeit folgt ein Recht des Einzelnen auf Zugang zu den öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen als Besucher FSt 185, 641
- Gegen die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in besonders infektionsträchtigen Kontaktsituationen bestehen keine prinzipiellen rechtlichen Bedenken FSt 185, 642
- Die Infektionsschutzmaßnahmenverordnung sieht für Besucher von Gemeinderatssitzungen keine durchgehende Maskenpflicht vor FSt 185, 643
- Das Hausrecht des Sitzungsleiters zielt auch auf die Wahrung der öffentlichen Ordnung im Sitzungssaal FSt 185, 644
- Der Ratsvorsitzende kann in einer Pandemie-lage kraft seines Hausrechts die Sitzungsbesucher zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung verpflichten FSt 185, 645
- In der Frage, welchen Mindestinhalt ein zur Befreiung von der Maskenpflicht vorgelegtes ärztliches Attest aufweisen soll, steht den kommunalen Entscheidungsträgern ein Beurteilungsspielraum zu FSt 185, 646

Gemeindewahlrecht

- Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Bezirksordnung und weiterer Gesetze zur Bewältigung der Corona-Pandemie FSt 118, 401
- Sitzungsteilnahme durch Ton-Bild-Übertragung: Art. 47a GO; Art. 41a LKrO; Art. 38a BezO; Art. 33a KommZG FSt 118, 402
- Erleichterungen bei Bürgerversammlungen: Art. 120b Abs. 1 GO FSt 118, 405
- Bürgerentscheid durch Briefwahl: Art. 120b Abs. 2 GO, Art. 106b Abs. 1 LKrO FSt 118, 406
- Einrichtung von Ferienausschüssen: Art. 29 Abs. 2 LKrO n.F., Art. 28 Abs. 2 BezO n.F., Art. 29 Satz 2 und 34 KommZG n.F. FSt 118, 406

- Erweiterter Einsetzungszeitraum für den Ferienausschuss: Art. 120b Abs. 3 GO, Art. 106b Abs. 2 LKrO, Art. 101b Abs. 1 BezO, Art. 34a Abs. 1 KommZG FSt 118, 407
- Ortssprecherwahl: Art. 120b Abs. 5 GO FSt 118, 408
- Sonderregelungen im Jahr 2021 für Gemeinde- und Landkreiswahlen: Art. 60b GLKrWG FSt 118, 409

Gerichtsverfassungsgesetz

- Keine Entschädigung für Kommunen und Zweckverbände wegen überlanger Dauer von Gerichtsverfahren mit Bürgern FSt 106, 361

Gesundheitswesen

- Eilanträge gegen Regelungen des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) zum Nachweis einer Masernschutzimpfung abgelehnt FSt 7, 24
- Voraussetzungen für eine einstweilige Anordnung des BVerfG FSt 7, 24
- Folgenabwägung einer einstweiligen Anordnung geht zum Nachteil der Beschwerdeführer aus FSt 7, 25
- Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege (Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz – GPVP) vom 22.12.2020 GK 47, 96

Gewässerschutz

- Formelle Illegalität eines wasserrechtlichen Zustands ist ausreichend für ein behördliches Einschreiten nach § 100 Abs. 1 Satz 2 WHG FSt 8, 26
- Vorliegen eines genehmigungsbedürftigen Gewässerausbaus FSt 8, 26
- Eine Beseitigungsanordnung ist allein aufgrund fehlender Erlaubnis oder Bewilligung (formelle Illegalität) im Wasserrecht möglich FSt 8, 27
- Beseitigungsanordnung allein aufgrund formeller Illegalität ist nur dann unverhältnismäßig, wenn sich verlässlich absehen lässt, dass einer formellen Legalisierung nichts entgegensteht FSt 8, 27

Gewerbesteuer

- Bek des StMFH vom 30.10.2020 – Bayerische Vollzugsrichtlinie zum Gesetz zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder (Gewerbesteuer-ausgleichsvollzugsrichtlinie – GewStAVollzR) GK 16, 24

- Stundung von Gewerbesteuern; Erlass von Säumniszuschlägen; Stundungssituation (verneint) GK 22, 34
- Alleinige Voraussetzung für die Entstehung von Säumniszuschlägen ist die Säumnis des Steuerschuldners GK 22, 34
- Ein Vollstreckungsaufschub hat keine Auswirkungen auf die Entstehung von Säumniszuschlägen GK 22, 35
- Gemeinden können Säumniszuschläge bei Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit aus Billigkeitsgründen erlassen GK 22, 36
- Will sich ein Steuerschuldner auf eine Stundungssituation berufen, obliegt es ihm, seine wirtschaftliche Situation glaubhaft zu machen GK 22, 36
- Gewerbesteuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19/SARS-CoV-2) GK 85, 198

Gewerbeuntersagung

- „Sale & Rent Back“ – rechtlich umstrittene Geschäftsmodelle mit der „Verpfändung“ des eigenen PKW FSt 43, 148
- Das streitige „Sale & Rent Back“-Geschäftsmodell FSt 43, 148
- Rechtsschutzbedürfnis trotz einer rechtskräftigen zivilgerichtlichen Untersagung der Verwendung des Geschäftsmodells durch den BGH FSt 43, 149
- Die Anwendung des § 34 Abs. 4 GewO auf das konkret untersagte Geschäftsmodell überschreitet die Grenzen zulässiger Normauslegung FSt 43, 150
- Annahme einer tatsächlichen Gewerbeausübung kann auch auf Indizien gestützt werden FSt 101, 345
- Es ist – je nach dem konkreten Einzelfall – nicht rechtsfehlerhaft, die Annahme der tatsächlichen Gewerbeausübung nur auf Indizien zu stützen FSt 101, 345
- Unterscheidung zwischen der einem Strafurteil zugrunde liegenden – rückblickenden – Beurteilung und der gebotenen – zukunftsbezogenen – Zuverlässigkeitsprognose FSt 101, 347
- Erforderlichkeit der Gewerbeuntersagung FSt 101, 348

GmbH

- Geschäftsführerschaft bei Nachfolge in der Geschäftsführung einer GmbH GK 78, 184

Grundbuchordnung

- Nachweis der Vertretungsmacht eines Gemeindebediensteten beim Vollzug von Grundstücksgeschäften (Freigabeerklärung) gegenüber dem Grundbuchamt FSt 119, 411

- Das Grundbuchamt darf eine unterschriebene und mit dem Gemeindegel siegel versehene Freigabeerklärung einer Gemeinde nur in Zweifel ziehen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine mangelnde Vertretungsbefugnis des Unterzeichners bestehen FSt 119, 412
- Ist nicht offenkundig, dass es sich bei der Freigabeerklärung um eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung handelt und das Handeln eines bevollmächtigten Gemeindebediensteten daher möglich war, muss dies in der Form des § 29 GBO nachgewiesen werden FSt 119, 413
- Bei gesiegelten und unterschriebenen Erklärungen eines Gemeindebediensteten wird die Erteilung der Vollmacht (Art. 38 Abs. 2 Satz 3 GO) durch den Bürgermeister vermutet FSt 119, 414

Grundgesetz

- Das Bundesklimaschutzgesetz ist teilweise verfassungswidrig FSt 149, 521
- Keine Beschwerdebefugnis für Umweltverbände FSt 149, 522
- Keine Verletzung der Schutzpflichten aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG und Art. 14 Abs. 1 GG wegen der Gefahren des Klimawandels FSt 149, 522
- Eingriffsähnliche Vorwirkung der Regelungen des Klimaschutzgesetzes auf die durch das Grundgesetz umfassend geschützte Freiheit FSt 149, 523
- Inhalt und Justiziabilität des Klimaschutzgebots aus Art. 20a GG FSt 149, 523
- Unter Berücksichtigung des Spielraums des Gesetzgebers ist derzeit nicht festzustellen, dass die Regelungen des § 3 Abs. 1 Satz 2 und § 4 Abs. 1 Satz 3 KSG in Verbindung mit Anlage 2 das verfassungsrechtliche Klimaschutzgebot aus Art. 20a GG verletzen FSt 149, 524
- Die nach Art. 20a GG verfassungsrechtlich notwendigen Reduktionen von CO₂-Emissionen bis hin zur Klimaneutralität sind vorausschauend in grundrechtsschonender Weise über die Zeit zu verteilen FSt 149, 525
- Der Gesetzgeber hat die Fortschreibung des Treibhausgasreduktionspfads in § 4 Abs. 6 Satz 1 KSG verfassungsrechtlich unzureichend geregelt FSt 149, 526

Grundsicherung

- Keine Aufrechnung von Anwaltskosten mit Erstattungsansprüchen des Jobcenters FSt 196, 680

- Neunte Verordnung zur Änderung der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung vom 10.12.2020 GK 40, 72
- Zehnte Verordnung zur Änderung der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung vom 16.3.2021 GK 104, 239

Grundsteuer

- Keine Grundsteuerbefreiung für private Schulgebäude GK 140, 351
- Beschränkung der Grundsteuerbefreiung auf „ausgewählte“ Eigentümer GK 140, 352
- Rechtsformneutralität des § 4 Nr. 5 GrStG GK 140, 353
- Privilegierung einer juristischen Person des öffentlichen Rechts GK 140, 354
- Festsetzungsverjährung bei Erstattungsansprüchen im dreistufigen Verfahren GK 158, 388
- Dreistufiges Verfahren zur Festsetzung der Grundsteuer GK 158, 389
- Doppeltes Stufenverhältnis begründet Anpassungspflichten hinsichtlich Grundsteuerermesbescheid und Grundsteuerbescheid GK 158, 390
- Die Hemmung der Verjährung nach § 171 Abs. 10 AO berücksichtigt das doppelte Stufenverhältnis GK 158, 390
- Eintritt der Festsetzungsverjährung GK 158, 391
- Keine Hemmung der Verjährungsfrist GK 158, 393
- Gesetz zur erleichterten Umsetzung der Reform der Grundsteuer und Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (Grundsteuerreform-Umsetzungsgesetz – GrStRefUG) vom 16.7.2021 GK 172, 432

Grundstücke

- Problemimmobilien: Neuer Leitfadens 2020 veröffentlicht FSt 244, 839

Grundstückskaufvertrag

- Nebenpflichten des Veräußerers eines Gebäudes im Zusammenhang mit der Gebäudeversicherung FSt 49, 165
- Keine Sachmängelhaftung nach Gefahrübergang FSt 49, 165
- Grundsätzlich keine Pflicht des Verkäufers einer Immobilie, für einen Versicherungsschutz durch eine Gebäudeversicherung zu sorgen FSt 49, 166
- Im Fall einer Erklärung gegenüber dem Käufer hinsichtlich des Bestehens einer Gebäudeversicherung muss bei dessen Kündigung der Käufer unverzüglich informiert werden FSt 49, 167

GWB

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen für ein fokussiertes, proaktives und digitales Wettbewerbsrecht 4.0 und anderer Bestimmungen (GWB-Digitalisierungsgesetz) vom 18.1.2021 GK 55, 120
- Einführung eines bundesweiten Wettbewerbsregisters GK 152, 380

H

Haushaltsplan

- Bek des StMI vom 1.12.2020 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung GK 40, 72
- Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen GK 121, 289
- Jahresprojektion 2021 GK 121, 289
- Genehmigung kommunaler Haushalte GK 121, 290
- Bek des StMI vom 16.7.2021 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung GK 187, 456

Hausverbot

- Erteilung eines Hausverbots (hier wegen eines Verstoßes gegen die Maskenpflicht) FSt 130, 441
- Befugnis der Gemeinde zur Erteilung eines Hausverbots ist gewohnheitsrechtlich anerkannt FSt 130, 441
- Voraussetzungen für die Erteilung eines Hausverbots FSt 130, 442
- Inhaltliche Anforderungen an ein ärztliches Attest, mit dem die Unzumutbarkeit des Tragens einer Mund-Nasen-Bedeckung belegt werden soll FSt 130, 443
- Prognose muss Wiederholungsgefahr ergeben FSt 130, 444
- Hausverbot muss geeignet, erforderlich und angemessen sein FSt 130, 444
- Anhörung des Betroffenen vor Erteilung eines Hausverbots FSt 130, 445

HOAI

- Neue HOAI 2021 FSt 29, 98
- Kein zwingendes Preisrecht mehr in der HOAI, sondern nur Orientierungsrahmen; Honorar ist immer frei vereinbar FSt 29, 98
- Honorarvereinbarung ist nunmehr in Textform und auch nach Auftragserteilung möglich FSt 29, 100

- Weiterhin Mindestsatzfiktion bei einem wirksamen Vertrag ohne Honorarvereinbarung FSt 29, 101
- Mindestumbauzuschlag bei fehlender Vereinbarung in Textform FSt 29, 102
- Hinweispflicht des Auftragnehmers auf Unverbindlichkeit der Honorartafeln FSt 29, 102
- Fälligkeit des Honorars, Abschlagszahlungen FSt 29, 103

Hochwasserschutz

- Gewicht der Belange des Hochwasserschutzes in der Planfeststellung FSt 53, 181
- Planrechtfertigung FSt 53, 181
- Planfeststellungsvoraussetzung: Keine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit FSt 53, 181
- Abwägungsmangel in Form des Abwägungsdéfizits FSt 53, 183
- Erheblichkeit des Abwägungsmangels FSt 53, 183
- Vorrang der Planerhaltung FSt 53, 184

Hunde

- Inobhutnahme eines Hundes; Aufwendungsersatz FSt 242, 829
- Anspruch eines Tierschutzvereins nach den Grundsätzen der Geschäftsführung ohne Auftrag für die berechtigte Unterbringung eines (verletzten) Hundes FSt 242, 830
- Anspruch auf Anwendungersatz bei anhaltendem öffentlichen Interesse an Unterbringung FSt 242, 835
- Schadensersatzanspruch kann Aufwendungsersatzanspruch mindern; hier verneint FSt 242, 836

Hundesteuer

- Erhöhter Steuersatz für Kampfhunde; Kreuzung mit anderen Hunden; Beschränkung auf die F1-Generation GK 66, 145
- Werden in einer Hundesteuersatzung die Vorschriften der bayerischen Kampfhundeverordnung wortlautgetreu übernommen, so haben aus steuerrechtlicher Sicht dieselben Hunde als Kampfhunde zu gelten wie aus sicherheitsrechtlicher Sicht GK 66, 146
- Gemäß der Vollzugsbekanntmachung zu Art. 37 LStVG gelten nur die Nachkommen bis zur F1-Generation als von der Kampfhundeverordnung erfasste Kreuzungen GK 66, 146
- Voraussetzungen für die Steuerfreiheit von Herdenschutzhunden GK 123, 292

- Hunde, die zur Bewachung von Herden auf eingezäunten Weiden eingesetzt werden, sind nicht zur Bewachung von Herden notwendig und damit nicht steuerbefreit GK 123, 292
- Steuerfreiheit von Herdenschutzhunden, die zu Erwerbszwecken eingesetzt werden GK 123, 293
- Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Hunden GK 123, 294
- Nahezu ausschließliche Hundehaltung zu Betriebszwecken GK 123, 295

I

Immissionsschutz

- Abstandsflächen bei einer Biogasanlage FSt 17, 56
- Bestimmtheit der Genehmigung einschließlich der Planunterlagen FSt 17, 56
- Einhaltung der Abstandsflächen durch einen Gärbehälter mit Tragluftfoliendach unter Anwendung des Schmalseitenprivilegs FSt 17, 57
- Zur Abstandsflächenrelevanz eines Havariewalls FSt 17, 58
- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften FSt 156, 550
- Änderung des Art. 2 Bayerisches Immissionsschutzgesetz (BayImSchG): Zuständigkeit kreisfreier Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern für Luftreinhalteplan FSt 156, 550

Ingenieure

- Fortschreibung der Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen für Ingenieurbauten (RAB-ING) – 2020 FSt 6, 22
- Änderung des Gesetzes zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen und anderer Gesetze vom 12.11.2020 FSt 28, 91
- Änderung des ArchLG: Kein zwingendes Preisrecht mehr in der HOAI, sondern nur Orientierungsrahmen; Honorar ist immer frei vereinbar FSt 28, 91
- Angemessenheitsregelung in § 1 Abs.1 Satz 2 ArchLG FSt 28, 93
- Ermächtigung im ArchLG zur Regelung einer Auffangregelung bei fehlender wirksamer Honorarvereinbarung FSt 28, 94
- Änderung des § 650q Abs. 2 BGB (Vergütungsanpassung im Falle von Anordnungen des Auftraggebers) FSt 28, 95
- Richtlinie zur Ermittlung der Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen, RVP (Ausgabe 2019); Einführung in Bayern GK 37, 68

Insolvenzordnung

- Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz – SanIns-FoG) vom 22.12.2020 GK 47, 95
- Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und des Anfechtungsschutzes für pandemiebedingte Stundungen sowie zur Verlängerung der Steuererklärungsfrist in beratenden Fällen und der zinsfreien Karenzzeit für den Veranlagungszeitraum 2019 vom 15.2.2021 GK 73, 168

J

Jagdrecht

- Aktuelle Entwicklungen im Jagdrecht FSt 178, 625
- Anspruch eines Jagdgenossen auf Vollzug gefasster Beschlüsse FSt 178, 625
- Anspruch eines Jagdgenossen auf Akteneinsicht FSt 178, 625
- Anspruch eines Jagdgenossen auf Einsichtnahme in das Jagdkataster FSt 178, 626
- Wirksamwerden einer Befriedung von Grundflächen aus ethischen Gründen FSt 178, 626
- Berechnung des Reinertrags der Jagdnutzung FSt 178, 626
- Eigenjagdbezirk: Eigentumswechsel an Grundflächen FSt 178, 627
- Verkehrssicherungspflicht von Jagdpächtern bei Sperrung eines Feldwegs FSt 178, 627
- Umgang mit dem Wolf: Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes FSt 178, 628

Jagdschein

- Ein wiederholter Verstoß gegen waffenrechtliche Anmeldevorschriften kann zur Annahme der Regelunzuverlässigkeit führen FSt 180, 631
- Eine Waffenbesitzkarte bzw. ein Jagdschein ist zu widerrufen bzw. für ungültig zu erklären, wenn nachträglich Tatsachen eintreten bzw. bekannt werden, die zur Versagung hätten führen müssen FSt 180, 632
- Wiederholte Verstöße gegen waffenrechtliche Vorschriften sind mindestens zwei, diese müssen weder besonders qualifiziert sein noch zeitlich eng zusammenliegen FSt 180, 632
- Waffenrechtliche Eingriffsbefugnisse können nicht verwirkt werden FSt 180, 633

- Bei einem Verstoß gegen waffenrechtliche Anmeldevorschriften handelt es sich nicht um eine Bagatelle, die ein Absehen von der Regelvermutung rechtfertigen FSt 180, 633

Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2019 für Bayern GK 173, 433
- Wirtschaftswachstum schwächt sich ab GK 173, 433
- Kommunale Einnahmen und Ausgaben gestiegen GK 173, 433
- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt zurückgegangen GK 173, 434
- Tilgung höher als die Neuaufnahme von Krediten GK 173, 435
- Anstieg bei den kommunalen Investitionen GK 173, 435
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben GK 173, 436
- Personalausgaben wiederum gestiegen GK 173, 436
- Umlagebelastung gewachsen GK 173, 437
- Mitfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ ab 2019 abgeschlossen GK 173, 438
- Sozialausgaben weiter gestiegen GK 173, 439
- Zunahme bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 173, 439
- Gewerbesteuererinnahmen zurückgegangen GK 173, 440
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Grundsteuereinnahmen gestiegen GK 173, 440
- Die Ist-Einnahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2019 nach Aufgabenbereichen GK 174, 441
- Die Ist-Ausgaben des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2019 nach Aufgabenbereichen GK 175, 442
- Die Ist-Einnahmen des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2019 nach Arten GK 176, 443
- Die Ist-Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2019 nach Arten GK 177, 444
- Personalausgaben im Haushaltsjahr 2019 nach Einzelplänen bzw. Gruppen und Untergruppen GK 178, 446
- Die Ist-Einnahmen des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2019 nach Arten GK 179, 447
- Die Ist-Ausgaben des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2019 nach Arten GK 180, 448
- Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2019 gegliedert nach Aufgabenbereichen GK 181, 449
- Steuereinnahmen, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen im Haushaltsjahr 2019 GK 182, 450

Jubiläumszuwendung

- Wegfall des Anspruchs auf eine Jubiläumszuwendung wegen Disziplinarmaßnahme
GK 77, 182
- Entstehen des Anspruchs auf Jubiläumszuwendung und Aushändigung einer Dankurkunde
GK 77, 182
- Entfallen des Anspruchs auf Jubiläumszuwendung und Aushändigung einer Dankurkunde
GK 77, 182
- Keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Wegfall der Würdigung eines Dienstjubiläums
GK 77, 183
- Jubiläumsgeld nach dem TVöD-AT: Beschäftigungszeiten nach dem BAT-O werden bei der Bemessung der sog. Jubiläumszeit nicht berücksichtigt
GK 203, 498

Jugendhilfe

- Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch im Jugendhilferecht
FSt 105, 360
- Grenzen der Erhebung eines jugendhilferechtlichen Kostenbeitrags bei jungen Menschen aus ihrem in einer Werkstatt für behinderte Menschen erzielten Einkommen
FSt 125, 437
- Leistungsbeziehungen und Auskunftsanspruch bei Gewährung öffentlicher Jugendhilfe
FSt 189, 652
- Leistungserbringung und Finanzierung auf der Grundlage des jugendhilferechtlichen Dreiecksverhältnisses, wenn ein freier (privater) Jugendhilfeträger eingeschaltet wird
FSt 189, 653
- Bei einem auf Treu und Glauben gestützten Auskunftsbegehren muss der Anspruchsberechtigte zunächst alle ihm zumutbaren Anstrengungen unternehmen, die Auskunft auf andere Weise zu erlangen
FSt 189, 654
- Die Reform des SGB VIII und des KKG durch Art. 1 und 2 Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – Teil 1: Rechtsänderungen im Beratungs- und Leistungsrecht nach §§ 11 bis 41 SGB VIII
FSt 251, 860
- Beratung und Verfahrenslotse
FSt 251, 861
- Leistungsrecht
FSt 251, 861
- Die Reform des SGB VIII und des KKG nach Art. 1 und 2 Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – Teil 2: Rechtsänderungen im Kinderschutz
FSt 264, 895
- Betriebserlaubnisrecht gemäß §§ 45 ff. SGB VIII
FSt 264, 895
- Kinderschutz im engeren Sinne
FSt 264, 897

K

Kanalisation

- Beitragszahlungen für öffentliche Entwässerungseinrichtungen nach dem KAG; hier: Neu- und Altanschließer
GK 106, 242
- Nichtigkeit der Beitrags- und Gebührensatzung bei fehlender räumlicher Deckungsgleichheit zur gewidmeten Einrichtung
GK 122, 291
- Die Nichtheranziehung von Grundstückseigentümern, die einen Vorteil durch die Entwässerungseinrichtung haben, verstößt gegen Art. 3 Abs. 1 GG
GK 122, 291
- Eine tatsächliche Heranziehung aller Grundstückseigentümer, welche die Anschlussmöglichkeit besitzen, zur Entrichtung von Beiträgen lässt die Nichtigkeit der Satzung unberührt
GK 122, 292
- Herstellungsbeitrag für leitungsgebundene Einrichtungen: Anforderungen an die dauerhafte Sicherung der Möglichkeit einer Inanspruchnahme
GK 224, 541
- Ein Grundstück ist erst dann in beitragsrechtlich relevanter Weise bevorteilt, wenn der Vorteil in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht auf Dauer sicher geboten wird
GK 224, 542
- Der Hauptsammler muss über öffentliche Grundstücke verlaufen oder bei privaten Grundstücken durch Eintragung einer Baulast oder Grunddienstbarkeit gesichert sein
GK 224, 542
- Eine mangelnde dauerhafte Sicherung liegt vor, wenn auch nur ein kleiner Teil der Leitung ungesichert ist; beantragte Grundbucheintragen genügen noch nicht
GK 224, 543
- Auf das Erfordernis der dauerhaften Sicherung kann nicht mit dem Einwand verzichtet werden, dass auf den Grundstücken ohnehin keine bauliche Nutzung möglich sei
GK 224, 543
- Der Einwand, die Grundstückseigentümer dürften die Durchleitung nicht unterbinden, bleibt ohne Erfolg
GK 224, 544

Kassenwesen

- Änderung der Kassensicherungsverordnung; Ausnahme für Parkscheinautomaten
GK 188, 457

Kindergärten, Kinderbetreuung

- Auswahlkriterien bei der Vergabe von Kita-Plätzen
FSt 75, 263
- Reichweite des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern hinsichtlich eines Betreuungsplatzes
FSt 75, 264
- Erwerbstätigkeit der Eltern als zu berücksichtigender sozialer Belang bei der Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen
FSt 75, 264

- Bek des StMAS vom 21.1.2021 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festssetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG – GK 82, 192
- Bek des StMAS vom 21.1.2021 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festssetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG – GK 82, 192
- Bek des StMAS vom 21.5.2021 – Änderung der Richtlinie zur Gewährung eines Ersatzes von Elternbeiträgen in der Kindertagesbetreuung aufgrund der Corona-Pandemie 2021 (Beitragsersatz 2021) GK 137, 336
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und zur Änderung weiterer Gesetze (KitaFinanzhilfenänderungsgesetz – KitaFinÄndG) vom 25.6.2021 GK 154, 384

Klagefrist

- Klageändernde Einbeziehung eines Änderungsbescheids; hier: Klagefrist GK 157, 387
- Eine zulässige Klageänderung entbindet den Kläger grundsätzlich nicht von der Einhaltung sämtlicher Sachurteilsvoraussetzungen für die geänderte Klage und damit auch nicht von der Einhaltung der Klagefrist GK 157, 387
- Entbehrlichkeit der Einhaltung der Klagefrist bei materieller Unteilbarkeit eines nachträglich in die Klage einbezogenen Bescheids von einem ursprünglich angefochtenen Bescheid GK 157, 387

Kommunalabgaben

- Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 9.2.2021 FSt 144, 498
- Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Festsetzung von Erschließungsbeiträgen FSt 144, 499
- Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die pauschalierte Abgeltung von Kurbeiträgen FSt 144, 502

Kommunale Unternehmen

- Stellenbesetzung in privatrechtlich organisierten Unternehmen der öffentlichen Hand – Anwendbarkeit des Art. 33 Abs. 2 GG (Bestenauslese) FSt 15, 46
- Unmittelbare Grundrechtsbindung auch für Unternehmen der öffentlichen Hand in Privatrechtsform FSt 15, 46

- Anspruch nach Art. 33 Abs. 2 GG nur für Stellen, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen FSt 15, 47
- Sonderregelung im Schwerbehindertenrecht FSt 15, 48
- E-Bilanz; Veröffentlichung der Taxonomien 6.4 vom 1.4.2020 GK 26, 44
- Fachlicher Hinweis des IDW: Bilanzielle Behandlung des Kurzarbeitergeldes GK 61, 134
- Fachlicher Hinweis des IDW zur Abschlussprüfung bei Energieversorgungsunternehmen: Bestätigungsvermerk GK 69, 161
- Fachliche Hinweise des IDW zur Abschlussprüfung bei Eigenbetrieben: Bestätigungsvermerk GK 99, 231
- Fachlicher Hinweis des IDW: Aktivierung von bestimmten Corona-Finanzhilfen GK 170, 425
- Transparenzregister: Neuregelung der Mitteilungspflicht des wirtschaftlich Berechtigten bei privatrechtlichen kommunalen Unternehmen GK 193, 473
- Das neue Unternehmensbasisdatenregister GK 212, 520
- Disquotale Verlusttragung bei Eigengesellschaften mit mehreren juristischen Personen des öffentlichen Rechts als Gesellschafter GK 226, 546
- Fachlicher Hinweis des IDW zur Aufstellung von Tätigkeitsabschlüssen bei energiespezifischen Dienstleistern GK 228, 548

Kommunale Wahlbeamte

- Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger; Gegenmaßnahmen FSt 175, 606
- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rahmensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.1.2021 GK 11, 18

Kommunale Zusammenarbeit

- Zulässigkeit interkommunaler Kredite GK 198, 481

Konzessionsabgabe

- Preisrechtliche Zulässigkeit einer Konzessionsabgabe; Berücksichtigung bei der Gebührens-kalkulation GK 199, 485

Körperschaftsteuer

- Verpachtungsbetrieb gewerblicher Art: wirtschaftliche Betrachtungsweise GK 86, 199
- Zur Körperschaftsteuerpflicht einer Körperschaft des öffentlichen Rechts GK 86, 200
- Zum Begriff des Betriebs gewerblicher Art GK 86, 201

- Ein Verpachtungs-BgA setzt voraus, dass die verpachteten Einrichtungen entgeltlich überlassen werden GK 86, 202
- Für die steuerrechtliche Beurteilung gilt die wirtschaftliche Betrachtungsweise GK 86, 203
- Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts vom 25.6.2021 GK 154, 384
- Der Bestand des Einlagekontos eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) ist weder an die Gewinnermittlungsart noch an das Überschreiten der Betragsgrenzen gem. § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG gebunden GK 159, 395
- Unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften haben ein Einlagekonto zu führen GK 159, 396
- Die Führung eines Einlagekontos gilt gem. § 27 Abs. 7 KStG auch für Betriebe gewerblicher Art ohne eigene Rechtspersönlichkeit GK 159, 396
- Ein Grundlagenbescheid kann nur ein Bescheid für einen folgenden Feststellungszeitpunkt sein GK 159, 397
- Behandlung des sog. Schulschwimmens im Rahmen der Spartenrechnung einer kommunalen Eigengesellschaft GK 168, 414
- Rechtliche Grundlage für Spartenrechnung GK 168, 416
- Vereinbarkeit der nationalen Vorschriften zur Verlustverrechnung mit den europäischen beihilferechtlichen Vorschriften GK 168, 420
- Zusammenfassung kommunaler Bäder- und Versorgungsbetriebe im Rahmen der Spartenrechnung GK 191, 464
- Grundlagen der sog. Spartenrechnung und der Zusammenfassung von kommunalen Eigengesellschaften GK 191, 465
- Beurteilung der Spartenbildung und der Einhaltung der Zusammenfassungsgrundsätze GK 191, 467
- Verbindliche Auskunft entfaltet nur Bindungswirkung hinsichtlich des vorgetragenen Sachverhalts GK 191, 469
- Anwendbarkeit der durch das JStG 2009 eingeführten Regelungen in § 8 Abs. 9 Satz 1 Nr. 2 KStG und § 8 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 KStG GK 191, 470
- Vereinbarkeit der nationalen Regelungen zur Verlustverrechnung mit den europäischen beihilferechtlichen Regelungen GK 191, 470
- Ertragsteuerliche Erfassung der Zinsen auf Steuernachforderungen und Steuererstattungen gem. § 233a AO; Billigkeitsregelung GK 201, 494

- Anpassung von Gewinnabführungsverträgen in Altfällen i.S. des § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG a.F. aufgrund der Änderung des § 302 AktG zum 1.1.2021 GK 225, 545
- Disquotale Verlusttragung bei Eigengesellschaften mit mehreren juristischen Personen des öffentlichen Rechts als Gesellschafter GK 226, 546

Korruption

- Änderung der Korruptionsbekämpfungsrichtlinie FSt 248, 850
- Bek der StR vom 13.4.2021 – Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung (Korruptionsbekämpfungsrichtlinie – KorruR) GK 120, 287

Kostenerstattung

- Bek des StMGP vom 16.3.2021 – Richtlinie zur Erstattung der Kosten der zur Bewältigung erheblicher Patientenzahlen in Krankenhäusern bestimmten Abstromeinrichtungen (SARS-CoV-2-Kostenerstattungsrichtlinie: Abstrom-einrichtungen) GK 92, 216
- Bek des StMI und des StMGP vom 29.7.2021 – Änderung der SARS-CoV-2-Testzentrenkostenerstattungsrichtlinie 2021 GK 172, 432

Krankenhäuser

- Gesetz für ein Zukunftsprogramm Krankenhäuser (Krankenhauszukunftsprogramm – KHZG) vom 23.10.2020 GK 16, 23
- Gemeinsame Bek des StMPG sowie des StMFH vom 18.6.2021 – 47. Jahreskrankenhausbauprogramm 2021 des Freistaates Bayern GK 165, 408

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

- Änderung der Verordnung über kreditähnliche kommunale Rechtsgeschäfte vom 25.11.2020 GK 48, 97
- Ersetzung des Wortes „beim“ durch die Worte „im Zusammenhang mit“ in Teilsatz 1 des § 3 Nr. 4 KommKredV GK 48, 98
- Einfügung eines neuen Teilsatzes 2 nach dem bisherigen Teilsatz 1 des § 3 Nr. 4 KommKredV GK 48, 98
- Anfügung eines Satzes 2 an Satz 1 des § 4 KommKredV GK 48, 99
- Einfügung der Worte „im Falle des Erwerbs eines Grundstücks“ in Teilsatz 3 des § 3 Nr. 4 KommKredV GK 48, 100

Kreditwesen

- Zulässigkeit interkommunaler Kredite
GK 198, 481

Kreisumlage

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2020
GK 17, 25
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden
GK 17, 25
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2020
GK 18, 28
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2020
GK 19, 29
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2020
GK 20, 30

Kündigung

- Verstoß gegen Verschwiegenheitspflicht als Kündigungsgrund
FSt 143, 495
- Schreiben eines Vorstands einer gemeindlichen Anstalt an Gemeinderatsmitglieder als Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht
FSt 143, 496
- Äußerungen gegenüber den Mitgliedern des Gemeinderats sind nicht ohne weitere Voraussetzungen als „öffentlich“ zu qualifizieren
FSt 143, 497
- Die Feststellung der Unwirksamkeit einer Kündigung versperrt die Anfechtung eines Arbeitsvertrages
FSt 172, 600
- Der europarechtliche Arbeitnehmerbegriff findet bei der Kündigung eines GmbH-Geschäftsführers keine Anwendung
FSt 245, 839

L

Ladung

- Ladung zur konstituierenden Gemeinderats-sitzung; Geltungsdauer der Geschäftsordnung; angemessene Ladungsfrist; Organzuständigkeit; Heilung eines Ladungsverstoßes; Anforderungen an eine wirksame Rüge
FSt 83, 284
- Wird ein Ladungsschreiben an einem Werktag zur Post gegeben, so ist grundsätzlich anzunehmen, dass es am darauffolgenden Werktag beim Empfänger eingegangen ist
FSt 83, 284
- Die Geschäftsordnung des Gemeinderats gilt nicht über das Ende seiner Wahlzeit hinaus
FSt 83, 285
- Eine vier Tage vor Sitzungsbeginn zugehende Ladung zur konstituierenden Sitzung ist noch als innerhalb „angemessener Frist“ ergangen anzusehen
FSt 83, 286

- Erfolgt die Ladung zu einer Sitzung nicht durch das zuständige Gemeindeorgan, so können die Ratsmitglieder grundsätzlich eine Wiederholung der Sitzung verlangen
FSt 83, 287
- Der ausscheidende Bürgermeister kann nicht zur ersten Sitzung des neu gewählten Gemeinderats laden; Heilung einer insoweit unwirksamen Ladung ist aber durch Billigung des neuen Bürgermeisters möglich
FSt 83, 288
- Wer schon im Vorfeld der Sitzung sein Fernbleiben aus gesundheitlichen Gründen ankündigt, wird nicht durch eine fehlerhafte Ladung an der Wahrnehmung seiner organschaftlichen Mitwirkungsrechte gehindert
FSt 83, 289
- Bezieht sich ein Ladungsmangel auf die Gemeinderatssitzung insgesamt, muss die entsprechende (einer Heilung entgegenstehende) Rüge schon vor oder zumindest zu Beginn der jeweiligen Sitzung gegenüber dem zuständigen Adressaten erfolgen
FSt 83, 290

Landesplanung

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes
FSt 63, 218
- Begrenzung des landesweiten Flächenverbrauchs in Bayern auf 5 ha pro Tag bis spätestens 2030, Art. 6 Abs. 2 BayLPlG
FSt 63, 218
- „Fläche“ als im Umweltbericht selbstständig zu berücksichtigendes Schutzgut, Art. 15 Abs. 2 BayLPlG
FSt 63, 219
- Aufnahme einer Präklusionsvorschrift ins Raumordnungsverfahren, Art. 16 BayLPlG
FSt 63, 220
- Übernahme der Planerhaltungsvorschrift des § 11 Abs. 2 Nr. 2 ROG in Art. 23 Abs. 2 BayLPlG
FSt 63, 220
- Änderung der Unbeachtlichkeitsvorschrift in Art. 23 Abs. 5 BayLPlG
FSt 63, 221
- Änderung des Art. 32 BayLPlG (Unterrichtung des Landtags)
FSt 63, 221
- Neuer Art. 35 BayLPlG (Unanwendbarkeit des ROG)
FSt 63, 222

Lärmschutz

- Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen, Ausgabe 2019 – RLS-19
FSt 147, 516
- Lärmschutz an Straßen
FSt 147, 516
- Zielsetzung der RLS-19
FSt 147, 516
- Bekanntmachung des StMB zur Einführung der RLS-19 in Bayern
FSt 147, 517

Leistungsprämien

- Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei der Festlegung allgemeiner Kriterien für die Vergabe von Leistungsprämien an Beamte
FSt 74, 260

- Zur Auslegung des Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 BayPVG nach seinem Wortlaut FSt 74, 260
- Zur systematischen Auslegung des Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 BayPVG FSt 74, 261
- Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 BayPVG bezieht sich nach seinem Sinn und Zweck nicht nur auf Arbeitnehmer, sondern auch auf Beamte FSt 74, 262
- Kein Rückgriff auf Gesetzesmaterialien aus dem Gesetzgebungsverfahren zum Neuen Dienstrecht in Bayern zur Auslegung des Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 BayPVG FSt 74, 262
- Volumen für leistungsorientierte Bezahlung gemäß § 18 Abs. 3 Satz 1 TVöD – Verlängerung der Möglichkeit einer freiwilligen Erhöhung auf 4 % GK 60, 132

Lohnsteuer

- Gesetz zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr; Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 46 EStG und Pauschalierung der Lohnsteuer nach § 40 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 EStG GK 23, 37
- Steuerliche Behandlung von Reisekosten GK 53, 119
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme einer Eventagentur bei der Bewertung von Sachzuwendungen GK 87, 205

M

Melderegister

- Berichtigung des Melderegisters; keine Bindungswirkung ausländischer Entscheidungen FSt 11, 39

Meldewesen

- Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesmeldegesetzes (2. BMGÄndG) FSt 115, 383
- Richtigkeit und Vollständigkeit des Melderegisters: § 6 Abs. 3 BMG n.F. FSt 115, 384
- Auskunftsrecht der betroffenen Person: § 10 Abs. 2 und 3 BMG n.F. FSt 115, 384
- Aufbewahrung von Daten: § 13 Abs. 1 und 2 BMG n.F. FSt 115, 384
- Meldebescheinigung: § 18 BMG n.F. FSt 115, 385
- Meldedatensatz zum Abruf: § 18a BMG n.F. FSt 115, 386
- Mehrere Wohnungen: § 21 Abs. 4 Satz 3 BMG n.F. FSt 115, 386
- Erfüllung der allgemeinen Meldepflicht: § 23 Abs. 2 bis 6 BMG n.F. FSt 115, 386

- Elektronische Anmeldung: § 23a BMG n.F. FSt 115, 387
- Datenerhebung, Meldebestätigung: § 24 Abs. 2 BMG n.F. FSt 115, 387
- Ausnahmen von der Meldepflicht: § 27 Abs. 4 BMG n.F. FSt 115, 387
- Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden: § 33 Abs. 3 BMG n.F. FSt 115, 388
- Datenübermittlungen an andere öffentliche Stellen: § 34 BMG n.F. FSt 115, 388
- Personensuche und freie Suche im automatisierten Abruf: § 34a BMG n.F. FSt 115, 390
- Datenweitergabe: § 37 Abs. 2 Satz 2 BMG n.F. FSt 115, 391
- Auswahldaten für automatisierte Abrufe und für Datenübermittlungen über Personengruppen: § 38 BMG n.F. FSt 115, 391
- Verfahren des automatisierten Abrufs: § 39 Abs. 1 und 2 BMG n.F. FSt 115, 392
- Datenbestätigung für öffentliche Stellen: § 39a BMG n.F. FSt 115, 393
- Protokollierungspflicht bei automatisiertem Abruf und bei Datenbestätigung: § 40 BMG n.F. FSt 115, 393
- Datenübermittlungen an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften: § 42 Abs. 2 BMG n.F. FSt 115, 394
- Automatisierte Melderegisterauskunft: § 49 Abs. 7 BMG n.F. FSt 115, 394
- Datenbestätigung: § 49a BMG n.F. FSt 115, 394
- Bedingter Sperrvermerk: § 52 BMG n.F. FSt 115, 395
- Vollständigkeit des Melderegisters: § 7 Abs. 3a PAuswG n.F. FSt 115, 395
- Informationspflichten: § 11 Abs. 7 Satz 2 PAuswG n.F. FSt 115, 396
- Elektronischer Identitätsnachweis: § 18 Abs. 6 PAuswG n.F. FSt 115, 396
- Hoheitliche Berechtigungszertifikate: § 20a PAuswG n.F. FSt 115, 396
- Verordnungsermächtigung: § 34 PAuswG n.F. FSt 115, 396
- Gesetz zur Einführung und Verwendung einer Identifikationsnummer in der öffentlichen Verwaltung und zur Änderung weiterer Gesetze (Registermodernisierungsgesetz – RegMoG) FSt 131, 445
- Ziel des Gesetzes: § 1 IDNrG FSt 131, 446
- Aufgaben registerführender Stellen: § 2 IDNrG FSt 131, 447
- Einrichtung und Aufgaben der Registermodernisierungsbehörde: § 3 IDNrG FSt 131, 447
- Zu einer Person gespeicherte Daten: § 4 IDNrG FSt 131, 448
- Zweck und Vergabe der Identifikationsnummer: § 5 IDNrG FSt 131, 448

- Automatisierter Datenabruf bei der Registermodernisierungsbehörde: § 6 IDNrG
FSt **131**, 449
- Datenübermittlung an die Registermodernisierungsbehörde und zwischen öffentlichen Stellen: § 7 IDNrG
FSt **131**, 451
- Befugnisse und Verantwortlichkeiten: § 8 IDNrG
FSt **131**, 451
- Protokollierung: § 9 IDNrG
FSt **131**, 452
- Qualitätssicherung: § 10 IDNrG
FSt **131**, 452
- Löschung: § 11 IDNrG
FSt **131**, 453
- Datencockpit; Übergangsregelung zum Einsatz des Datencockpits: §§ 10 und 11 OZG
FSt **131**, 453
- Verordnung zu Voraussetzungen von automatisierten Meldedatenabrufen durch Behörden oder sonstige öffentliche Stellen des Bundes und der Länder (Bundesmeldedatenabrufverordnung – BMeldDAV) vom 27.7.2021
GK **187**, 455

Mietrecht

- Berliner Mietendeckel ist verfassungswidrig
FSt **140**, 481
- Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern
FSt **140**, 481
- Abschließende Regelung der konkurrierenden Gesetzgebung
FSt **140**, 482
- Die Regelungen zur Miethöhe für ungebundenen Wohnraum fallen als Teil des sozialen Mietrechts in die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit für das bürgerliche Recht i.S. von Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG
FSt **140**, 482
- Mit den §§ 556 bis 561 BGB hat der Bundesgesetzgeber von der konkurrierenden Zuständigkeit für das Mietpreisrecht als Teil des bürgerlichen Rechts abschließend Gebrauch gemacht
FSt **140**, 482
- Der „Berliner Mietendeckel“ und die bundesgesetzliche Mietpreisbremse regeln im Wesentlichen denselben Gegenstand, nämlich den Schutz des Mieters vor überhöhten Mieten für ungebundenen Wohnraum
FSt **140**, 484
- Gesetz zur Reform des Mietspiegelrechts
FSt **225**, 774
- Verpflichtung zur Aufstellung und Veröffentlichung eines Mietspiegels ab 50.001 Einwohnern bis spätestens 1.1.2023
FSt **225**, 774
- Bundesregierung kann Vorgaben zum Inhalt eines Mietspiegels erlassen
FSt **225**, 774
- Auskunftspflicht für Mieter und Vermieter ab 1.7.2022
FSt **225**, 775
- Einfache Mietspiegel bleiben erhalten
FSt **225**, 775

- Verkehrssicherungspflicht des Vermieters für herabtropfendes Harz?
GK **38**, 69
- Anündigung von Modernisierungsmaßnahmen, um die entstehenden Kosten auf den Mieter umlegen zu können
GK **62**, 136
- Notwendiger Inhalt von Modernisierungsankündigungen
GK **62**, 137
- Ersparnis von Instandhaltungskosten durch Modernisierungsmaßnahmen
GK **90**, 209
- Ein für einzelne, trennbare Baumaßnahmen unzureichend begründetes Mieterhöhungsverlangen ist nicht insgesamt unwirksam
GK **90**, 209
- Zum Abzug der durch eine Modernisierungsmaßnahme ersparten Instandhaltungsarbeiten
GK **90**, 210
- Die Beweislast dafür, dass eine Modernisierungsmaßnahme vorliegt, trifft den Vermieter
GK **90**, 212
- Auf den Vermieter zurückfallende Pflicht, Schönheitsreparaturen selbst vorzunehmen
GK **102**, 237
- Der Mietvertrag für eine Betriebswohnung endet bei einem unbefristet Beschäftigten nicht mit dem Ende seines Arbeits- oder Dienstverhältnisses
GK **163**, 406
- Gesetz zur Reform des Mietspiegelrechts (Mietspiegelreformgesetz – MsRG) vom 10.8.2021
GK **197**, 480
- Wann steht eine Modernisierung einem Neubau gleich?
GK **206**, 503
- Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete sowie auf der Grundlage von Modernisierungskosten
GK **215**, 526
- Der Mieter hat bei der Betriebskostenabrechnung ein Einsichtsrecht in die Zahlungsbelege
GK **230**, 550

Mobilfunk

- Neue Mobilfunk-Musterverträge
FSt **10**, 38

N

Nachbarrecht

- Abschneiden überhängender Äste bei Gefahr für Standfestigkeit des Baumes
FSt **187**, 648

Namensrecht

- Änderung des Familiennamens eines Pflegekindes; wichtiger Grund (verneint); Förderlichkeit für das Kindeswohl
FSt **18**, 59
- Die Änderung des Familiennamens bei Pflegekindern ist nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes möglich
FSt **18**, 60

- Inzwischen beendetes Pflegeverhältnis ist für die Anwendung des Maßstabs der bloßen Förderlichkeit nicht ausreichend FSt 18, 60
- Der subjektive Wille zur Namensänderung kann die fehlende Förderlichkeit bzw. Erforderlichkeit nicht ersetzen FSt 18, 61
- Keine Maßstabsänderung wegen überlanger Verfahrensdauer FSt 18, 62
- Zur Notwendigkeit der Einholung einer aktuellen sozialpädagogischen Stellungnahme FSt 18, 62
- Keine Änderung von Vornamen wegen empfunderer Intersexualität FSt 157, 555

Naturschutz

- Kein Drittschutz der Natura 2000-Vorschriften zugunsten des Eigentümers geschützter FFH-Flächen FSt 93, 320
- Die Regelungen zur Umwandlung von Dauergrünland sind eine Kernregelung des Bayerischen Naturschutzänderungsgesetzes und von den agrar(subventions)rechtlichen Begrifflichkeiten für Grünlandumbrüche unabhängig FSt 123, 425
- Das bayerische Naturschutzrecht schützt Dauergrünland seit dem 1.8.2019 mit einem autonomen, von agrar(subventions)rechtlichen Begrifflichkeiten unabhängigen Regime FSt 123, 426
- § 3 Abs. 2 BNatSchG kommt als Befugnisnorm für naturschutzrechtliche Anordnungen nur bei Verstößen gegen Bundesrecht in Betracht, nicht aber bei solchen gegen Landesrecht, das nicht auf Bundesrecht beruht oder von diesem abweicht FSt 123, 428
- Bei Ermessensverwaltungsakten, die auf eine unrichtige Befugnis gestützt wurden, ist ein (gerichtlicher) Rückgriff auf eine andere Rechtsgrundlage möglich, wenn deren Ermessensanforderungen genügt ist FSt 123, 429
- EuGH konkretisiert Inhalt und Umfang artenschutzrechtlicher Regelungen in Art. 5 der Vogelschutzrichtlinie und Art. 12 der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie FSt 146, 509
- Die in Art. 5 der VRL vorgesehenen Verbote erfassen nicht nur Arten, die bedroht sind oder deren Population auf lange Sicht rückläufig ist FSt 146, 510
- Die Verbote des Art. 12 Abs. 1 Buchst. a bis c FFH-RL gelten auch, wenn mit einer menschlichen Tätigkeit offenkundig ein anderer Zweck verfolgt wird als das Töten oder Stören von Tieren FSt 146, 512

- Die Verbote des Art. 12 Abs. 1 Buchst. a bis c FFH-RL gelten nicht erst, wenn sich die Maßnahme negativ auf den Erhaltungszustand der betroffenen Arten auswirkt FSt 146, 513
- Der Schutz des Art. 12 Abs. 1 Buchst. a bis c FFH-RL gilt auch für die Arten, die einen günstigen Erhaltungszustand erreicht haben FSt 146, 514
- Das in Art. 12 Abs. 1 Buchst. d FFH-RL vorgesehene Verbot der Beschädigung oder Vernichtung der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten findet nicht erst dann Anwendung, wenn sich der Erhaltungszustand der betroffenen Art zu verschlechtern droht FSt 146, 515
- Nochmals: Klagebefugnis eines Erholungssuchenden auf Einschreiten der Naturschutzbehörde gegen Sperren in der Natur FSt 199, 689
- Unzulässigkeit der Verfassungsbeschwerde mangels Rechtswegerschöpfung FSt 199, 690
- Kein Verstoß gegen Art. 118 Abs. 1 BV (Willkürverbot) i.V. mit Art. 141 Abs. 3 Satz 1 BV (Recht auf Naturgenuss) FSt 199, 691
- Kein Verstoß gegen Art. 118 Abs. 1 BV (Allgemeiner Gleichheitssatz) FSt 199, 693

Naturschutzgesetz, Bayerisches

- Änderung des Art. 49 Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG): Ausnahme von der Ausweisungspflicht zum Schutz der Naturschutzwächter FSt 156, 554
- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes und der Bayerischen Kompensationsverordnung FSt 228, 782

Nebentätigkeit

- Entlassung eines Beamten auf Probe wegen unzulässiger Nebentätigkeit FSt 61, 206
- Änderung der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung und der Bayerischen Urlaubs- und Mutterschutzverordnung FSt 222, 768
- Änderung der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung (BayNV) FSt 222, 768
- Änderung der Bayerischen Urlaubs- und Mutterschutzverordnung (UrlMV) FSt 222, 769

O

Öffentlichkeitsarbeit

- Grenzen für Äußerungen kommunaler Wahlbeamter im Rahmen der gemeindlichen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit FSt 24, 81
- Für die Verhältnismäßigkeit staatlicher bzw. kommunaler Äußerungen kommt es auf den Kontext an FSt 24, 81

- Kommunale Selbstverwaltung schließt auch eine zeitgeschichtliche Aufarbeitung und öffentliches Erinnern ein FSt 24, 81
- Abgrenzung zu den besonderen Neutralitätsanforderungen für amtliche Äußerungen von Regierungsmitgliedern im politischen Wettbewerb FSt 24, 82

ÖPNV

- Hinweise zur Berücksichtigung des Freizeitverkehrs bei der Gestaltung des ÖPNV – H FGÖ – GK 136, 334

Ordnungswidrigkeiten

- Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde zum Zugang zu außerhalb der Bußgeldakte befindlichen Informationen; hier: Rohmessdaten FSt 162, 561
- Bek des StMUV vom 3.8.2021 – Vollzugshinweise zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Lebensmittel- und Veterinärrecht GK 197, 480

P

Passwesen

- Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Meldewesen FSt 102, 349
- Neuregelung zur Aufnahme von Passbildern zur Verhinderung von Manipulationen FSt 102, 349
- Neuregelung der Verwendung der Seriennummer von Pass und Personalausweis FSt 102, 350
- Aufnahme der Versionsnummer in Ausweisdokumente FSt 102, 351
- Personalausweispflicht für Strafgefangene drei Monate vor Haftentlassung FSt 102, 351
- Diskriminierungsfreie Angabe des Geschlechts im Pass FSt 102, 351
- Verkürzung der Geltungsdauer des Kinderreisepasses FSt 102, 352
- Verpflichtende Speicherung der Fingerabdrücke im Personalausweis FSt 102, 352
- Erfüllungsaufwand der Verwaltung FSt 102, 352

Personalausweise

- Zweite Verordnung zur Änderung der Passverordnung, der Personalausweisverordnung und der Personalausweisgebührenverordnung vom 16.10.2020 GK 16, 23

Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.1.2021 GK 59, 125
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.4.2021 GK 125, 298
- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 1.4.2021 GK 125, 303
- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.4.2021 GK 125, 305
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 1.4.2021 GK 125, 308
- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich GK 125, 308
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte GK 125, 308

Personalvertretung

- Gewerkschaftlicher Antrag auf Ausschluss eines Personalratsmitglieds aus dem Personalrat wegen Mobbing-Vorwürfen FSt 84, 291
- Das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit (Art. 2 Abs. 1 BayPVG) gilt nur im Verhältnis zwischen Personalrat und Dienststelle, nicht aber im Verhältnis der Personalratsmitglieder untereinander FSt 84, 291
- Zu groben Beschimpfungen bzw. Verunglimpfungen als Ausschlussgrund FSt 84, 292
- Für die Prüfung, ob eine „grobe“ Pflichtverletzung i.S. von Art. 28 Abs. 1 Satz 1 BayPVG vorliegt, ist regelmäßig eine Einzelfallabwägung der Meinungsfreiheit des Vorwerfenden mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des anderen erforderlich FSt 84, 292
- Zur Abwägung zwischen dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht und der Meinungsfreiheit FSt 84, 294
- Nochmals: Einblicksrecht des Betriebsrats in Bruttoentgeltlisten FSt 109, 371
- Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung – Information des Dienstherrn über Antrag auf Gleichstellung oder Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft FSt 171, 599
- Anspruch von Betriebsratsmitgliedern auf Vergütung entsprechend einer fiktiven Beförderung FSt 223, 770

Personenstandsgesetz

- Keine Anwendung von § 45b Personenstandsgesetz (PStG) bei eindeutigem Geschlecht
FSt 55, 192

Pfändung

- Pfändbarkeit des Guthabens auf einem Taschengeldkonto
GK 1, 1
- Überweisung einer bereits gepfändeten Forderung
GK 30, 49
- Erweiterte Sachaufklärungsbefugnisse der Vollstreckungsbehörden
GK 56, 121
- Auskunftsöglichkeit der Vollstreckungsbehörden nach dem Waffenregistergesetz (WaffRG)
GK 56, 121
- Kontenabruf nach § 93 Abs. 8 Satz 2 der Abgabenordnung (AO)
GK 56, 122
- Bekanntmachung zu den Pfändungsfreigrenzen 2021 nach § 850c der Zivilprozessordnung
GK 128, 312
- Aussetzung der Vollziehung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses während des Insolvenzverfahrens
GK 129, 313
- Pfändbarkeit von Guthaben auf dem Pfändungsschutzkonto
GK 129, 314
- Insolvenzverfahren beseitigt nicht Verstrickung einer gepfändeten Forderung
GK 129, 314
- Aussetzung der Vollziehung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses
GK 129, 315
- Abgrenzung zum VII. Senat des BGH
GK 129, 316
- Aussetzung der Vollziehung auch hinsichtlich künftiger, erst nach Insolvenzeröffnung entstandener Forderungen
GK 129, 317
- Unpfändbarkeit der Corona-Soforthilfe
GK 138, 337
- Bei der Corona-Soforthilfe handelt es sich um eine nach § 851 Abs. 1 ZPO nicht pfändbare Forderung
GK 138, 338
- Wird eine Corona-Soforthilfe auf einem Pfändungsschutzkonto gutgeschrieben, ist der Pfändungsfreibetrag in entsprechender Anwendung des § 850k Abs. 4 ZPO insoweit zu erhöhen
GK 138, 339
- Rechtmäßigkeit der Bewilligung einer Corona-Soforthilfe ist ohne Einfluss auf die Frage der (Un-)Pfändbarkeit
GK 138, 341
- Das Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz (PKoFoG)
GK 166, 409

Pflege

- Konzertierte Aktion Pflege
FSt 100, 342

- Verordnung zur Festlegung von Pflegepersonaluntergrenzen in pflegesensitiven Bereichen in Krankenhäusern für das Jahr 2021 (Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung – PpUGV) vom 9.11.2020
GK 16, 24

Planfeststellungsverfahren

- Berücksichtigungsfähige Belange einer Gemeinde im Eisenbahn-Planfeststellungsverfahren
FSt 20, 67
- Berücksichtigungsfähige Belange der Gemeinde auf dem Gebiet des Immissions-schutzes (Lärm); kommunale Planungshoheit
FSt 20, 67
- Erschwernisse im überörtlichen Verkehr und Verlust landwirtschaftlicher Flächen
FSt 20, 68
- Vorübergehende baubedingte längere Wege für Schulbusse, für Landwirte und für Schwerlastverkehr
FSt 20, 68
- Behauptete Nachteile im Brandschutz (längere Wege für die Feuerwehr zum Einsatzort) infolge des Wegfalls kurzer Gemeindeverbindungen
FSt 20, 69
- Grundsätzlich kein Anspruch einer Gemeinde, dass beim Bau einer Eisenbahnlinie ein Haltepunkt auf dem Gemeindegebiet errichtet wird
FSt 20, 70

Postwesen

- Haftung der Post bei verspäteter Zustellung
FSt 60, 205

Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2020
GK 15, 23
- Der Verbraucherpreisindex im Oktober 2020
GK 54, 119
- Der Verbraucherpreisindex im November 2020
GK 64, 143
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr 2020 und im Dezember 2020
GK 81, 189
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2021
GK 103, 238
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2021
GK 119, 287
- Der Verbraucherpreisindex im März 2021
GK 144, 359
- Der Verbraucherpreisindex im April 2021
GK 153, 383
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2021
GK 164, 407
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2021
GK 195, 478
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2021
GK 216, 527

- Der Verbraucherpreisindex im August 2021
GK 231, 551

Prüfungen

- Befähigung des Prüfers bei erst nach der Prüfung geäußerten unsachlichen Äußerungen
FSt 112, 377

Prüfungsverband

- Geschäftsbericht 2020 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV)
FSt 161, 560

R

Radwege

- Grundsätze für Bau und Finanzierung von Radwegen im Zuge von Bundesstraßen in der Baualast des Bundes, Fassung 2020; Anwendungsempfehlung für Kommunen
GK 27, 45
- Nachweis der geeigneten Führung des Radverkehrs
GK 27, 46
- Radwegebenutzungspflicht
GK 27, 46
- Mustervereinbarungen bei Einbeziehung anderer Straßen und Wege
GK 27, 46
- Förderprogramm des Bundes zum Ausbau und zur Erweiterung des Radnetzes Deutschland
GK 75, 175
- Sonderprogramm „Stadt und Land“ für flächendeckende Fahrradinfrastruktur
GK 189, 458
- Hinweise zu Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten (H RSV), Ausgabe 2021
GK 214, 524

Räum- und Streupflicht

- Abwälzung der Räum- und Streupflicht auf Anlieger an selbständigen Gehwegen
FSt 19, 63
- Selbständige und unselbständige Gehwege
FSt 19, 64
- Abwälzung der Räum- und Streupflicht gilt nur für unselbständige Gehwege
FSt 19, 64
- Wortlaut und Systematik des Art. 51 Abs. 5 Satz 1 Alt. 2 BayStrWG
FSt 19, 64
- Abwälzung der Sicherungspflicht ist nicht unabdingbar, um Sicherheit und Leichtigkeit des Fußgängerverkehrs im Winter zu gewährleisten
FSt 19, 66
- Keine anderweitigen Anhaltspunkte aus den Gesetzgebungsmaterialien
FSt 19, 67
- Änderung des Art. 51 BayStrWG: Abwälzung der Räum- und Streupflicht auf Grundstückseigentümer bei Gehwegen
FSt 67, 238

Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2020
GK 49, 100
- Endgültige Realsteuerhebesätze für das Jahr 2020
GK 156, 386

Rechnungswesen

- Weiterhin Kritik an den geplanten europäischen Rechnungslegungsvorschriften EPSAS
GK 112, 265

Reisekosten

- Bek des StMFH vom 3.12.2020 – Änderung der Auslandsreisekostenbekanntmachung
GK 40, 72
- Steuerliche Behandlung von Reisekosten
GK 53, 119

Ruhestand

- Ruhestandsversetzung eines Beamten wegen Dienstunfähigkeit
FSt 35, 119

S

Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2021
GK 35, 66
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme einer Eventagentur bei der Bewertung von Sachzuwendungen
GK 87, 205

Säumniszuschläge

- Stundung von Gewerbesteuern; Erlass von Säumniszuschlägen; Stundungssituation (verneint)
GK 22, 34
- Alleinige Voraussetzung für die Entstehung von Säumniszuschlägen ist die Säumnis des Steuerschuldners
GK 22, 34
- Ein Vollstreckungsaufschub hat keine Auswirkungen auf die Entstehung von Säumniszuschlägen
GK 22, 35
- Gemeinden können Säumniszuschläge bei Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit aus Billigkeitsgründen erlassen
GK 22, 36
- Zeitliche Rückwirkung der Anordnung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs; hier: Säumniszuschläge
GK 58, 124
- Abrechnungsbescheid über Säumniszuschläge; einstweiliger Rechtsschutz; Verwirkung
GK 148, 364

Schlüsselzuweisungen

- Schlüsselzuweisungen für 2021
GK 113, 267

- Gemeindeschlüsselzuweisungen GK 113, 269
- Landkreissschlüsselzuweisungen GK 113, 270
- Gemeinde- und Landkreissschlüsselzuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung GK 113, 270
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2021 nach Größenklassen GK 113, 271
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2021 nach Größenklassen GK 113, 271
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2021 nach Regierungsbezirken GK 113, 272
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2021 nach Regierungsbezirken GK 113, 272
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2021 nach Regierungsbezirken GK 113, 273
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2021 GK 113, 273

Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2019 GK 74, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2019 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 74, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2019 GK 74, 170

Schulen

- Bek des StMAS vom 25.3.2021 – Richtlinie zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen – JaS GK 111, 264
- Bek des STMUK vom 26.4.2021 – Mittagsbetreuung und verlängerte Mittagsbetreuung an Grund- und Förderschulen GK 120, 288

Schulfinanzierungsgesetz

- Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Schulfinanzierungsgesetz vom 21.10.2020 GK 16, 24
- Verordnung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 22.4.2021 GK 137, 336

Schwangere

- Kündigungsschutz bei Schwangerschaft noch vor Aufnahme der Tätigkeit FSt 39, 132
- Nicht eindeutiger Wortlaut des § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 MuSchG FSt 39, 132
- Nach Sinn und Zweck des § 17 Abs. 1 Satz 1 MuSchG gilt das Kündigungsverbot bereits vor Tätigkeitsaufnahme FSt 39, 133

- Die Entstehungsgeschichte von § 1 Abs. 2 Satz 1 MuSchG stützt das Verständnis, das Kündigungsverbot des § 17 Abs. 1 MuSchG greife grundsätzlich bereits mit Abschluss des Arbeitsvertrags FSt 39, 135

Schwerbehinderte

- Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung – Information des Dienstherrn über Antrag auf Gleichstellung oder Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft FSt 171, 599
- Definition eines Vorstellungsgesprächs gemäß § 165 Satz 3 SGB IX n.F. / § 82 Satz 2 SGB IX a.F. FSt 195, 679
- Annahmeverzugsvergütung bei unterlassener behinderungsgerechter Beschäftigung eines schwerbehinderten Menschen? GK 169, 421
- Annahmeverzug des Arbeitgebers nur, wenn Arbeitnehmer die vertraglich zu bewerkende Arbeitsleistung anbietet GK 169, 421
- Bedeutung des Direktionsrechts bei der Bestimmung der geschuldeten Arbeitsleistung GK 169, 422
- Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers als Voraussetzung für Vergütungsanspruch; Darlegungs- und Beweislast des Arbeitnehmers GK 169, 423
- Orientierungssätze des BAG zum Urteil vom 14.10.2020 GK 169, 424

Selbstverwaltungsrecht

- Kommunale Umweltförderung; Ausschluss von Scientology-Anhängern; Verfassungsschutz als gemeindliche Aufgabe; Weltanschauungsfreiheit; Gleichheitssatz FSt 247, 841
- Das allgemeine Ziel, zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beizutragen, hat keinen hinreichenden Bezug zum kommunalen Selbstverwaltungsrecht FSt 247, 841
- Überörtliche (Neben-)Ziele dürfen die Gemeinden verfolgen, wenn sie in einem objektiven Zusammenhang mit der jeweiligen kommunalen Aufgabe stehen und als deren konkretisierende Ausgestaltung verstanden werden können FSt 247, 842
- Die Forderung nach Abgabe einer Scientology-Schutzerklärung greift in das Grundrecht der Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit ein FSt 247, 843
- Gezielte Eingriffe in das Grundrecht aus Art. 4 Abs. 1 GG stehen unter Parlamentsvorbehalt FSt 247, 844

- Der Ausschluss einzelner Personen von einer Umweltprämie lässt sich nicht damit rechtfertigen, dass sonst das Ansehen einer als verfassungsfeindlich geltenden Organisation erhöht würde FSt 247, 845
- Fehlen Anhaltspunkte für ein künftiges rechtswidriges Verhalten der betreffenden Person, ist ein Eingriff in deren Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit nicht angemessen FSt 247, 846
- Der Ausschluss von Scientology-Anhängern aus einem Förderprogramm ist eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung FSt 247, 847
- Im Ausschluss allein der Scientology-Anhänger bzw. -Mitglieder liegt ein Gleichheitsverstoß auch im Verhältnis zu den Angehörigen anderer, ebenfalls als verfassungsfeindlich geltender Organisationen FSt 247, 848

Sondernutzungserlaubnis

- Aufstellen von Altkleidersammelcontainern im öffentlichen Straßenraum FSt 217, 751
- Das Aufstellen von Altkleidersammelcontainern zu gewerblichen Zwecken im öffentlichen Straßenraum oder unmittelbar an diesen angrenzend ist eine straßenrechtliche Sondernutzung FSt 217, 752

Sondernutzungsgebühr

- Das Abstellen von Mietfahrrädern im öffentlichen Straßenraum ist Sondernutzung und damit gebührenpflichtig GK 223, 538
- Gemeingebrauch liegt nicht vor, wenn die Straße nicht vorwiegend zum Verkehr benutzt wird GK 223, 538
- Die Straßenverkehrsordnung sieht für Kraftfahrzeuge und Fahrräder unterschiedliche Regelungen vor GK 223, 539
- Ein Verstoß gegen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung begründet nicht automatisch eine Sondernutzung Straße GK 223, 540
- Die für das Anbieten von Waren oder Leistungen entwickelten Grundsätze sind hier heranzuziehen GK 223, 540

Sozialgesetzbuch

- Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht 2021 FSt 62, 208
- Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende FSt 62, 208
- Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Tarifautonomie, Mindestlohn FSt 62, 211
- Sozialversicherung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch FSt 62, 211

- Teilhabe, Belange von Menschen mit Behinderungen, Soziale Entschädigung, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz FSt 62, 215
- Abgrenzung der psychotherapeutischen Behandlung nach dem SGB V, nach § 33 Abs. 6 SGB IX und nach §§ 67 bis 69 SGB XII FSt 219, 760
- Gesetz zur Regelung einer Einmalzahlung der Grundsicherungssysteme an erwachsene Leistungsberechtigte und zur Verlängerung des erleichterten Zugangs zu sozialer Sicherung und zur Änderung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes aus Anlass der COVID-19-Pandemie (Sozialschutz-Paket III) vom 10.3.2021 GK 92, 216

Sozialhilfe

- Wann sind Zuwendungen als Einkommen bei der Bemessung von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII zu berücksichtigen? FSt 128, 439
- Kostenersatzpflicht des Betreuers nach § 103 SGB XII bei fehlender Kranken- und Pflegeversicherung des Betreuten FSt 153, 537
- Kein Anspruch auf Kostenersatz wegen geleisteter Hilfe bei Krankheit FSt 153, 538
- Ersatzanspruch für Leistungen der Hilfe zur Pflege gegenüber Betreuer als „Drittem“ gemäß § 103 SGB XII möglich FSt 153, 539
- Kostenersatz nur bei schuldhaftem und sozialwidrigem Verhalten des Betreuers FSt 153, 540
- Ein möglicher zivilrechtlicher Schadensersatzanspruch des Betreuten schließt einen Kostenersatzanspruch nicht aus FSt 153, 542
- Kausalität als Anspruchsvoraussetzung FSt 153, 542
- Hinweis des BSG zur Härtefallprüfung FSt 153, 543
- Verordnung zur Bestimmung des für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a und des Teilbetrags nach § 34 Absatz 3a Satz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch maßgeblichen Prozentsatzes sowie zur Ergänzung der Anlagen zu §§ 28 und 34 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für das Jahr 2022 (Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2022 – RBSFV 2022) vom 23.9.2021 GK 217, 528

Sozialversicherung

- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2021 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2021) vom 30.11.2020 GK 40, 71

- Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung und der Unfallversicherungsobergrenzenverordnung vom 15.12.2020 GK 47, 95
- Künstlersozialabgabe-Verordnung 2021 vom 14.12.2020 GK 47, 96
- Bek des STMI vom 8.3.2021 – Änderung der Bekanntmachung über die Sozialversicherungsfreiheit von kommunalen Wahlbeamten, sonstigen kommunalen Beamten und Vorstandsmitgliedern der Sparkassen GK 104, 239

Sparkassen

- Bundesgerichtshof bestätigt überwiegend Verurteilungen von Geschäftsleitern einer Kreissparkasse wegen Untreue FSt 163, 563

Städtebauförderung

- Städtebauförderung 2021 – Informationen des BMI zu den Förderprogrammen FSt 259, 880

Statistik

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2020 GK 17, 25
- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2020 GK 21, 30
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2019 und 2020 GK 219, 534
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2019 und 2020 GK 220, 535
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2020 nach Gemeindegrößenklassen GK 221, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2020 nach Gemeindegrößenklassen GK 222, 537

Stellplätze

- Eine erfolgte Stellplatzablösung kommt dem jeweiligen Baugrundstück auf Dauer zugute FSt 86, 298
- Ermittlung des Mehrbedarfs an Stellplätzen durch die beantragte Nutzungsänderung FSt 86, 299
- Die Stellplatzablösung wirkt nicht nur vorhabenbezogen, sondern grundstücksbezogen FSt 86, 300
- Keine zeitliche Beschränkung der rechtlichen Wirkung einer Stellplatzablösung FSt 86, 301
- Vollständige Gleichstellung der Ablöse von Stellplätzen mit deren Realherstellung durch Neufassung der BayBO 2008 FSt 86, 301
- Grundstücksbezogenheit der Stellplatzablöse FSt 86, 302

- Wird in der Stellplatzsatzung eine Anrechnung abgelöster Stellplätze unter einen Zustimmungsvorbehalt der Stadt gestellt, widerspricht dies der Vorgabe in Art. 53 BayBO, dass auch durch eine Stellplatzablöse die Stellplatzpflicht „erfüllt“ ist FSt 86, 303
- Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz FSt 135, 463
- Anwendungsbereich, § 1 GEIG FSt 135, 463
- Begriff des Eigentümers, § 2 Nr. 1 GEIG FSt 135, 464
- Anforderungen bei neu errichteten Wohngebäuden mit mehr als fünf Stellplätzen, § 6 GEIG FSt 135, 464
- Anforderungen bei neu errichteten Nichtwohngebäuden mit mehr als sechs Stellplätzen, § 7 GEIG FSt 135, 465
- Anforderungen bei größerer Renovierung bestehender Wohngebäude mit mehr als zehn Stellplätzen, § 8 GEIG FSt 135, 465
- Anforderungen bei größerer Renovierung bestehender Nichtwohngebäude mit mehr als zehn Stellplätzen, § 9 GEIG FSt 135, 466
- Anforderungen an bestehende Nichtwohngebäude mit mehr als 20 Stellplätzen, § 10 GEIG FSt 135, 466
- Anforderungen bei gemischt genutzten Gebäuden, § 11 GEIG FSt 135, 466
- Lade- und Leitungsinfrastruktur im Quartier, § 12 GEIG FSt 135, 467
- Ausnahmen, § 14 GEIG FSt 135, 467
- Bußgeldvorschriften, § 15 GEIG FSt 135, 468
- Übergangsvorschriften, § 16 GEIG FSt 135, 468

Steuereinnahmen

- Steuerschätzung November 2020 GK 31, 51
- Erwartetes Steueraufkommen 2019 bis 2025 in Mrd. € GK 31, 52
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 31, 53
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 31, 57
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2019 GK 130, 318
- Steuerschätzung Mai 2021 GK 139, 341
- Erwartetes Steueraufkommen 2020 bis 2025 in Mrd. € GK 139, 343
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 139, 344
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 139, 348
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2020 nach Gemeindegrößenklassen GK 221, 536

- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2020 nach Gemeindegrößenklassen GK 222, 537

Steuerkraftzahlen

- Die endgültigen Steuerkraftzahlen 2021 GK 41, 73
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen seit 2016 GK 41, 73
- Moderater Anstieg der Steuerkraft GK 41, 74
- Regionale Entwicklung GK 41, 75
- Bek des StMFH vom 15.4.2021 – Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2022 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2022 – StKraftBek 2022) GK 120, 288

Steuerrecht

- Zweites Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Zweites Familienentlastungsgesetz – 2. FamEntlastG) vom 1.12.2020 GK 40, 71
- Jahressteuergesetz 2020: Wichtige Änderungen mit kommunalem Bezug GK 51, 109
- Änderungen im Bereich des Einkommensteuergesetzes GK 51, 109
- Änderungen im Bereich des Umsatzsteuergesetzes GK 51, 111
- Änderungen im Bereich der Abgabenordnung GK 51, 113
- Drittes Corona-Steuerhilfegesetz GK 107, 244
- Steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Hilfe für von der Corona-Krise Betroffene; Ergänzung und Verlängerung des zeitlichen Anwendungsbereichs GK 132, 328
- Beihilfeablöseversicherung: Befreiung von der Versicherungssteuer GK 141, 354
- Gesetz zur Modernisierung der Entlastung von Abzugsteuern und der Bescheinigung der Kapitalertragsteuern (Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz – AbzStEntModG) vom 2.6.2021 GK 145, 359
- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO) vom 20.1.2021 GK 149, 365

Strafgesetzbuch

- Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität FSt 107, 362
- Änderung des § 188 StGB: Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung gegen Kommunalpolitiker werden nunmehr von § 188 StGB erfasst und damit schärfer bestraft FSt 107, 363

- Änderung des § 115 StGB: Personen, die im ärztlichen Notdienst oder in einer Notaufnahme Hilfe leisten, erhalten einen besseren Schutz vor Drohungen und Gewalthandlungen FSt 107, 365

Straßen

- Leitfaden für Baum- und Objektschutz an Landstraßen – 1. Aktualisierung 2020 GK 79, 185
- Förderung von Kreuzungen von Kommunalstraßen mit Staatsstraßen nach Art. 13f Nr. 2 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) GK 155, 385
- Richtlinien zur Ermittlung der Luftqualität an Straßen ohne oder mit lockerer Randbebauung – RLuS 2012, Fassung 2020 GK 162, 404
- Merkblatt zur Verbesserung der Straßeninfrastruktur für Motorradfahrende (MVMot), Ausgabe 2021 GK 185, 453

Straßenausbaubeitrag

- Auszahlung aus dem Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge GK 50, 107

Straßenbau

- Fortschreibung der Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen für Ingenieurbauten (RAB-ING) – 2020 FSt 6, 22
- Technische Prüfvorschriften für Griffigkeitsmessungen im Straßenbau; Teil: Seitenkraftmessverfahren (SKM), Ausgabe 2007, TP Griff-StB 07 (SKM) FSt 33, 114
- Schlepplinien in technischen Regelwerken – Bemessungsfahrzeuge und Schlepplinien zur Überprüfung der Befahrbarkeit von Verkehrsflächen FSt 127, 439
- Anweisung zur Kostenermittlung und zur Veranschlagung von Straßenbaumaßnahmen (AKVS), Fortschreibung Stand 11/2020; Einführung in Bayern FSt 136, 468
- Handlungshilfe für das Zusammenwirken von ASR A5.2 und RSA bei der Planung von Straßenbaustellen im Grenzbereich zum Straßenverkehr (Ausgabe 2020) FSt 159, 558
- Einsatzmöglichkeiten von Asphaltgranulat; Merkblatt für Asphaltfundationsschichten in Heißenbauweise (M AFS-H) GK 70, 162
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Betondecken im Oberbau von Verkehrsflächen bei Anwendung der RDO Beton, Ausgabe 2020 (ZTV RDO Beton-StB 20) GK 71, 163
- Technische Lieferbedingungen für Bodenmaterialien und Baustoffe für den Erdbau im Straßenbau (TL BuB E-StB 20) GK 109, 260

- Merkblatt für Schichten ohne Bindemittel, Ausgabe 2020 (M SoB 2020) GK 135, 333
- Agglomeratmarkierungen (Markierungen mit Geräuschentwicklung) GK 142, 355
- Merkblatt für Agglomeratmarkierungen GK 142, 356

Straßenunterhaltung

- Schadensersatz für die Beseitigung von Unfallschäden auf einer Straße auf Grundlage der Einzelpreise eines Rahmenvertrags FSt 232, 793
- Der Geschädigte kann sich für den Schadensausgleich auf die Ergebnisse eines nach der VOB/A durchgeführten Rahmen-Vergabeverfahrens berufen FSt 232, 793
- Ausgeschriebene Leistungen müssen zur Schadensbeseitigung wirtschaftlich erforderlich, der Angebotsendpreis muss angemessen sein FSt 232, 794
- Hinsichtlich der Frage, welche Leistungen in welchen Größenordnungen in die Rahmenvereinbarung einbezogen werden, steht dem Ausschreibenden ein erheblicher Einschätzungsspielraum zu FSt 232, 795
- Für die Wirtschaftlichkeit der Rahmenvereinbarung ist auf deren Endpreis abzustellen FSt 232, 796
- Merkblatt für die Reinigung von Straßen GK 80, 188

Straßenverkehrsordnung

- Umsetzen von Fahrzeugen vom privaten in den öffentlichen Verkehrsraum FSt 160, 559

Stromversorgung

- Pflicht einer Kommune zur Duldung von Vorarbeiten für die Planung einer Höchstspannungsleitung (SuedOstLink) FSt 98, 333
- Anforderungen an die erforderliche Konkretisierung einer Duldungsanordnung nach § 44 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) FSt 98, 334
- Die Erforderlichkeit der Duldungsanordnung und der konkreten Messstelle muss von der Behörde begründet werden FSt 98, 335
- Einwendungen gegen das Gesamtprojekt bzw. den Netzentwicklungsplan können im Verfahren gegen eine Duldungsanordnung nicht geltend gemacht werden, auch eine inzidente Überprüfung kommt nicht in Betracht FSt 98, 336
- Die Duldungsanordnung nach § 44 Abs. 1 Satz 2 EnWG überwindet entgegenstehende Eigentümerrechte, sie ersetzt nicht die nach anderen Fachgesetzen für die Vornahme der Vorarbeiten erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse oder Bewilligungen FSt 98, 337

- SuedOstLink als Projekt des vordringlichen Bedarfs FSt 98, 338
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2021 GK 126, 309

T

Tarifverträge

- Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung – Leasing von Fahrrädern GK 150, 376
- Geltungsbereich (§ 1) GK 150, 376
- Vertragliche Vereinbarungen zur Entgeltumwandlung (§ 2) GK 150, 376

Teilzeitarbeit

- Ausbildungsvergütung – Kürzung bei Teilzeit GK 160, 180
- Anteilige Kürzung der Ausbildungsvergütung bei Teilzeitausbildung GK 192, 471

TVöD

- Tarifabschluss 2020 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.4.2021 GK 108, 245
- Fehlerhafte Überleitung in die Entgeltordnung zum TVöD; Korrektur GK 133, 329
- Beschäftigungszeit i.S. von § 34 Abs. 3 Satz 3 und 4 TVöD GK 161, 402

U

Umsatzsteuer

- Umsatzsteuerliche Behandlung der Abrechnung von Mehr- bzw. Mindermengen Gas (Leistungsbeziehungen) GK 3, 6
- Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand: Behandlung der Konzessionsabgabe unter § 2b UStG GK 4, 9
- Nutzungsänderung von Betrieben gewerblicher Art durch die Corona-Krise GK 33, 61
- § 2b UStG: Interkommunale Zusammenarbeit bayerischer Kommunen GK 43, 82
- Die Tätigkeiten der Verwaltungsgemeinschaft GK 43, 82
- Die Vertretung und Verwaltung der Stiftung nach Art. 20 Abs. 2 BayStG GK 43, 84
- Der Abwasserzweckverband GK 43, 86
- Weitere Beispiele gemeindlicher Kooperationen GK 43, 88
- Änderungen im Bereich des Umsatzsteuergesetzes GK 51, 111
- § 2b UStG – 5 Jahre nach der Einführung – ein aktueller Überblick GK 67, 147

- Herangehensweise bei der umsatzsteuerlichen Einordnung der Ausgangsumsätze GK 67, 147
- Beispiele zu § 2b UStG GK 67, 155
- Überblick über bislang ergangene Schreiben der Finanzverwaltung (Stand: 1.3.2021) GK 67, 157
- Anwendungsfragen des § 2b UStG in Zusammenhang mit dem Friedhofs- und Bestattungswesen GK 76, 176
- Grabnutzungsberechtigungen/Liegerecht/Recht zur Beisetzung GK 76, 177
- Aufbewahrung von Leichen in Kühlräumen oder Kühlzellen sowie Benutzung von Feierhallen, Friedhofskapellen und Abschiedsräumen GK 76, 179
- Bestattungsleistungen im Zusammenhang mit bereits bestehenden Grabstätten (z.B. Umbettungen, Abräumen von Gräbern, Nachbestattungen ohne Verlängerung des Nutzungsrechts) GK 76, 180
- Vertragliche Überlassung der Trägerschaft von Friedhof, Leichenhalle und Feierhalle durch kirchliche jPöR (Kirchengemeinden/Kirchens Stiftungen) an eine Kommune GK 76, 180
- Vorsteuerabzug einer Kurortgemeinde aus den Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von öffentlichen Kureinrichtungen GK 96, 224
- Vorsteuerberichtigung wegen Nutzungsänderung von Betrieben gewerblicher Art durch Corona-Krise GK 97, 225
- Abschließend: Ermäßigter Steuersatz für das Legen eines Hauswasseranschlusses – Finanzverwaltung lenkt ein GK 115, 281
- Legen eines Hauswasseranschlusses GK 115, 281
- Person des leistenden Unternehmers GK 115, 281
- Anwendbarkeit des § 13b UStG GK 115, 282
- Personenidentität auf Seiten des Leistungsempfängers GK 115, 282
- Anschlussbeiträge/Baukostenbeiträge GK 115, 282
- Reparatur- und Wartungsleistungen GK 115, 282
- § 2b UStG: Gestellung von Personal GK 124, 296
- Covid-19-Pandemie: Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 18 UStG GK 202, 497

Umweltschutz

- Bayerisches Klimaschutzgesetz FSt 30, 105
- Auftrag und Verantwortung: Art. 1 BayKlimaG FSt 30, 105
- Minderungsziele: Art. 2 BayKlimaG FSt 30, 105
- Vorbildfunktion des Staates: Art. 3 BayKlimaG FSt 30, 105
- Kompensation für Treibhausgasemissionen: Art. 4 BayKlimaG FSt 30, 105

- Klimaschutzprogramm und Anpassungsstrategie: Art. 5 BayKlimaG FSt 30, 106
- Ausschluss der Klagbarkeit: Art. 10 BayKlimaG FSt 30, 106
- Staatswald; Körperschaftswald: Art. 18 BayWaldG n.F.; 19 BayWaldG FSt 30, 106
- Bauhofschulungen im Rahmen der Aktion „Blühpakt Bayern“ GK 110, 262

Unfallversicherung

- (Nicht-)Vorliegen eines versicherten Wegeunfalls FSt 68, 240
- Kein Unfallversicherungsschutz beim Betanken des privaten Pkw FSt 68, 240
- Unfallversicherungsschutz bei der Fahrt von einem dritten Ort FSt 68, 240

Unterhaltsrecht

- Dritte Verordnung zur Änderung der Mindestunterhaltsverordnung vom 3.11.2020 GK 16, 24

Untreue

- Bundesgerichtshof bestätigt überwiegend Verurteilungen von Geschäftsleitern einer Kreissparkasse wegen Untreue FSt 163, 563

Urlaub

- Zusatzurlaub bei ständiger Wechselschicht gemäß § 27 TVöD im Krankheitsfall FSt 85, 296
- Grundsätzliche Voraussetzungen für den Anspruch auf Zusatzurlaub FSt 85, 296
- Zusatzurlaub während des Zeitraums der Lohnfortzahlung FSt 85, 296
- Kein Anspruch auf Zusatzurlaub für den Zeitraum des Zuschussbezuges zum Krankengeld FSt 85, 297
- Urlaubsgewährung bei fristloser Kündigung FSt 132, 454
- Verschiebung eines genehmigten Urlaubs aufgrund der Corona-Lage? FSt 164, 564
- Keine Kürzung des Jahresurlaubs aufgrund von Kurzarbeit im Anwendungsbereich des TV Covid FSt 246, 840

V

Veränderungssperre

- Vollziehung eines Ausschussbeschlusses vor Ablauf der Nachprüfungsfrist nach Art. 32 Abs. 3 Satz 2 GO bewirkt keinen Ausfertigungsmangel einer Satzung FSt 48, 163
- Beschlussfassung durch „Billigung“ eines Satzungsentwurfs FSt 48, 163

- Kein Ausfertigungsmangel bei Vollziehung eines (noch) nicht wirksamen Satzungsbeschlusses FSt 48, 163
- Kein Wirksamkeitsmangel, wenn in der Satzung nicht der nach Geschäftsordnung zuständige beschließende Ausschuss, sondern der „Gemeinderat“/„Stadtrat“ genannt wird FSt 48, 164
- Normenkontrolle: Feststellungsinteresse bei einer außer Kraft getretenen Veränderungssperre FSt 76, 266
- Wird das Feststellungsinteresse bei einer außer Kraft getretenen Veränderungssperre damit begründet, dass eine Schadensersatz- oder Entschädigungsklage in Betracht kommt, muss diese ernsthaft beabsichtigt sein FSt 76, 266
- Nimmt eine anwaltlich vertretene Antragstellerin ihren Vorbescheidsantrag zurück, ist eine spätere Schadensersatz- oder Entschädigungsklage, mit der die Planungskosten und der Wertverlust des Grundstücks geltend gemacht werden, offensichtlich aussichtslos FSt 76, 267

Vergabe öffentlicher Aufträge

- Praxisrelevante Entscheidungen verschiedener Vergabekammern und -senate (Teil 1) FSt 9, 29
- Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, anlässlich zu überprüfen, ob ein Bieter seine mit dem Angebot eingegangenen Verpflichtungen einhalten wird FSt 9, 29
- Die Überschreitung der korrekt veranschlagten Kosten um ca. 10 % ist ein schwerwiegender Aufhebungsgrund; dabei kommt es nicht auf den Wert des Gesamtprojekts, sondern auf den konkret ausgeschriebenem Auftrag an FSt 9, 30
- Eignungsprüfung von Newcomern FSt 9, 32
- Prüfung der Leistungsfähigkeit, wenn lediglich ein Mitglied einer Bietergemeinschaft insolvent ist FSt 9, 34
- Aufhebung des Vergabeverfahrens aus einem nicht tragfähigen Grund, weiteres Vorgehen FSt 9, 37
- Praxisrelevante Entscheidungen verschiedener Vergabekammern und -senate (Teil 2) FSt 21, 71
- Risikozuweisung, wenn das Hochladen eines Angebots im elektronischen Vergabeverfahren nicht auf Anhib funktioniert FSt 21, 71
- Bei der Schätzung der voraussichtlichen Baukosten durch den Auftraggeber können BKI-Kostenkennwerte zwar grundsätzlich herangezogen, jedoch nicht schematisch übernommen werden FSt 21, 73
- Geringfügige formale Abweichungen von den Vergabeunterlagen führen nicht zum Angebotsausschluss FSt 21, 74

- Bei widersprüchlichen, nicht auslegungsfähigen Preisangaben ist das Angebot des Bieters auszuschließen FSt 21, 76
- Eintragungen im Formblatt 223 (Aufgliederung der Einheitspreise) sind keine Preisangaben, vielmehr ein Instrument der Preisprüfung FSt 21, 77
- Änderung des § 17 VgV: Klarstellung zum Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb FSt 28, 96
- Änderung des § 76 VgV (aber Festhalten am „Leistungswettbewerb“) FSt 28, 96
- Verjährung von Submissionsabsprachen; Null-Euro-Preis; Pflicht zu EU-weiter Ausschreibung FSt 34, 116
- Verjährung einer Ordnungswidrigkeit wegen Submissionsabsprachen beginnt erst mit vollständiger Vertragsabwicklung FSt 34, 116
- Ein Preis von null Euro ist für sich allein kein Grund, das Angebot des Bieters abzulehnen FSt 34, 117
- Ein Verstoß gegen die Pflicht zur EU-weiten Ausschreibung verletzt die Rechte eines Bieters nicht, wenn er auf andere Weise über die Vergabeabsicht informiert und dadurch in die Lage versetzt wurde, ein Angebot abzugeben FSt 34, 118
- Generelle Vergabesperre, wenn ein Mitarbeiter des anbietenden Unternehmens mit der für Vergaben zuständigen Mitarbeiterin des Auftraggebers verheiratet ist? FSt 44, 152
- Unternehmen kann auch außerhalb eines Vergabeverfahrens gegen eine generelle Vergabesperre vorgehen FSt 44, 153
- Voraussetzungen für den Ausschluss wegen eines Interessenkonflikts bei Vergaben oberhalb des EU-Schwellenwerts FSt 44, 154
- Unverhältnismäßigkeit der generellen Vergabesperre, wenn milderer Mittel zur Verfügung steht und dieses zwar weniger wirksam, aber ausreichend ist FSt 44, 155
- Auch bei Unterschwellenvergaben muss die Verhältnismäßigkeit der Vergabesperre geprüft werden FSt 44, 156
- Kein Verstoß gegen produktneutrale Ausschreibung bei behördlich genehmigten Materialzusammensetzungen FSt 45, 156
- Vergabe eines bestimmten Materials muss sachlich gerechtfertigt sein FSt 45, 157
- Es besteht kein Anspruch der Bieter, dass ein sachlich gerechtfertigtes Material durch ein anderes sachlich geeignetes Material ersetzt wird FSt 45, 157

- Die Suche eines für den beabsichtigten Zweck geeigneten Materials kann sachorientiert erfolgen, es müssen nicht alle theoretisch denkbaren Möglichkeiten geprüft werden FSt **45**, 158
- Rechtscharakter einer Dienstleistungsvereinbarung zur Gestaltung eines Weihnachtsmarktes FSt **56**, 195
- Für Dienstleistungskonzessionen, die den Schwellenwert des § 106 GWB erreichen, ist der Vergaberechtsweg eröffnet FSt **56**, 196
- Zur Einordnung einer Dienstleistungsvereinbarung als öffentlich-rechtliches oder privatrechtliches Rechtsverhältnis FSt **56**, 196
- Ein Vertrag über die Gestaltung eines kommunalen Weihnachtsmarkts ist als öffentlich-rechtlich zu qualifizieren, wenn er durch Normen des öffentlichen Rechts geprägt ist FSt **56**, 197
- Gesamtumsätze vergangener Jahre; Nutzung vorhandener Ausrüstung; Fachlos Lärmschutzwand FSt **57**, 198
- Wird die „Angabe der Gesamtumsätze der drei letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre“ gefordert, ergibt sich daraus nicht, dass das bietende Unternehmen seit 36 Monaten geschäftlich tätig gewesen sein muss FSt **57**, 198
- Nutzung von beim Auftraggeber vorhandener Ausrüstung durch die Bieter FSt **57**, 199
- Streckenbegleitende Lärmschutzwände unterliegen der Fachlosvergabe FSt **57**, 200
- Abschluss von Rahmenvereinbarungen durch zentrale Beschaffungsstellen FSt **79**, 276
- Verschiedene Möglichkeiten von Rahmenvereinbarungen FSt **79**, 276
- Rahmenvereinbarung als einseitig verpflichtender Vertrag FSt **79**, 277
- Eine Rahmenvereinbarung ist dergestalt möglich, dass für die daran anschließenden Einzelvergaben kein weiteres Vergabeverfahren erforderlich ist FSt **79**, 278
- Rahmenvereinbarungen sind nicht zur Markterkundung, sondern nur nach konkreter Bedarfsermittlung zulässig FSt **79**, 278
- Beim Abschluss von Rahmenvereinbarungen ist das Missbrauchsverbot des § 21 VgV zu beachten FSt **79**, 279
- Eine unzutreffende Berechnung des Auftragswerts wird nicht durch den Ansatz eines Risikozuschlags kompensiert FSt **88**, 309
- Bei der Aufhebung eines Vergabeverfahrens ist zwischen der Wirksamkeit und der Rechtmäßigkeit der Aufhebungsentscheidung zu unterscheiden FSt **88**, 309
- § 63 VgV erlaubt die sanktionslose Aufhebung des Vergabeverfahrens, wenn – bezogen auf eine ordnungsgemäße Schätzung des Auftragswerts – kein wirtschaftliches Ergebnis vorliegt; ein allgemeiner Risikozuschlag kann Schätzungsfehler nicht kompensieren FSt **88**, 310
- Die Aufhebung einer Ausschreibung erfordert eine interessengerechte Ermessensentscheidung FSt **88**, 311
- Äußerst dringliches Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb in Corona-Zeiten FSt **89**, 312
- Voraussetzungen für ein äußerst dringliches Verhandlungsverfahren FSt **89**, 312
- Auch bei einem Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb ist ein Mindestmaß an Wettbewerb sicherzustellen FSt **89**, 314
- Ein Anbieter, der Leistungen erst entwickeln muss, braucht am äußerst dringlichen Verhandlungsverfahren nicht beteiligt zu werden FSt **89**, 315
- Schadensersatzanspruch eines wegen Nichterfüllung nachträglich geforderter Eignungskriterien ausgeschlossenen Bieters FSt **104**, 356
- Die Eignung eines Bieters darf nur an Kriterien gemessen werden, die der Auftraggeber in den Vergabeunterlagen genannt hat oder die sich angesichts der zu erbringenden Leistungen sowie des vorgesehenen Ausführungszeitraums zwingend aus der Sache ergeben FSt **104**, 357
- Wegen Nichterfüllung nicht ausdrücklich verlangter Anforderungen an die Personalausstattung darf ein Bieter nur ausgeschlossen werden, wenn zumindest ernsthafte Zweifel daran bestehen, ob er mit seinem Personal den Auftrag ordnungsgemäß und fristgerecht ausführen kann FSt **104**, 358
- Dem Schadensersatzanspruch des zu Unrecht ausgeschlossenen Bieters steht nicht entgegen, dass der Auftraggeber die Erfüllung und den Nachweis der nachträglich geforderten Eignungskriterien in den Vergabeunterlagen hätte voraussetzen dürfen FSt **104**, 359
- Voraussetzungen für den Anspruch eines Bieters auf Ersatz des entgangenen Gewinns bei rechtswidriger Aufhebung der Ausschreibung FSt **124**, 431
- Die Aufhebung einer Ausschreibung ohne wichtigen Grund führt zu einem Anspruch der Bieter auf Schadensersatz FSt **124**, 432
- Der Wegfall des Beschaffungsbedarfs kommt als schwerwiegender Grund i.S. des § 17 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A in Betracht FSt **124**, 432

- Der Wegfall der Fördervoraussetzungen kann zur Aufhebung der Ausschreibung berechtigen, muss aber substantiiert vorgetragen werden
FSt 124, 433
- Der Schadensersatzanspruch des Bieters umfasst regelmäßig die Kosten der Angebotsunterlagen und der Angebotserstellung
FSt 124, 433
- Personalkosten für die Angebotserstellung sind auch ohne konkreten Nachweis des Bieters zur anderweitigen Einsatzmöglichkeit des Mitarbeiters ersatzfähig
FSt 124, 433
- Enge Voraussetzungen für einen Anspruch des Bieters auf Ersatz des entgangenen Gewinns
FSt 124, 434
- Voraussetzung 1 (hier erfüllt): Der Bieter hätte in dem aufgehobenen Vergabeverfahren den Zuschlag erhalten müssen
FSt 124, 434
- Voraussetzung 2 (hier erfüllt): Der ohne wichtigen Grund aufgehobene Auftrag muss tatsächlich an einen Dritten erteilt worden sein
FSt 124, 435
- Voraussetzung 3 (hier nicht erfüllt): Der dem Dritten erteilte Zuschlag muss wertungsmäßig einem Abschluss des – rechtswidrig aufgehobenen – ersten Vergabeverfahrens mit dem Zuschlag an einen nicht zuschlagsberechtigten Bieter gleichzustellen sein
FSt 124, 435
- Keine Anwendbarkeit des EuGH-Urteils zur HOAI vom 4.7.2019 auf vor dem 28.12.2009 geschlossene Verträge
FSt 137, 469
- Keine unmittelbare Wirkung der Dienstleistungsrichtlinie vor Ablauf der Umsetzungsfrist
FSt 137, 470
- Keine Rückwirkung der Dienstleistungsrichtlinie
FSt 137, 470
- Ausgewählte Entscheidungen zum Vergaberecht
FSt 139, 473
- Unzulässig eingeschränkter Wettbewerb durch einengende Leistungsbeschreibung
FSt 139, 473
- Zum Nachweis der Eignung des Bieters
FSt 139, 474
- Schätzung des Auftragswerts bei Rahmenvereinbarungen
FSt 139, 476
- Unzulässige nachträgliche Benennung eines Subunternehmers
FSt 139, 477
- Prüfungs- und Ausschlusspflicht oder Ermessen des Auftraggebers beim Vorliegen eines ungewöhnlich niedrigen Angebotspreises?
FSt 139, 478
- Kostentragung bei Rücknahme eines Nachprüfungsantrags
FSt 139, 480
- Der Urheberrechtsschutz des Architekten zwingt die Vergabestelle nicht zu einem Verhandlungsverfahren allein mit diesem
FSt 148, 518
- § 14 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. c VgV ist nicht bieterschützend
FSt 148, 519
- Dem Urheber eines Bauwerks steht kein Anspruch auf Erteilung sämtlicher weiteren Aufträge zur Änderung des Bauwerks zu
FSt 148, 519
- Für die Erbringung von Planungsleistungen sind auch Bieter geeignet, die nicht Inhaber des Urheber- oder Nutzungsrechts sind
FSt 148, 520
- Der Auftraggeber kann bei der Eignungsprüfung auch an einen nicht rechtskräftigen Beschluss des Bundeskartellamts anknüpfen
FSt 168, 595
- Eignungsnachweis von Newcomern, die noch keine Referenzen vorlegen können
FSt 170, 598
- Bekanntmachung der EU-Kommission: Mittel und Tipps zur wirksamen Bekämpfung geheimer Absprachen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
FSt 181, 635
- Ratschläge zur Gestaltung von Vergabeverfahren, damit von Absprachen zwischen Bietern abgeschreckt wird
FSt 181, 635
- Ratschläge zur Aufdeckung potenzieller Absprachen bei der Bewertung von Angeboten
FSt 181, 637
- Ratschläge zur Reaktion auf Fälle mutmaßlicher Absprachen
FSt 181, 638
- Die Verletzung der Informationspflicht löst bei einem ansonsten fehlerfrei durchgeführten Vergabeverfahren keinen Schaden des Mitbieters aus
FSt 184, 640
- Ausschreibungspflicht eines Vertrags zwischen einer öffentlichen Einrichtung und einem privaten Unternehmen über die Miete eines noch nicht errichteten Gebäudes?
FSt 193, 669
- Abgrenzung zwischen einem Bauvertrag und einem Mietvertrag über eine noch nicht errichtete Immobilie
FSt 193, 670
- Das Fehlen einer Baugenehmigung zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mietvertrags ist kein Beleg für das Vorliegen eines Bauvertrags
FSt 193, 671
- Die lange Laufzeit des Mietvertrags ist für sich genommen kein Beleg für das Vorliegen eines Bauvertrags
FSt 193, 672
- Die Einschaltung eines Projektbüros durch den Mieter zur begleitenden Kontrolle der Ausführung des Bauvorhabens ist kein Beleg für das Vorliegen eines Bauvertrags
FSt 193, 672
- Vom Mieter geforderte Spezifikationen des Mietobjekts führen erst dann zum Vorliegen eines Bauvertrags, wenn diese Anforderungen über die üblichen Anforderungen eines Mieters an ein entsprechendes Gebäude hinausgehen
FSt 193, 673

- Fordert der Mieter gängige Ausstattungs-
details, liegt darin kein wesentlicher Einfluss
auf die Gestaltung der Immobilie FSt **193**, 674
- Nachweispflicht der Kommission FSt **193**, 675
- Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßen-
fahrzeuge FSt **194**, 676
- Schadensersatz in LKW-Kartell-Fällen
FSt **203**, 706
- Die Anspruchsgrundlage für den Schadens-
ersatz des Käufers richtet sich nach dem im
jeweiligen Belieferungszeitpunkt geltenden
Recht FSt **203**, 707
- Schuldhafter Verstoß gegen Art. 81 EGV und
Art. 101 Abs. 1 AEUV FSt **203**, 707
- Umfang der Bindungswirkung der Feststellun-
gen der Kommission für einen nachfolgenden
Schadensersatzprozess FSt **203**, 708
- Darauf, ob sich die Kartellabsprache auf den
Beschaffungsvorgang tatsächlich nachteilig
ausgewirkt hat, kommt es im Rahmen der Prü-
fung der haftungsbegründenden Kausalität
nicht an FSt **203**, 709
- Zur Frage, welche Lkw von den Feststellun-
gen der Kommission umfasst sind FSt **203**, 710
- Der Kartellverstoß begründet keinen An-
scheinsbeweis für einen dem Käufer entstande-
nen Schaden FSt **203**, 710
- Tatsächliche Vermutung, dass infolge des
praktizierten Kartells das Preisniveau für die
betroffenen Lastkraftwagen im Schnitt über
demjenigen lag, welches sich ohne die wettbe-
werbsbeschränkende Absprache gebildet hätte
FSt **203**, 711
- Der Umstand, dass sich die Kartellbeteiligten
im Wesentlichen über Listenpreise verständigt
haben, hindert die Annahme einer tatsäch-
lichen Vermutung für einen Preiseffekt nicht
FSt **203**, 711
- Darlegungs- und Beweislast für den Schadens-
eintritt FSt **203**, 712
- Die Kartellabsprache begründet keine widerleg-
liche Vermutung für einen Schadenseintritt
FSt **203**, 712
- Die Hemmung der Verjährung beginnt schon
mit Ermittlungsmaßnahmen wegen Kartell-
rechtsverstoßes FSt **203**, 713
- Hat der Käufer die kartellbedingt höheren
Preise nachweislich an seine Kunden weiter-
gegeben, kommt ein Vorteilsausgleich in Be-
tracht; die Darlegungs- und Beweislast hierfür
trägt der Verkäufer FSt **203**, 714
- Die Abgrenzung von Eignungs- und Zuschlags-
kriterien erfolgt danach, ob sie im Schwer-
punkt die Leistungsfähigkeit und fachliche
Eignung des Bieters oder die Wirtschaftlich-
keit des Angebots betreffen FSt **204**, 717
- VOB: Positionsbezogene Nachlässe gehören
zur unternehmerischen Kalkulationsfreiheit
FSt **205**, 719
- Der öffentliche Auftraggeber darf den Zu-
schlag auf ein Angebot ablehnen, wenn er die
geringe Höhe des angebotenen Preises nicht
zufriedenstellend aufklären kann FSt **218**, 757
- Eindeutig formulierte Aufforderung des Auf-
traggebers an den Bieter, seine Preise zu erläu-
tern FSt **218**, 758
- Wann führt die Aufklärung des Preises nicht
zu einem zufriedenstellenden Ergebnis?
FSt **218**, 758
- Die Vergabestelle muss ihr Ermessen, über
einen Ausschluss vom Vergabeverfahren zu
entscheiden, fehlerfrei ausüben FSt **218**, 759
- Voraussetzungen für den Ausschluss eines Bie-
ters wegen vorübergehender Schlechtleistung
nach § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB FSt **233**, 797
- Vor einer Ausschlussentscheidung bedarf es
der vorherigen Anhörung des betroffenen
Bieters FSt **233**, 797
- Prognoseentscheidung, ob von dem Bieter un-
ter Berücksichtigung der festgestellten frühe-
ren Schlechtleistung für die Zukunft zu erwar-
ten ist, dass er den nunmehr zu vergebenden
Auftrag nicht gesetzestreu, ordnungsgemäß
und sorgfältig ausführen werde FSt **233**, 798
- Die Ermessensausübung der Vergabestelle
muss alle wesentlichen Aspekte einbeziehen,
sie muss sachbezogen und darf nicht wider-
sprüchlich sein FSt **233**, 799
- Die Auswahl eines Kindergartenbetreibers
unterfällt dem Vergaberecht FSt **243**, 837
- Bauwerksprüfungen zur Überwachung von
Ingenieurbauwerken und darauf bezogene Ver-
kehrssicherungsleistungen können gemeinsam
ausgeschrieben und vergeben werden
FSt **255**, 876
- Informationsschreiben mittels Bieterportal
FSt **269**, 916
- Das Versenden des Informationsschreibens
über einen Vergabemanager löst die Wartefrist
des § 134 GWB aus FSt **269**, 916
- Die Versendung des Informationsschreibens an
einem Freitag führt im Normalfall nicht zu
einer unzulässigen Verkürzung der Reaktionszeit
FSt **269**, 918
- Die Korrektur wertungsrelevanter Fehler der
Vergabestelle ist Aufhebungsgrund, wenn kein
milderes Mittel vorliegt GK **63**, 140
- Grundsätzliches zur Zulässigkeit, ein Vergabe-
verfahren aufzuheben GK **63**, 140
- Unterbleiben Angaben, die für die Angebots-
erstellung wesentlich sind, liegt ein schwer-
wiegender Fehler vor GK **63**, 141

- Auch die Nicht-Weitergabe von Informationen an alle Bieter erfordert und rechtfertigt die Zurücksetzung des Vergabeverfahrens
GK 63, 142
- Zum Recht des Auftraggebers, vom Bieter eine „Verfügbarkeitserklärung“ zu verlangen
GK 72, 164
- Der öffentliche Auftraggeber darf von den Bietern zusätzlich zur namentlichen Benennung spezifischer Fachkräfte die verbindliche Erklärung verlangen, dass diese Personen im Auftragsfall auch verfügbar sind
GK 72, 165
- Den Bewerbern ist es zuzumuten, die Verfügbarkeit der Personen, auf deren Eignung sie sich berufen, verbindlich bereits im Teilnahme-wettbewerb und nicht erst mit der Angebotsabgabe oder unmittelbar vor Zuschlagerteilung zu bestätigen
GK 72, 166
- Abgegebene Verfügbarkeitserklärungen können nachträglich nicht geändert werden
GK 72, 167
- Die Information über die beabsichtigte Vergabe an einen Dritten hat auch an denjenigen Bieter zu erfolgen, dessen Angebot durch Ablauf der Bindefrist erloschen ist
GK 88, 206
- Die Bieter haben regelmäßig ein auch nach Ablauf der Bindefrist fortbestehendes Interesse am Auftrag
GK 88, 206
- Alle noch nicht endgültig aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossenen Bieter sind über die beabsichtigte Zuschlagerteilung an einen Dritten zu informieren
GK 88, 207
- Rechtsweg bei Vergabenachprüfungsverfahren
GK 118, 286
- Auch ein insolventes Unternehmen kann Vergabefehler rügen
GK 127, 311
- Das Unternehmen, bzw. nach seiner Bestellung der Insolvenzverwalter, sind Verfahrensbeteiligte
GK 127, 311
- Der Bieter muss darlegen, dass er sein operatives Geschäft, bezogen auf die konkrete Ausschreibung, trotz Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung fortführen wird
GK 127, 311
- Weicht ein Angebot trotz Nachfrage von der Ausschreibung ab, ist es ohne weitere Aufklärung auszuschließen
GK 143, 357
- Ein in sich widersprüchliches Angebot ist aufzuklären
GK 143, 357
- Bleibt ein Angebot nach der Aufklärung widersprüchlich, ist es auszuschließen, eine erneute Nachfrage ist unzulässig
GK 143, 358
- Zur Anfechtung eines Angebots wegen Erklärungsirrtums
GK 143, 358
- Einführung eines bundesweiten Wettbewerbsregisters
GK 152, 380

- Pflicht zur Abfrage des Wettbewerbsregisters
GK 152, 380
- Möglichkeit der freiwilligen Abfrage des Wettbewerbsregisters
GK 152, 381
- Zeitpunkt der Umstellung auf das Wettbewerbsregister
GK 152, 381
- Registrierung der kommunalen Auftraggeber
GK 152, 382
- Ob ein Bieter lediglich eine Frage stellt oder bereits eine Rüge nach § 160 Abs. 3 GWB mit entsprechender Rechtsfolge vorliegt, beurteilt sich nach objektiven Kriterien
GK 171, 428
- Mit einer Rüge macht der Bieter geltend, dass er das Vorgehen der Vergabestelle für vergaberechtswidrig hält und Abhilfe verlangt
GK 171, 428
- Leitet ein Bieter innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kein Nachprüfungsverfahren ein, ist ein Nachprüfungsantrag an die Vergabekammer unzulässig
GK 171, 430
- Zum Vorgehen, wenn Entwicklungsleistungen ausgeschrieben werden
GK 186, 454

Verjährung

- Die Erklärung, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, führt nicht zu einem Neubeginn des Laufs der Verjährung
GK 196, 478

Verkehr

- Kein Mitverschulden wegen Nichttragens eines Fahrradhelms bei Verkehrsunfall
FSt 256, 879

Verkehrsanlagen

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Betondecken im Oberbau von Verkehrsflächen bei Anwendung der RDO Beton, Ausgabe 2020 (ZTV RDO Beton-StB 20)
GK 71, 163

Verkehrssicherungspflicht

- Zur Haftung der verschiedenen Straßenbaulastträger, wenn sich mehrere Straßen berühren
FSt 103, 353
- Das Verweisungsprivileg des § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB (subsidiäre Haftung) kommt bei der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten im Straßenraum grundsätzlich nicht zum Zuge
FSt 103, 354
- Für die örtliche Zuständigkeit verschiedener Baulastträger untereinander wird grundsätzlich auf den Ort des Vorliegens der Straßenbeeinträchtigung abgestellt
FSt 103, 354

- Die Warnfunktion eines Baustellenschildes gilt so lange fort, bis sie entweder durch eine Beschilderung aufgehoben wurde oder der äußere Anblick der Straße eindeutig die Beendigung der Baustelle indiziert FSt **103**, 355
- Die Verkehrssicherungspflicht des Straßenbaulastträgers für den Bereich einer Baustelle kann nicht vollständig auf die bauausführende Firma übertragen werden; es verbleiben Aufsichts- und Überwachungspflichten FSt **103**, 355
- Wie weit geht die Verkehrssicherungspflicht des Straßenbaulastträgers für einen unbefestigten Seitenstreifen? FSt **202**, 704
- Verkehrssicherungspflicht hinsichtlich Kraftfahrzeugverkehr FSt **202**, 704
- Verkehrssicherungspflicht hinsichtlich Radfahrzeugverkehr FSt **202**, 705
- Keine Haftung der Gemeinde für den Unfall eines Radfahrers aufgrund eines 8 cm tiefen Schlagloches auf einem Wirtschaftsweg FSt **235**, 801
- Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht bei Straßen FSt **235**, 801
- Ob ein Schlagloch eine abhilfebedürftige Gefahrenstelle darstellt, bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalles FSt **235**, 802
- An die Sicherung eines Wirtschaftswegs sind geringere Anforderungen zu stellen als an die Sicherung viel befahrener innerstädtischer Straßen FSt **235**, 802
- Benutzer eines Wirtschaftswegs haben grundsätzlich mit Fahrbahnebenheiten zu rechnen FSt **235**, 803
- Sind die Lichtverhältnisse schwierig, muss der Radfahrer seine Fahrgeschwindigkeit entsprechend reduzieren, um Hindernisse oder Schlaglöcher dennoch rechtzeitig erkennen zu können FSt **235**, 803

Verkehrszeichen

- Erforderlichkeit einer verkehrsrechtlichen Regelung – Beweislast der Straßenverkehrsbehörde FSt **201**, 699
- Die Klagefrist gegen Verkehrszeichen beträgt ein Jahr ab dem Zeitpunkt, in dem sich der betreffende Verkehrsteilnehmer der Regelung des Verkehrszeichens erstmals gegenüber sieht FSt **201**, 700
- Zur Frage, ob eine Änderung der Verkehrszeichen durch eine nach einer Probephase erfolgten erneuten verkehrsrechtlichen Anordnung die Jahresfrist erneut auslöst FSt **201**, 701

- Ordnet die Straßenverkehrsbehörde ein Verkehrszeichen an, trägt sie die materielle Beweislast dafür, dass die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind und muss daher die zugrundeliegenden Umstände ermitteln, dokumentieren und aktenkundig machen FSt **201**, 702
- Die für und gegen die Anordnung eines Halteverbots sprechenden Gesichtspunkte müssen gewürdigt und unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes gegeneinander abgewogen werden FSt **201**, 703

Vermögen, gemeindliches

- Geldanlage bei der Greensill Bank: BaFin ordnet Moratorium über die Greensill Bank AG an GK **147**, 362

Versorgung

- Aktives Beamtenverhältnis und Ruhestandsbeamtenverhältnis sind strikt voneinander zu trennen und können nicht gleichzeitig bestehen FSt **237**, 811
- Im Versorgungsrecht ist grundsätzlich die Rechtslage maßgeblich, die bei Eintritt des Versorgungsfalles gilt FSt **237**, 812
- Gesetzesmaterialien zum ab 1.1.2015 geltenden Versorgungsrecht heben auf ab diesem Zeitpunkt neu hinzu getretene Versorgungsempfänger ab FSt **237**, 813
- Wegen der besonderen beamtenversorgungsrechtlichen Rechtslage kann die Rechtsprechung anderer Bundesgerichte zu Fristen nicht herangezogen werden FSt **237**, 814
- Rücknahme bestandskräftiger Ruhensbescheide FSt **257**, 880

Versorgungsbezüge

- Erhöhte Rückstellungen; (kein) Einfluss auf Versorgungszusagen GK **116**, 283

Verwaltungsakt

- Einsatz von Verwaltungshelfern bei der Gebührenreinerhebung GK **208**, 505

Verwaltungsgerichtsordnung

- Ordnungsgemäße Vertretung einer Behörde oder juristischen Person des öffentlichen Rechts vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof FSt **12**, 40

Verzugszinsen

- Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen mit jährlich 6 % ab dem Jahr 2014 verfassungswidrig GK **210**, 515

- Vorschriften der §§ 233a i.V. mit 238 Abs. 1 AO auf dem Prüfstand GK 210, 515
- Ursprüngliche Verfassungsmäßigkeit des Zinssatzes GK 210, 515
- § 233a in Verbindung mit § 238 Abs. 1 Satz 1 AO genügte anfänglich den hier anzuwendenden strengeren Rechtfertigungsanforderungen und war verfassungsgemäß GK 210, 516
- Zinssatz von 0,5 % pro Monat verstößt ab 2014 gegen den Gleichheitsgrundsatz GK 210, 517
- Zinssatz bis einschließlich des Jahres 2013 war noch verfassungsgemäß GK 210, 518
- Gesetzgeber muss Neuregelung bis 31.7.2022 treffen, allerdings nur für die Zeit ab 2019 GK 210, 518

VOB

- Die unterbliebene Kennzeichnung eines Nebenangebots führt zur Nicht-Wertbarkeit; unzulässige Pauschalierung FSt 169, 596
- Vergütungspflicht des Auftraggebers für notwendige Leistungen, auch wenn kein oder kein wirksamer Auftrag erteilt wurde FSt 215, 744
- § 2 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B setzt voraus, dass die auftragslos erbrachte Leistung für die Erfüllung des Vertrages notwendig war FSt 215, 745
- Weitere Voraussetzungen des Anspruchs aus § 2 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B sind, dass die Leistung dem mutmaßlichen Willen des Auftraggebers entspricht und diesem unverzüglich angezeigt wurde FSt 215, 745
- Der Auftragnehmer ist schon vor der Abnahme verpflichtet, Mängel zu beseitigen FSt 240, 823
- Die Klausel des § 4 Abs. 7 VOB/B, wonach der Auftraggeber nach § 8 Abs. 3 VOB/B kündigen kann, wenn die Leistung mangelhaft ist und der Auftragnehmer die Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist beseitigt, hält einer isolierten AGB-Kontrolle stand FSt 240, 823
- Eine Kündigung wegen Mängeln ist auch noch nach einer Teilabnahme möglich FSt 240, 825
- Kündigung wegen wesentlicher Mängel nach § 314 BGB analog FSt 240, 826
- In einer Bauzeitverschiebung liegt eine Anordnung des Bauherrn zur Leistungsänderung hinsichtlich der Bauzeit i.S. von § 1 Abs. 3, § 2 Abs. 5 VOB/B GK 46, 92
- Ein Annahmeverzug des Bauherrn kann einen Vergütungsanspruch der Baufirma nach § 2 Abs. 5 VOB/B auslösen GK 46, 92

- Führt eine Bauzeitverschiebung dazu, dass dem Auftragnehmer eine Vergütung aus dem Verkauf von im Zuge der Bauausführung erlangtem Gut verloren geht, umfasst der Anspruch aus § 2 Abs. 5 VOB/B auch den Ausgleich der dem Auftragnehmer entstehenden Mehrkosten GK 46, 93
- Der Mehrvergütungsanspruch des § 2 Abs. 5 VOB/B kann bei einer Verletzung der Kooperationspflicht reduziert sein GK 46, 94
- Vergütungskürzung für die Beseitigung von Bauschutt GK 101, 235
- Zum Vorliegen einer Allgemeinen Geschäftsbedingung GK 101, 235
- Eine Vergütungskürzung in AGB, die pauschal auch die Bauschuttbeseitigung mit umfasst, ist insgesamt unwirksam GK 101, 236
- Bei widersprüchlichen, nicht auslegungsfähigen Preisangaben ist das Angebot des Bieters auszuschließen GK 117, 285
- Nebenangebote dürfen nachträglich nicht ohne Zurückversetzung des Vergabeverfahrens zugelassen werden GK 134, 331
- Fehlt eine Angabe zu Nebenangeboten in der Auftragsbekanntmachung oder in der Aufforderung zur Interessensbestätigung, sind Nebenangebote nicht zugelassen GK 134, 331
- Keine nachträgliche Zulassung eines Nebenangebots ohne Korrektur des laufenden Verfahrens GK 134, 331
- Vorgelegte Eignungsnachweise müssen, auch ohne dass dies besonders gefordert wird, aktuell sein GK 194, 475
- Verlangte Unterlagen müssen ihrem Sinn und Zweck nach aktuell sein GK 194, 475
- Fehlende Unterlagen sind nachzufordern GK 194, 476
- Sind Einzelpreise für den Auftraggeber nicht nachvollziehbar, ist dem Bieter Gelegenheit zur Aufklärung zu geben GK 205, 501
- Ist ein Kurz-Leistungsverzeichnis zugelassen, sind die dortigen Preisangaben zu berücksichtigen GK 205, 501
- Zum Vorgehen bei „0,00 Euro“-Preisen GK 205, 501
- Zur Neuregelung des § 16a EU Abs. 2 VOB/A hinsichtlich der Nachforderung fehlender Preisangaben GK 205, 502
- Selbst wenn die Aufhebung des Vergabeverfahrens gerechtfertigt ist, hat der Auftraggeber abzuwägen, ob er tatsächlich aufhebt (Aufhebungsermessen) GK 213, 523
- Der Schadensersatzanspruch des Auftragnehmers wegen Behinderung umfasst die konkret angefallenen Lohnkosten, nicht die vertraglich vereinbarten Stundensätze GK 229, 549

Volksbegehren, Volksentscheid

- Volksbegehren „6 Jahre Mietenstopp“ nicht zugelassen FSt 69, 241
- Wesentliche Erwägungen des VerfGH zur Ablehnung des Volksbegehrens FSt 69, 241
- Prüfungsmaßstab ist die Übereinstimmung des Volksbegehrens mit der Bayerischen Verfassung und Bundesrecht, nicht aber Zweckmäßigkeit, Angemessenheit oder Praktikabilität des Volksbegehrens FSt 69, 242
- Dem Landesgesetzgeber fehlt die Gesetzgebungskompetenz, da die Regelungen in §§ 556b ff. BGB zum Abschluss von Mietverträgen über privat finanzierten Wohnraum, der auf dem freien Markt angeboten wird, abschließend sind FSt 69, 242
- Zuständigkeit des Landes folgt nicht aus Art. 70 GG (Bereiche des Wohnungswesens) FSt 69, 244
- Zuständigkeit des Landes kann auch nicht aus Art. 106 Abs. 1 BV (Anspruch auf angemessene Wohnung) hergeleitet werden FSt 69, 244

Vorkaufsrecht

- Wirksamer Kaufvertrag als fristauslösendes Ereignis für gemeindliches Vorkaufsrecht FSt 80, 279
- Gemeindliches Vorkaufsrecht im förmlich festgesetzten Sanierungsgebiet FSt 154, 543
- In förmlich festgesetzten Sanierungsgebieten muss sich die Ausübung des Vorkaufsrechts an den konkreten Erfordernissen der Sanierung orientieren FSt 154, 544
- An die Konkretisierung der Ziele dürfen bei Erlass der Sanierungssatzung nur relative geringe Anforderungen gestellt werden, jedoch werden die Anforderungen mit fortschreitendem Sanierungsverfahren höher FSt 154, 545
- Maßgeblich sind die konkreten Erwägungen der Gemeinde im Zeitpunkt der Ausübung des Vorkaufsrechts, da ansonsten die Ausübungs- und Ausschlussfrist des § 28 Abs. 2 Satz 1 BauGB unterlaufen werden könnte FSt 154, 546
- Die Fortschreibung oder Aktualisierung der konkreten Sanierungsziele als Grundlage für eine darauf gestützte Ausübung eines Vorkaufsrechts ist möglich, muss aber vom Willen der Gemeindevertretung getragen und somit durch entsprechenden Beschluss verbindlich geworden sein FSt 154, 546
- Die Ausübung des Vorkaufsrechts muss verhältnismäßig und darf nicht rechtsmissbräuchlich sein FSt 154, 547

W

Waffenschein

- Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit aufgrund der Mitgliedschaft in einem Motorrad-Club, der als Supporter-Club einer Outlaw Motorcycle Gang auftritt FSt 200, 694
- Die Waffenbehörde ist grundsätzlich gehalten, den Sachverhalt, der für die Beurteilung der Zuverlässigkeit eines Waffenbesitzes maßgeblich ist, von Amts wegen vollständig zu ermitteln FSt 200, 695
- Die bloße Tatsache der Mitgliedschaft in einem Motorradclub rechtfertigt ohne weiteres nur dann die Annahme der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit, wenn es sich dabei um eine OMCG handelt FSt 200, 696
- Die Gleichstellung des SC mit der unterstützten OMCG ist nur dann gerechtfertigt, wenn dessen Mitglieder entweder selbst in erheblichem Maße auf dem Gebiet der organisierten Kriminalität tätig sind oder in der Vergangenheit schwere bis schwerste Straftaten begangen haben FSt 200, 696
- Eine Gleichstellung setzt weiter voraus, dass innerhalb des SC eine ähnlich strikte Hierarchie herrscht wie in der unterstützten OMC selbst FSt 200, 698
- Das bloße Bekenntnis zur sog. 1-Prozenter-Szene ist nicht als Ausdruck einer rechtsfeindlichen Gesinnung anzusehen FSt 200, 698

Wahlen

- Berichtigung des Ergebnisses einer Gemeinderatswahl; Gültigkeit einer Stimmabgabe; Kennzeichnung von Wahlvorschlägen bei Stimmenhäufung; Verwendung verschiedener Kennzeichen FSt 108, 369
- Die Art der Kennzeichnung bei Stimmenhäufung ist im Wahlrecht nicht vorgeschrieben und kann somit unterschiedlich geschehen FSt 108, 369
- Die zusätzliche Angabe der Stimmenanzahl hinter dem angekreuzten Namen der Bewerber ist nicht erforderlich, wenn dem Bewerber nur eine Stimme gegeben werden soll FSt 108, 370
- Die Kennzeichnung des Kastens vor dem Bewerber gilt nicht als Vergabe einer Stimme, wenn die stimmberechtigte Person durch die Einzelstimmvergabe ihre Gesamtstimmzahl voll ausgenutzt hat FSt 108, 370
- Kommunalwahl; Wahlanfechtung; Prüfungspflichtverletzung des Wahlleiters; Neutralitätspflicht der Wahlorgane; Präklusion FSt 150, 527

- Eine vorsätzliche Pflichtverletzung des Wahlleiters verstößt gegen dessen Neutralitätspflicht und führt unabhängig von Art. 50 Abs. 4 Satz 1 GLKrWG zur Berichtigung bzw. Ungültigerklärung der Wahl FSt 150, 528
- Es verstößt nicht gegen verfassungsrechtliche Wahlgrundsätze, dass die von Art. 50 Abs. 4 Satz 1 GLKrWG erfassten Pflichtverletzungen nicht zu einer Wahlberichtigung oder Wahlwiederholung führen können FSt 150, 529
- Dem Wahlvorschlagsträger muss nicht in jedem Fall eine Gelegenheit zur nachträglichen Fehlerkorrektur eingeräumt werden FSt 150, 530
- Erst nach Ablauf der Wahlanfechtungsfrist vorgebrachte Einwände gegen die Rechtmäßigkeit der Wahl bleiben nicht nur im Wahlprüfungsverfahren, sondern auch in einem nachfolgenden Klageverfahren außer Betracht FSt 150, 531
- Kommunalwahl; Wahlberichtigung; Ablehnung der Amtsübernahme; Schriftform bei vorgeschriebenen Erklärungen; Sofortvollzug eines Wahlberichtigungsbescheids FSt 174, 601
- Ein nach Annahme der Wahl, aber vor Beginn der Wahlzeit erklärter Mandatsverzicht stellt im Rechtssinne eine Ablehnung der Übernahme des Amtes gemäß Art. 48 Abs. 1 Satz 2 GLKrWG dar FSt 174, 602
- „Vorgeschrieben“ i.S. von Art. 59 Satz 1 GLKrWG sind wahlrechtliche Erklärungen auch dann, wenn mit ihrer freiwilligen Abgabe bestimmte Rechtsfolgen verbunden sind FSt 174, 602
- Das im Kommunalwahlrecht vorgesehene Schriftformerfordernis gehört zu den Wesensmerkmalen des Wahlvorgangs und ist daher unabdingbar FSt 174, 603
- Die sofortige Vollziehbarkeit eines Wahlberichtigungsbescheids kommt entgegen der amtlichen Vollzugsbekanntmachung (GLKrWBek) nicht nur in Ausnahmefällen in Betracht FSt 174, 604
- Das Interesse an der sofortigen Vollziehbarkeit eines Wahlberichtigungsbescheids entfällt nicht dadurch, dass der Gewählte selbst eine Ursache für die fehlerhafte Feststellung des Wahlergebnisses gesetzt hat FSt 174, 605

Wasserrecht

- Verpflichtung, eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Beseitigung von Niederschlagswasser aus gewerblichen Gebäuden zu beantragen FSt 253, 868
- Niederschlagswasser von Dachflächen ist ein Stoff i.S. des § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG FSt 253, 869

- Versickernlassen von Niederschlagswasser stellt Einleiten dar FSt 253, 869
- Der Benutzungstatbestand des „Einleitens“ ist unabhängig davon erfüllt, ob der „Stoff“ dem Gewässer mittels Rohrleitung oder durch Versickern oder Verrieseln zugeführt wird FSt 253, 870
- Keine erlaubnisfreie dezentrale Niederschlagswasserbeseitigung FSt 253, 871

Wasserschutzgebiete

- Öffentliche Auslegung des Entwurfs einer Wasserschutzgebietsverordnung; keine Belehrung über die Möglichkeit von Einwendungen in elektronischer Form; keine erneute Auslegung bei unwesentlichen Änderungen FSt 241, 827
- Einwendungsmöglichkeiten in Textform per E-Mail FSt 241, 827
- Grenzen einer erneuten Auslegung des Verordnungsentwurfs bei unwesentlichen Änderungen FSt 241, 828

Wasserversorgung

- Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang; privater Hausbrunnen; Unterschiede in der Wasserqualität FSt 220, 761
- Als Herstellungskosten für die hauseigene Wasserversorgung, deren geringer Amortisationsgrad eine Befreiung rechtfertigen kann, sind nicht (auch) Investitionen anzusehen, die ein anderes Wirtschaftsgut als die Wasserversorgungseinrichtung betreffen FSt 220, 762
- Für die Entscheidung über die Befreiung kommt es nur auf objektiv grundstücksbezogene Gründe an FSt 220, 763
- Der bloße Wunsch, das eigene Wasser wegen bestimmter Qualitätsmerkmale nutzen zu können, rechtfertigt noch keine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang FSt 220, 763
- Weder ein hoher Härtegrad des vom öffentlichen Wasserversorger gelieferten Wassers noch die (damit verbundene) hohe elektrische Leitfähigkeit machen den Anschluss- und Benutzungszwang unzumutbar FSt 220, 764
- Eine Pflicht zum Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung besteht auch, wenn das von dort stammende Wasser von schlechterer Qualität sein sollte als das vom Anschlussnehmer bisher genutzte Wasser FSt 220, 765
- Teilbefreiung vom Benutzungszwang; Vergleich mit der regionalen Durchschnittsgebühr; Unbeachtlichkeit der unterschiedlichen Refinanzierungssysteme FSt 260, 881

- Bei Anträgen auf Teilbefreiung vom Benutzungszwang für eine öffentliche Wasserversorgungseinrichtung bedarf es zur Ermittlung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit für die Verbraucher u.a. eines Vergleichs der örtlichen mit der regionalen Verbrauchsgebühr FSt 260, 882
- Bei Teilbefreiungsentscheidungen kann bis auf Weiteres die amtliche Statistik über „Wasser- und Abwasserentgelte in Bayern“ verwendet werden, auch wenn derzeit keine aktuelle Fassung vorliegt FSt 260, 883
- Beim Vergleich der örtlichen mit der regionalen Verbrauchsgebühr kommt es nicht darauf an, inwieweit der erforderliche Investitionsaufwand jeweils durch Beiträge oder durch Gebühren refinanziert wird FSt 260, 884
- Dass die Unterschiede in der Finanzierung der Wasserversorgungseinrichtungen beim Vergleich der Wassergebühren außer Betracht bleiben, kann nicht als unbillig angesehen werden FSt 260, 885
- Bei Anträgen auf Teilbefreiung besteht kein Spielraum für Ermessenserwägungen FSt 260, 885
- Nichtigkeit der Beitrags- und Gebührensatzung bei fehlender räumlicher Deckungsgleichheit zur gewidmeten Einrichtung GK 122, 291
- Herstellungsbeitrag für leitungsgebundene Einrichtungen: Anforderungen an die dauerhafte Sicherung der Möglichkeit einer Inanspruchnahme GK 224, 541

Wiederkaufsrecht

- Kein Wiederkaufsrecht der Gemeinde wegen fehlender Bebauung 20 Jahre nach dem Grundstücksverkauf, wenn das Grundstück zum Marktpreis verkauft wurde FSt 261, 886
- Prüfungsmaßstab für die Angemessenheit der im städtebaulichen Vertrag enthaltenen Regelungen FSt 261, 887
- Die Länge der Frist für die Ausübung des Wiederkaufsrechts beträgt ohne eindeutige abweichende Vereinbarung 30 Jahre FSt 261, 887
- Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer 30-jährigen Wiederkaufsfrist (hier nicht erfüllt) FSt 261, 888
- Wird beim Verkauf kein Preisnachlass gewährt, ist die Geltendmachung des Wiederkaufsrechts über 20 Jahre nach dem Verkauf des Grundstücks unzulässig FSt 261, 888

Windenergieanlage

- Funktionsfähigkeit einer Erdbeben-Messstation als öffentlicher Belang FSt 213, 739

Winterdienst

- Hinweise für die Lagerung und Beladung von Streustoffen für den Winterdienst – H LaStreu 2020 GK 89, 208

Wohngeld

- Erste Verordnung zur Fortschreibung des Wohngeldes nach § 43 des Wohngeldgesetzes (1. WoGFV) vom 3.6.2021 GK 145, 359

Wohnrecht

- Neufassung des Wohnungseigentumsgesetzes vom 12.1.2021 GK 55, 120

Z

Zinsen

- Vollverzinsung: Erstattungsinsen zuletzt höher als Nachzahlungszinsen GK 2, 5
- Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals GK 105, 241

Zivilprozessordnung

- Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2021 – PKHB 2021) vom 22.12.2020 GK 47, 96
- Bekanntmachung zu den Pfändungsfreigrenzen 2021 nach § 850c der Zivilprozessordnung GK 128, 312

Zusatzversorgung

- Zusatzversorgungsrechtliche Bewertung verschiedener Corona-Sonderzahlungen FSt 258, 880

Zuwendungen, Zuschüsse

- Keine automatische Rückforderung von Zuwendungen bei Fehlern im Vergabeverfahren FSt 133, 457
- Rechtsgrundlage für Widerruf und Rückforderung einer Zuwendung FSt 133, 459
- Nicht jeder Verstoß gegen das Vergaberecht oder andere öffentliche-rechtliche Vorschriften rechtfertigt stets einen Widerruf der gesamten Zuwendung FSt 133, 459
- Anlass zu Ermessenserwägungen besteht, wenn es sich bei den Verstößen gegen das Vergaberecht überwiegend um formale Fehler, insbesondere um Dokumentationsmängel handelt FSt 133, 460
- Zum Widerruf wegen Zweckverfehlung (hier verneint) FSt 133, 461
- Ein Verstoß gegen Vertretungsvorschriften der Gemeindeordnung ist kein Widerrufsgrund FSt 133, 461

- Übersicht über aktuelle Förderprogramme des Bundes für Kommunen FSt **182**, 639
- Förderung nach der Kommunalrichtlinie; Neuerungen GK **42**, 81
- Bek des StMUV vom 9.12.2020 – Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 2021) GK **47**, 96
- Bek des StMI vom 8.12.2020 – Änderung der Bekanntmachung über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich GK **47**, 96
- Bek des StMD vom 15.12.2020 – Änderung der Förderrichtlinie digitales Rathaus GK **55**, 120
- Bek des StMAS vom 18.12.2020 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2020 GK **55**, 120
- Bek des StMUK vom 30.12.2020 – Änderung der Bekanntmachung über die Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Förderprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus – Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer GK **55**, 120
- Bek des StMUK vom 20.1.2021 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen (FILS-R) GK **65**, 144
- Bek des StMI vom 17.12.2020 – Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Anschaffung von Automatisierten Externen Defibrillatoren zur Laienreanimation (AED-Förderrichtlinie) GK **65**, 144
- Gemeinsame Bek des StMUV und des StMELF vom 14.1.2021 – Richtlinie über Zuwendungen nach dem Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm Wald (VNPWaldR 2021) GK **65**, 144
- Bek des StMELF vom 2.12.2020 – Richtlinie für Zuwendungen zu Maßnahmen der Walderschließung im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (FORSTWEGR 2016) GK **73**, 168
- Bek des StMUK vom 1.2.2021 – Refinanzierung von Miet- und bestimmten Investitionskosten für die Raum- und Geschäftsausstattung von Berufsfachschulen für Pflege GK **73**, 168
- Bek des StMAS vom 19.2.2021 – Richtlinie zur Unterstützung von Kommunen bei der Kofinanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern GK **82**, 192
- Bek des StMAS vom 17.2.2021 – Änderung der Richtlinie für die Förderung von Frauenhäusern, Fachberatungsstellen/Notrufern und angegliederten Interventionsstellen in Bayern und der Richtlinie zur Förderung zusätzlicher Frauenhausplätze sowie zur Anpassung von Frauenhausplätzen an besondere Bedarfe GK **82**, 192
- Bek des StMELF vom 23.12.2020 – Richtlinie zur Förderung projektbezogener Maßnahmen der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (FORSTZUSR 2021) GK **82**, 192
- Bek des StMFH vom 25.2.2021 – Richtlinie zur Rückforderung von Zuwendungen bei schweren Vergabeverstößen (Rückforderungsrichtlinie – RZVR) GK **82**, 192
- Gemeinsame Bek des StMUK und des StMAS vom 23.2.2021 – Richtlinie zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder 2020–21 GK **82**, 192
- KfW-Information für öffentliche Einrichtungen zur Bundesförderung für effiziente Gebäude GK **93**, 217
- Bek des StMUK vom 26.3.2021 – Änderung der Richtlinie von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften an Schulen (FILS-R) GK **104**, 240
- Bek des StMAS vom 29.3.2021 – Änderung der Bekanntmachung über die Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in der Kindertagesbetreuung und in den Heilpädagogischen Tagesstätten der Jugend- und Behindertenhilfe sowie für Ausstattungsgegenstände zur Verbesserung der Hygiene anlässlich der Corona-Pandemie 2020–2021 GK **104**, 240
- Gemeinsame Bek des StMB sowie des StMUK vom 9.3.2021 – Änderung der Richtlinie zum Förderprogramm Vorübergehende Erhöhung der Beförderungskapazitäten im Schülerverkehr aufgrund der COVID-19-Pandemie GK **104**, 240
- Bek des StMI vom 25.3.2021 – Richtlinie zur Erstattung der Einsatzkosten zur Katastrophenbewältigung anlässlich der Corona-Pandemie aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie während der mit Wirkung vom 9. Dezember 2020 festgestellten Katastrophe (SARS-CoV-2-Einsatzkostenerstattungsrichtlinie ab Dezember 2020) GK **104**, 240
- Bek des StMAS vom 25.3.2021 – Richtlinie zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen – JaS GK **111**, 264

- Bek des StMI vom 30.3.2021 – Richtlinie zur Förderung der Informationssicherheit durch Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems bei kommunalen Gebietskörperschaften (ISMS-Förderrichtlinie – ISMSR) GK 111, 264
- Bek des StMFH vom 1.4.2021 – Richtlinie zur Gewährung von Zuweisungen für Kur- und Fremdenverkehrsorte in 2021 (Zuweisungsrichtlinie-Kurorte 2021 – ZuKurR 2021) GK 111, 264
- Bek des StMUV vom 9.4.2021 – Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021); Sonderprogramme und Vollzugshinweise GK 120, 288
- Bek des StMAS vom 20.4.2021 – Änderung der Richtlinie zur Gewährung eines Leitungs- und Verwaltungsbonus zur Stärkung von Kindertageseinrichtungen GK 120, 288
- Bek des StMAS vom 29.4.2021 – Änderung der Bekanntmachung über die Richtlinie zur Förderung der Festanstellung von Tagespflegepersonen GK 120, 288
- Bek des StMELF vom 1.6.2021 – Änderung der Richtlinie zum 27. Wettbewerb 2019 bis 2023 „Unser Dorf hat Zukunft“ GK 145, 360
- Bek des StMFH vom 8.6.2021 – Änderung der Ergänzungsabfindungsbekanntmachung GK 145, 360
- Bek des StMWI vom 9.6.2021 – Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE) GK 154, 384
- Bek des StMB vom 14.6.2021 – Änderung der Richtlinien für das Bayerische Modernisierungsprogramm GK 154, 384
- Förderung von Kreuzungen von Kommunalstraßen mit Staatsstraßen nach Art. 13f Satz 1 Nr. 2 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) GK 155, 385
- Bek des StMUK vom 14.7.2021 – Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen – Neuauflage 2021 (FILS-R-N) GK 165, 408
- Bek des StMAS vom 14.7.2021 – Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in der Kindertagesbetreuung und in den Heilpädagogischen Tagesstätten der Jugend- und Behindertenhilfe GK 165, 408
- Gemeinsame Bek des StMB sowie des StMELF vom 7.7.2021 – Bauen im Rahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe GK 172, 432

- Bek des StMFH vom 12.7.2021 – Richtlinie über die Kofinanzierung der Förderung des Gigabitausbau durch den Bund im Freistaat Bayern (Bayerische Kofinanzierungs-Gigiabitrichtlinie – KofGibitR) GK 172, 432
- Bek des StMUK vom 30.7.2021 – Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms „gemeinsam.Brücken.bauen“ zum Abbau pandemiebedingter Lernrückstände an kommunalen Schulen sowie an privaten Ersatzschulen im Schuljahr 2021/2022 (gBb-R) GK 187, 456
- Bek des StMGP vom 30.7.2021 – Richtlinie zur Gewährung eines Ausgleichs für die coronabedingten Mindereinnahmen bei der Umlage der gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen in der Tagespflege und in vollstationären Einrichtungen der Pflege (Richtlinie Corona-Pflege-Investitionsumlage – CoPflege-InvestR) GK 187, 456
- Bek des StMB vom 21.7.2021 – Richtlinien über die Gewährung von Leistungen zum Ausgleich von im Jahr 2021 entstandenen Schäden im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Freistaat Bayern (Richtlinien Corona-Beihilfen ÖPNV Bayern) GK 187, 456
- Sonderprogramm „Stadt und Land“ für flächendeckende Fahrradinfrastruktur GK 189, 458
- Bek des StMUK vom 16.8.2021 – Richtlinie zur Umsetzung des Programms „gemeinsam.Brücken.bauen“ zum Abbau pandemiebedingter Lern- und Entwicklungsrückstände an staatlichen Grund-, Mittel- und Förderschulen sowie Schulen für Kranke im Schuljahr 2021/2022; hier: Kooperationsverträge GK 197, 480
- Bek des StMUK vom 4.8.2021 – Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Förderprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Bayerischen IT-Administrationsförderung (BayARN) GK 197, 480
- Bek des StMAS vom 31.8.2021 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2021 GK 217, 528

Zuwendungsrichtlinien

- „Bayerische Betriebsstätte“ im Sinn der bayerischen Zuwendungsrichtlinien für Corona-Soforthilfen FSt 3, 8
- Zur Annahme einer „bayerischen Betriebsstätte“ reicht die steuerliche Erfassung des Unternehmens durch ein bayerisches Finanzamt alleine nicht aus FSt 3, 8

- Ob eine „bayerische Betriebsstätte“ vorliegt, ist nach den Kriterien zu untersuchen, die sich aus Sinn und Zweck der Zuwendung ergeben FSt 3, 9

Zwangsgeld

- Eine fortgesetzte Zwangsgeldandrohung kann auch im Licht des Art. 37 Abs. 1 Satz 2 VwZVG im Einzelfall unverhältnismäßig, weil nicht geeignet, sein FSt 94, 321

Zwangsvollstreckung

- Pfändbarkeit des Guthabens auf einem Taschengeldkonto GK 1, 1
- Bedingte Pfändbarkeit des Taschengeldkontos eines Heimbewohners GK 1, 1
- Guthaben auf dem Taschengeldkonto über dem Barbetrag des § 27b Abs. 3 SGB XII sind pfändbar GK 1, 3
- Feststellungen zur Höhe des pfändbaren Betrags erforderlich GK 1, 5
- Überweisung einer bereits gepfändeten Forderung GK 30, 49
- Erweiterte Sachaufklärungsbefugnisse der Vollstreckungsbehörden GK 56, 121
- Auskunftsmöglichkeit der Vollstreckungsbehörden nach dem Waffenregistergesetz (WaffRG) GK 56, 121
- Kontenabruf nach § 93 Abs. 8 Satz 2 der Abgabenordnung (AO) GK 56, 122
- Aussetzung der Vollziehung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses während des Insolvenzverfahrens GK 129, 313
- Pfändbarkeit von Guthaben auf dem Pfändungsschutzkonto GK 129, 314
- Insolvenzverfahren beseitigt nicht Verstrickung einer gepfändeten Forderung GK 129, 314
- Aussetzung der Vollziehung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses GK 129, 315
- Abgrenzung zum VII. Senat des BGH GK 129, 316
- Aussetzung der Vollziehung auch hinsichtlich künftiger, erst nach Insolvenzeröffnung entstandener Forderungen GK 129, 317
- Unpfändbarkeit der Corona-Soforthilfe GK 138, 337
- Bei der Corona-Soforthilfe handelt es sich um eine nach § 851 Abs. 1 ZPO nicht pfändbare Forderung GK 138, 338
- Wird eine Corona-Soforthilfe auf einem Pfändungsschutzkonto gutgeschrieben, ist der Pfändungsfreibetrag in entsprechender Anwendung des § 850k Abs. 4 ZPO insoweit zu erhöhen GK 138, 339
- Rechtmäßigkeit der Bewilligung einer Corona-Soforthilfe ist ohne Einfluss auf die Frage der (Un-)Pfändbarkeit GK 138, 341

- Verwendung von dem Steuergeheimnis unterliegenden Daten bei der Vollstreckung wegen anderer Geldleistungen; Änderung des § 1 Abs. 2 der Abgabenordnung (AO) GK 146, 361
- Das Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz (PKoFoG) GK 166, 409

Zweckentfremdung

- Unwirksamkeit von Mietpreisregelungen für den zu schaffenden Ersatzwohnraum in einer Zweckentfremdungsverbotssatzung FSt 212, 732
- Die Jahresfrist des § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO wird durch eine Änderung der Rechtsvorschrift nur dann neu in Gang gesetzt, wenn die geänderte Satzung „neue“ Rechtsvorschriften enthält, die nunmehr angegriffen werden FSt 212, 733
- Der Umstand, dass ein Abbruch der im Eigentum des Antragsstellers stehenden Gebäude noch nicht unmittelbar bevorsteht, nimmt dem Antragsteller nicht die Antragsbefugnis FSt 212, 734

Zweitwohnungssteuer

- Fortgeltungsverwaltungsakt; Rechtslage im Erhebungszeitraum; Fortgeltungsanordnung des BVerfG GK 95, 220
- Das Begehren auf Ersetzung oder Änderung eines sogenannten Dauerabgabe- oder Fortgeltungsverwaltungsakts nach Art. 12 KAG ist im Wege der Verpflichtungsklage geltend zu machen GK 95, 221
- Zum Prüfungsrahmen bei Fortgeltungsverwaltungsakten nach Art. 12 KAG GK 95, 222
- Maßgeblichkeit der Rechtslage im Erhebungszeitraum GK 95, 222
- Bindungswirkung der Fortgeltungsanordnung des BVerfG für die Verwaltungsgerichte GK 95, 223
- Eigengenutzte Zweitwohnung; ortsübliche Nettokaltmiete; Schätzung GK 190, 460
- Wie bei selbstgenutzten Eigentumswohnungen der für die Bemessung der Zweitwohnungssteuer anzusetzende Mietwert ermittelt wird, kann die Gemeinde nach Ermessen entscheiden GK 190, 461
- Der Steuerschuldner hat keinen Anspruch darauf, dass der Mietwert seiner Zweitwohnung durch ein Sachverständigengutachten festgestellt wird GK 190, 461
- Die durch Satzung verliehene Schätzungsbefugnis widerspricht nicht den im Kommunalabgabenrecht geltenden Grundsätzen der Abgabenordnung GK 190, 462
- Eine vom Satzungsgeber eingeräumte Schätzungsermächtigung impliziert einen Beurteilungsspielraum der Behörde, so dass das Ergebnis der Schätzung vom Gericht nur eingeschränkt überprüft werden kann GK 190, 463

II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)

Urteil	v. 10.09.2020	C-367.19	FSt 34
Urteil	v. 04.03.2021	C-473.19	FSt 146
Urteil	v. 09.03.2021	C-344.19	FSt 188
Urteil	v. 09.03.2021	C-580.19	FSt 188
Beschluss	v. 22.04.2021	C-537.19	FSt 193
Urteil	v. 29.04.2021	C-56.20	FSt 167
Urteil	v. 29.04.2021	C-47.20	FSt 229

Bundesverfassungsgericht

Beschluss	v. 11.05.2020	1 BvR 469.20	FSt 7
Beschluss	v. 08.09.2020	1 BvR 987.20	FSt 24
Beschluss	v. 12.11.2020	2 BvR 1616.18	FSt 162
Beschluss	v. 24.03.2021	1 BvR 2656.18, 1 BvR 288.20, 1 BvR 78.20, 1 BvR 96.20	FSt 149
Beschluss	v. 25.03.2021	2 BvF 1.20, 2 BvL 4.20, 2 BvL 5.20	FSt 140
Beschluss	v. 08.07.2021	1 BvR 2237.14, 1 BvR 2422.17	GK 210

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 10.07.2020	Vf. 37-VI-18	FSt 199
Entscheidung	v. 16.07.2020	Vf. 32-20	FSt 69
Entscheidung	v. 30.11.2020	Vf. 17-VII-19	FSt 198
Entscheidung	v. 10.06.2021	Vf. 25-VII-21	FSt 249

Bundesverwaltungsgericht

Beschluss	v. 17.02.2020	2 VR 2.20	FSt 23
Urteil	v. 27.02.2020	3 C 11.18	FSt 242
Beschluss	v. 16.04.2020	2 B 5.19	FSt 35
Beschluss	v. 17.04.2020	2 B 7.20	FSt 171
Urteil	v. 23.04.2020	2 C 3.19	GK 77
Urteil	v. 20.05.2020	1 C 34.19	FSt 90
Urteil	v. 18.06.2020	3 C 14.19	FSt 158

Urteil	v. 25.06.2020	4 CN 4.19.....	FSt	113
Urteil	v. 25.06.2020	4 CN 5.18.....	FSt	27
Urteil	v. 08.07.2020	7 C 19.18.....	FSt	81
Urteil	v. 08.07.2020	7 C 30.18.....	FSt	54
Urteil	v. 27.08.2020	4 CN 1.19.....	FSt	122
Beschluss	v. 28.08.2020	4 B 3.20.....	FSt	80
Urteil	v. 01.10.2020	2 C 9.20.....	FSt	237
Urteil	v. 07.10.2020	2 C 18.19.....	FSt	257
Urteil	v. 11.11.2020	8 C 22.19.....	GK	157
Beschluss	v. 01.12.2020	2 B 38.20.....	GK	184
Urteil	v. 04.12.2020	3 C 5.20.....	FSt	138
Beschluss	v. 04.12.2020	4 VR 4.20.....	FSt	98
Urteil	v. 11.12.2020	5 C 9.19.....	FSt	125
Urteil	v. 20.01.2021	4 CN 7.19.....	FSt	190
Urteil	v. 17.02.2021	7 C 3.20.....	FSt	93
Urteil	v. 26.02.2021	5 C 17.19 D.....	FSt	106
Urteil	v. 17.03.2021	3 C 3.20.....	FSt	230
Beschluss	v. 23.03.2021	4 B 24.20.....	FSt	213
Urteil	v. 23.03.2021	9 C 4.20.....	GK	199

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Urteil	v. 07.02.2020	8 B 18.2212.....	FSt	42
Urteil	v. 12.02.2020	14 B 19.50010.....	FSt	22
Beschluss	v. 17.02.2020	8 ZB 19.2200.....	FSt	19
Urteil	v. 25.02.2020	22 A 18.40038.....	FSt	20
Urteil	v. 09.03.2020	12 B 19.795.....	FSt	105
Beschluss	v. 30.04.2020	6 CE 20.943.....	FSt	164
Beschluss	v. 13.05.2020	22 ZB 19.172.....	FSt	31
Urteil	v. 22.06.2020	3 BV 18.1447.....	FSt	120
Urteil	v. 23.06.2020	1 N 17.972.....	FSt	4
Beschluss	v. 26.06.2020	12 ZB 20.978.....	FSt	12
Beschluss	v. 30.06.2020	20 ZB 19.2324.....	GK	122
Urteil	v. 13.07.2020	1 N 19.1393.....	FSt	76
Urteil	v. 22.07.2020	22 B 18.1574.....	FSt	43
Urteil	v. 23.07.2020	14 B 18.1472.....	FSt	123
Urteil	v. 05.08.2020	1 N 18.1535.....	FSt	97

Urteil	v. 11.08.2020	1 N 17.1389.....	FSt	77
Beschluss	v. 21.08.2020	5 ZB 19.1233	FSt	18
Beschluss	v. 25.08.2020	22 CE 20.1426	FSt	3
Beschluss	v. 27.08.2020	2 CS 20.1199.....	FSt	94
Urteil	v. 09.09.2020	9 BV 17.2417	FSt	40
Beschluss	v. 23.09.2020	10 C 20.1890.....	FSt	32
Beschluss	v. 23.09.2020	10 CS 20.1889.....	FSt	32
Beschluss	v. 29.09.2020	4 ZB 19.487	GK	22
Urteil	v. 30.09.2020	4 B 20.1116	FSt	38
Beschluss	v. 05.10.2020	24 BV 19.510.....	FSt	200
Beschluss	v. 08.10.2020	17 P 18.2596	FSt	74
Beschluss	v. 08.10.2020	17 P 19.2114	FSt	84
Urteil	v. 08.10.2020	2 B 20.301	FSt	86
Beschluss	v. 14.10.2020	22 ZB 20.173	FSt	101
Beschluss	v. 26.10.2020	4 CE 20.2238	FSt	82
Beschluss	v. 06.11.2020	22 ZB 20.1247	FSt	112
Beschluss	v. 12.11.2020	1 ZB 18.358	FSt	92
Urteil	v. 17.11.2020	4 B 19.1358.....	FSt	95
Beschluss	v. 07.12.2020	4 CE 20.2032	FSt	71
Beschluss	v. 10.12.2020	4 CE 20.2271	FSt	83
Beschluss	v. 14.12.2020	6 B 20.1619.....	GK	114
Beschluss	v. 14.12.2020	6 CS 20.2489.....	GK	131
Beschluss	v. 28.12.2020	11 ZB 20.2176.....	FSt	201
Beschluss	v. 05.01.2021	4 ZB 20.644	GK	66
Beschluss	v. 08.01.2021	4 BV 20.177	GK	95
Beschluss	v. 14.01.2021	9 ZB 19.2064	FSt	154
Beschluss	v. 19.01.2021	4 ZB 20.1217	GK	123
Beschluss	v. 20.01.2021	12 N 20.1706.....	FSt	212
Beschluss	v. 15.02.2021	4 CS 20.3144.....	FSt	174
Beschluss	v. 15.02.2021	4 ZB 20.2368	FSt	108
Beschluss	v. 22.02.2021	4 ZB 20.3109	FSt	150
Urteil	v. 03.03.2021	15 B 20.2075.....	FSt	238
Beschluss	v. 04.03.2021	4 ZB 20.246	GK	190
Beschluss	v. 09.03.2021	11 CS 20.2793.....	FSt	179
Beschluss	v. 09.03.2021	6 ZB 21.20	FSt	121
Beschluss	v. 31.03.2021	24 ZB 20.1793	FSt	216
Beschluss	v. 07.04.2021	4 CE 21.601	FSt	185

Beschluss	v. 13.04.2021	24 B 20.2220.....	FSt	180
Urteil	v. 22.04.2021	6 BV 20.2301.....	GK	209
Beschluss	v. 26.04.2021	4 ZB 21.584.....	FSt	220
Urteil	v. 06.05.2021	4 B 20.2596.....	FSt	192
Beschluss	v. 10.05.2021	4 ZB 21.396.....	FSt	260
Urteil	v. 14.05.2021	1 B 19.2111.....	FSt	252
Urteil	v. 16.06.2021	4 B 20.3008.....	FSt	247
Beschluss	v. 06.07.2021	14 ZB 20.1300.....	FSt	254
Urteil	v. 29.07.2021	2 B 21.1414.....	FSt	267

Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Bremen	Beschluss	v. 26.01.2021	1 LA 21.20.....	FSt	253
OVG Mecklenburg-Vorpommern	Beschluss	v. 16.03.2020	1 M 263.19.....	GK	58
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 11.06.2020	13 ME 53.20.....	FSt	8
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 03.09.2020	10 ME 174.20.....	FSt	75
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 15.01.2020	6 B 1573.19.....	FSt	61
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 17.07.2020	14 B 759.29.....	GK	78
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 18.09.2020	14 B 985.20.....	GK	148
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 20.11.2020	11 B 1459.20.....	GK	223
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 03.12.2020	9 A 431.17.....	FSt	211
OVG Rheinland-Pfalz	Beschluss	v. 27.08.2020	2 B 10849.20.....	FSt	206
OVG Rheinland-Pfalz	Urteil	v. 29.09.2020	1 C 10840.19.....	FSt	241
OVG Rheinland-Pfalz	Beschluss	v. 18.01.2021	2 B 11504.20.....	FSt	234
OVG Saarland	Urteil	v. 03.02.2021	1 A 308.19.....	FSt	217
OVG Sachsen-Anhalt	Beschluss	v. 12.05.2020	2 R 24.20.....	FSt	53
OVG Sachsen-Anhalt	Urteil	v. 16.06.2020	4 L 7.19.....	GK	224
OVG Sachsen-Anhalt	Beschluss	v. 22.06.2020	1 M 77.20.....	FSt	197
OVG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 18.12.2020	5 LA 179.20.....	FSt	133
OVG Thüringen	Beschluss	v. 26.02.2020	3 VO 517.17.....	FSt	56
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 10.03.2020	1 S 397.19.....	FSt	11
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 20.08.2020	12 S 629.19.....	FSt	126
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 29.03.2021	4 S 2078.20.....	FSt	152

Verwaltungsgerichte

VG Ansbach	Urteil	v. 18.05.2020	AN 19 18.67, AN 19 20.916, AN 19 K 20.917.....	GK	208
------------	--------	---------------	--	----	-----

VG Augsburg	Urteil	v. 01.07.2020	Au 4 K 19.1312	FSt	48
VG Augsburg	Beschluss	v. 21.07.2020	Au 4 S 20.1077	FSt	32
VG Augsburg	Urteil	v. 05.08.2020	Au 4 K 18.2115	FSt	17
VG Augsburg	Beschluss	v. 16.09.2020	Au 4 S 20.1455	FSt	32
VG Augsburg	Urteil	v. 17.09.2020	Au 5 K 19.1370	FSt	51
VG Augsburg	Urteil	v. 04.03.2021	Au 5 K 20.992	FSt	265
VG Hannover	Urteil	v. 01.09.2020	7 A 5261.18	FSt	160
VG München	Beschluss	v. 09.10.2020	M 7 S 20.4452	FSt	130
VG Regensburg	Urteil	v. 03.06.2020	RN 118.1391	FSt	111
VG Stuttgart	Urteil	v. 28.05.2020	14 K 20290.17	FSt	152

Bundesgerichtshof

Urteil	v. 29.01.2020	VIII ZR 80.18	GK	45
Beschluss	v. 18.02.2020	VI ZR 280.19	FSt	41
Urteil	v. 20.03.2020	V ZR 61.19	FSt	49
Beschluss	v. 30.04.2020	VII ZB 82.18	GK	1
Urteil	v. 07.05.2020	III ZR 10.19	FSt	143
Urteil	v. 20.05.2020	VIII ZR 55.19	GK	62
Urteil	v. 03.06.2020	XIII ZR 22.19	FSt	44
Beschluss	v. 10.06.2020	XII ZB 451.19	FSt	55
Urteil	v. 17.06.2020	VIII ZR 81.19	GK	90
Urteil	v. 23.06.2020	VI ZR 435.19	GK	44
Beschluss	v. 02.07.2020	VII ZA 3.19	GK	30
Urteil	v. 03.07.2020	VII ZR 144.19	FSt	16
Urteil	v. 08.07.2020	VIII ZR 270.18	GK	102
Urteil	v. 09.07.2020	III ZR 245.18	FSt	207
Urteil	v. 25.08.2020	KRB 25.20	FSt	34
Urteil	v. 23.09.2020	KZR 35.19	FSt	203
Urteil	v. 06.10.2020	XIII ZR 21.19	FSt	104
Beschluss	v. 08.10.2020	VII AZR 1.20	FSt	145
Urteil	v. 22.10.2020	VII ZR 10.17	FSt	65
Urteil	v. 10.11.2020	VI ZR 285.19	GK	196
Urteil	v. 11.11.2020	VIII ZR 191.18	GK	163
Urteil	v. 11.11.2020	VIII ZR 369.18	GK	206
Urteil	v. 19.11.2020	III ZR 134.19	FSt	59

Beschluss	v. 19.11.2020	IX ZB 14.20GK	129
Urteil	v. 08.12.2020	XIII ZR 19.19FSt	124
Urteil	v. 09.12.2020	VIII ZR 118.19GK	230
Urteil	v. 16.12.2020	VIII ZR 367.18GK	215
Beschluss	v. 07.01.2021	III ZB 13.20FSt	141
Urteil	v. 18.02.2021	III ZR 175.19FSt	189
Urteil	v. 23.02.2021	VI ZR 21.20FSt	155
Beschluss	v. 10.03.2021	VII ZB 24.20GK	138
Urteil	v. 18.05.2021	I StR 144.20FSt	163
Urteil	v. 11.06.2021	V ZR 234.19FSt	187

Andere Zivil- und Strafgerichte

KG Berlin	Urteil	v. 02.03.2021	21 U 1098.20FSt	214
LG Coburg	Beschluss	v. 07.04.2020	33 S 1.20GK	38
OLG Brandenburg	Beschluss	v. 02.04.2020	12 U 77.19GK	204
OLG Brandenburg	Urteil	v. 25.06.2020	12 U 59.19GK	46
OLG Brandenburg	Urteil	v. 20.08.2020	12 U 34.20GK	101
OLG Celle	Urteil	v. 04.03.2020	7 U 334.18GK	229
OLG Celle	Urteil	v. 24.06.2020	14 U 20.20FSt	52
OLG Celle	Beschluss	v. 19.11.2020	13 Verg 2.20FSt	139
OLG Celle	Beschluss	v. 09.12.2020	14 U 92.20FSt	137
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 07.05.2019	23 U 142.18GK	13
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 12.12.2019	5 U 236.18FSt	87
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 29.05.2020	Verg 26.19FSt	218
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 08.07.2020	Verg 17.16GK	127
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 15.07.2020	Verg 40.19FSt	139
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 22.06.2021	1 U 203.20FSt	232
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 23.10.2021	I-3 Wx 186.20FSt	157
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 23.06.2020	11 Verg 2.20FSt	116
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 21.07.2020	11 Verg 9.19GK	100
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 22.09.2020	11 Verg 7.20FSt	184
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 01.10.2020	11 Verg 9.20FSt	170
OLG Hamm	Beschluss	v. 30.09.2020	11 U 101.20FSt	202
OLG Hamm	Beschluss	v. 11.11.2020	11 U 126.20FSt	235
OLG Jena	Urteil	v. 25.03.2021	8 U 592.20FSt	215
OLG Jena	Beschluss	v. 09.04.2021	Verg 2.20FSt	243

OLG Karlsruhe	Urteil	v. 30.04.2020	8 U 92.18	FSt	239
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 29.05.2020	15 Verg 2.20.....	FSt	9
OLG Karlsruhe	Urteil	v. 27.08.2020	8 U 49.19	FSt	5
OLG Koblenz	Urteil	v. 28.07.2020	4 U 1282.17	FSt	240
OLG Köln	Beschluss	v. 16.04.2020	3 U 225.19	FSt	60
OLG München	Beschluss	v. 07.02.2019	28 U 3311.18 Bau.....	GK	14
OLG München	Beschluss	v. 17.09.2019	28 U 1733.19 Bau.....	FSt	117
OLG München	Beschluss	v. 30.07.2020	34 Wx 145.20	FSt	119
OLG München	Beschluss	v. 01.09.2020	28 U 1686.20 Bau.....	FSt	114
OLG München	Beschluss	v. 28.09.2020	Verg 3.20	FSt	148
OLG München	Beschluss	v. 15.10.2020	8 U 5531.20	FSt	99
OLG München	Beschluss	v. 29.01.2021	Verg 11.20	FSt	233
OLG München	Urteil	v. 01.04.2021	24 U 7001.19	FSt	268
OLG München	Urteil	v. 13.04.2021	9 U 2715.20 Bau.....	FSt	226
OLG München	Urteil	v. 16.06.2021	20 U 4632.20	FSt	261
OLG Naumburg	Beschluss	v. 30.03.2020	7 Verg 1.20.....	FSt	139
OLG Nürnberg	Urteil	v. 20.08.2020	13 U 1187.20	FSt	256
OLG Nürnberg	Urteil	v. 16.06.2021	2 U 2751.19	FSt	266
OLG Oldenburg	Beschluss	v. 07.10.2020	1 W 17.20	FSt	173
OLG Rostock	Beschluss	v. 12.08.2020	17 Verg 2.20.....	FSt	204
OLG Rostock	Urteil	v. 15.09.2020	4 U 16.20	GK	151
OLG Rostock	Beschluss	v. 09.12.2020	17 Verg 4.20.....	FSt	89
OLG Saarbrücken	Urteil	v. 27.01.2021	2 U 39.20	FSt	191
OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 26.11.2020	7 U 61.20	FSt	103

Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 28.01.2020	9 AZR 91.19.....	FSt	73
Urteil	v. 18.02.2020	3 AZR 206.18.....	FSt	2
Urteil	v. 07.05.2020	2 AZR 619.19.....	FSt	14
Urteil	v. 26.05.2020	9 AZR 129.19.....	FSt	85
Urteil	v. 27.05.2020	5 AZR 247.19.....	GK	160
Urteil	v. 27.05.2020	5 AZR 387.19.....	GK	25
Urteil	v. 28.05.2020	8 AZR 170.19.....	FSt	50
Urteil	v. 11.06.2020	2 AZR 374.19.....	FSt	245
Urteil	v. 11.06.2020	2 AZR 442.19.....	FSt	96
Urteil	v. 16.07.2020	6 AZR 287.19.....	FSt	110

Beschluss	v. 28.07.2020	1 ABR 6.19	FSt	109
Urteil	v. 25.08.2020	9 AZR 612.19.....	FSt	132
Beschluss	v. 27.08.2020	8 AZR 45.19.....	FSt	195
Urteil	v. 16.09.2020	7 AZR 552.19.....	FSt	176
Urteil	v. 14.10.2020	5 AZR 649.19.....	GK	169
Urteil	v. 22.10.2020	6 AZR 74.19.....	GK	133
Urteil	v. 19.11.2020	6 AZR 417.19.....	GK	161
Urteil	v. 01.12.2020	9 AZR 104.20.....	GK	68, 192
Urteil	v. 01.12.2020	9 AZR 192.20.....	FSt	210
Urteil	v. 08.12.2020	3 AZR 65.19.....	GK	116
Urteil	v. 16.12.2020	4 AZR 9720.....	FSt	151
Urteil	v. 12.01.2021	2 AZN 724.20	FSt	263
Urteil	v. 20.01.2021	7 AZR 52.20.....	FSt	223
Urteil	v. 18.02.2021	6 AZR 92.19.....	FSt	172
Urteil	v. 24.02.2021	10 AZR 108.19.....	GK	203
Urteil	v. 27.04.2021	9 AZR 262.20.....	FSt	270
Urteil	v. 02.06.2021	4 AZR 387.20.....	FSt	271

Bundesfinanzhof

Urteil	v. 10.12.2019	I R 58.17.....	GK	86
Beschluss	v. 04.03.2020	VIII B 140.19	GK	24
Urteil	v. 13.05.2020	VI R 13.18.....	GK	87
Beschluss	v. 01.07.2020	II B 89.19	GK	140
Urteil	v. 13.08.2020	VI R 1.17.....	GK	98
Urteil	v. 30.09.2020	I R 12.17.....	GK	159
Urteil	v. 25.11.2020	II R 3.18	GK	158
Urteil	v. 16.12.2020	I R 41.17.....	GK	191
Urteil	v. 16.12.2020	I R 50.17.....	GK	168
Beschluss	v. 26.02.2021	X B 108.20.....	GK	200

Bundessozialgericht

Urteil	v. 30.01.2020	B 2 U 2.18 R.....	FSt	68
Urteil	v. 30.01.2020	B 2 U 9.18 R.....	FSt	68
Urteil	v. 20.02.2020	B 14 AS 3.19 R.....	FSt	196
Urteil	v. 03.07.2020	B 8 SO 2.19 R.....	FSt	153
Urteil	v. 03.07.2020	B 8 SO 27.18 R.....	FSt	128